



# Staats-Anzeiger

## FÜR DAS LAND HESSEN

1Y 6432A

1968

Montag, den 29. Juli 1968

Nr. 31

Seite

Seite

|  |      |   |      |
|--|------|---|------|
| <b>Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —</b>   |      | <b>Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr</b>  |      |
| Verlegung der Amtsräume des Königlich Jordanischen Generalkonsulates in Frankfurt/Main . . . . .   | 1137 | Vorschriften über die Ausbildung als Bergbaubeflissener . . . . .   | 1144 |
| Staatliche Anerkennung von Rettungstaten . . . . .   | 1137 | Bergpolizeiverordnung zur Änderung der Bergpolizeiverordnung über Tiefbohrungen . . . . .   | 1146 |
| Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 6. 68 bis 12. 7. 1968 . . . . .  | 1138 | <b>Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen</b>   |      |
| <b>Der Hessische Minister des Innern</b>   |      | Beschädigtenversorgung nach dem Soldatenversorgungsgesetz; hier: Versorgungsschutz bei truppenärztlicher Behandlung . . . . .                         | 1147 |
| Beflaggen öffentlicher Gebäude . . . . .   | 1138 | Krankenbehandlung nach § 12 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes; hier: Gewährung von orthopädischen Hilfsmitteln an Behinderte . . . . .             | 1147 |
| Richtlinien der Landesregierung für das Vorschlagswesen in der hessischen Landesverwaltung vom 16. 8. 1966; hier: Prämierung der von der Landesregierung als verwertbar anerkannten Vorschläge . . . . . | 1139 | Versorgung nach § 1 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 5 Satz 2 des Bundesversorgungsgesetzes . . . . .   | 1147 |
| Öffentliches Vereinsrecht; hier: Bekanntmachung eines Vereinsverbots nach § 3 Abs. 4 Satz 2 des Vereinsgesetzes . . . . .  | 1139 | Anwendung des § 3 des Bundesversorgungsgesetzes; hier: Zivilpersonal im Krankenpflegedienst der Wehrmacht während des Krieges . . . . .               | 1148 |
| Verleihung der Rechtsfähigkeit an Bauvereine . . . . .   | 1139 | Durchführung des § 10 Abs. 5 Buchst. a des Bundesversorgungsgesetzes; hier: Anspruch auf Tuberkulosehilfe . . . . .                                   | 1148 |
| Verlust eines Polizeiführerscheins . . . . .   | 1139 | Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland vom 20. 6. 1956; hier: Übersetzungskosten für ausgehende Ersuchen . . . . . | 1148 |
| Zusammenschluß der Gemeinden Oberbimbach und Unterbimbach im Landkreis Fulda zu der neuen Gemeinde „Bimbach“ . . . . .   | 1139 | Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten . . . . .   | 1149 |
| Verlust eines Polizeiführerscheins . . . . .   | 1140 | <b>Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten</b>  |      |
| Eingemeindung der Gemeinde Melters in die Gemeinde Rönshausen, Kreis Fulda . . . . .   | 1140 | Abgabe von Forstnebennutzungen durch die Forstbetriebsbeamten . . . . .   | 1149 |
| Eingemeindung der Gemeinde Steens in die Gemeinde Elters im Landkreis Fulda . . . . .  | 1140 | <b>Personalnachrichten</b>  |      |
| Eingemeindung der Gemeinden Altenhof und Stellberg in die Gemeinde Thalau, Landkreis Fulda . . . . .   | 1140 | Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern . . . . .  | 1150 |
| Eingemeindung der Gemeinde Ziegel in die Gemeinden Kerzell und Bronzell, Landkreis Fulda . . . . .   | 1140 | Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr . . . . .  | 1151 |
| Zusammenschluß der Gemeinden Großrechtenbach und Kleinrechtenbach im Landkreis Wetzlar zu der neuen Gemeinde „Rechtenbach“ . . . . .   | 1140 | Im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen . . . . .   | 1151 |
| Änderung der Grenze zwischen der Stadt Allendorf a. d. Lumda und der Gemeinde Climbach, Landkreis Gießen . . . . .   | 1140 | Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten . . . . .  | 1151 |
| Änderung der Grenze zwischen der Stadt Friedberg und der Gemeinde Schwalheim Landkreis Friedberg . . . . .   | 1141 | <b>Regierungspräsidenten</b>  |      |
| DIN 4100 — Geschweißte Stahlhochbauten, Beiblatt 2 — Nachweis der Befähigung zum Schweißen von Stahlhochbauten in begrenztem Umfang (Kleiner Nachweis) . . . . .   | 1141 | <b>DARMSTADT</b>  |      |
| Verwaltung von Mietwohnungen durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen . . . . .   | 1141 | Ungültigkeitserklärung einer Kriminalpolizeidienstmarke . . . . .   | 1152 |
| Fernsprech-Sammelnummer der Hessischen Brandversicherungskammer Darmstadt . . . . .  | 1142 | Benennung von Wohnplätzen in der Gemarkung Dudenhofen, Landkreis Offenbach . . . . .  | 1152 |
| <b>Der Hessische Minister der Finanzen</b>   |      | <b>KASSEL</b>   |      |
| Kinderzuschläge gem. § 41 MTL II — Tarifvertrag betr. Kinderzuschläge für Arbeiter der Länder vom 26. Mai 1964; hier: Änderungsstarifvertrag Nr. 1 vom 13. 5. 1968 . . . . .                             | 1142 | Genehmigung der Aufhebung der Konrad Hohmann'schen Stiftung in Eiterfeld, Krs. Hünfeld . . . . .  | 1152 |
| Auswirkungen des Sechsten Besoldungserhöhungsgesetzes vom 8. Juli 1968 auf Angestellte im Geltungsbereich des BAT  |      | Anordnung über die Jagdausübung auf Habichte im Jagdbezirk Mengshausen, Krs. Hersfeld . . . . .   | 1152 |
| a) Ortszuschlag (§ 29 BAT)   |      | Befreiung der Gemeinde Obersuhl von Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. 3. 1957 . . . . .   | 1152 |
| b) Gesamtvergütung für Angestellte unter 18 Jahren (§ 30 BAT)  | 1143 | <b>Buchbesprechungen</b>  | 1152 |
| <b>Der Hessische Kultusminister</b>  |      | <b>Öffentlicher Anzeiger</b>  |      |
| Satzung der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main . . . . .  | 1143 | Satzung des Zweckverbandes „Gemeinschaftsschlachthanlage Mittelhessen“ . . . . .  | 1160 |
|  |      | I. Nachtragshaushaltssatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen für das Rechnungsjahr 1968 . . . . .  | 1162 |
|  |      | Auflösung des Forstbetriebsverbands Niederscheld . . . . .  | 1163 |

Die 7. Folge 1968 der monatlich erscheinenden Beilage

» **Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte** «

ist dieser Ausgabe des Staats-Anzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt.

S 47

**Der Hessische Ministerpräsident**

Verlegung der Amtsräume des Königlich Jordanischen Generalkonsulates in Frankfurt am Main

Die neue Anschrift des Königlich Jordanischen Generalkonsulates in Frankfurt am Main lautet ab 1. August 1968

Königlich Jordanisches Generalkonsulat  
6 Frankfurt am Main

Arndtstraße 19, Fernsprecher: 77 54 94.

Wiesbaden, 15. 7. 1968

**Der Hessische Ministerpräsident**

Staatskanzlei

II B 2 2 e 10/07

St.Anz. 31/1968 S. 1137

S 48

**Staatliche Anerkennung von Rettungstaten**

Für die am 17. Februar 1968 unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines Menschen vor dem Tode verleihe ich Herrn Captain Eugene J. Barraro jr., Department Of The Army, Headquarters, United States Army Giessen Support Center, die Hessische Rettungsmedaille.

Wiesbaden, 2. 5. 1968

**Der Hessische Ministerpräsident**

II A 3 — 14 c

St.Anz. 31/1968 S. 1137

849

### Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 6. 1968 bis 12. 7. 1968

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

**Staat und Wirtschaft in Hessen**  
23. Jahrgang, Heft 6, Juni 1968

Preis  
DM  
1,50

Aus dem Inhalt:

Die Wirtschaftsleistung in Hessen 1967  
Inlands- und Auslandsumsatz der hessischen Industrie 1967  
Die Milcherzeugung in Hessen  
Weinbestände Ende 1967 nach der Art der lagerten Betriebe  
Hessischer Zahlenspiegel  
Ausgewählte Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

#### Statistische Berichte

**C II 1 — m 6/68** (erscheint nur für April bis Dezember) Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland in Hessen Anfang Juni 1968 —,50  
**C II 2 — m 5/68** (erscheint nur für April bis Oktober) Ernteberichterstattung über Gemüse in Hessen Ende Mai 1968 —,50  
**C II 3 — m 6/68** (erscheint nur für Mai bis Oktober) Ernteberichterstattung über Obst in Hessen im Juni 1968 —,50  
**C II 4 — m 5/68** (erscheint nur für Mai bis November) Ernteberichterstattung über Wein in Hessen im Mai 1968 —,50  
**C III 2 — m 5/68**  
Die Schlachtungen in Hessen im Mai 1968 —,50  
**C III 3 — m 5/68**  
Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Mai 1968 (31 Tage) —,50  
**C IV 3 — m 5/68**  
Ergebnisse aus betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen in Hessen im Mai 1968 —,50  
**E I 1 — m 3/68**  
Die Industrie in Hessen im März 1968 1,50  
**E I 2 — m 4/68**  
Die industrielle Produktion in Hessen im April 1968 1,—

**E I — FI/S — m 5/68**  
Industrie und Bauhauptgewerbe in Hessen im Mai 1968 (Vorläufige Ergebnisse) 1,—  
**FI 4 — j/67**  
Der Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Hessen am 31. Dezember 1967 —,50  
**FI 10 — vj. 1/68**  
Die Auftragsvergaben im Tiefbau im 1. Vierteljahr 1968 —,50  
**GI 1 — m 5/68**  
Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im Mai 1968  
Schnellmeldung (Vorläufige Zahlen) —,50  
**GI 1 — m 5/68**  
Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im Mai 1968 —,50  
**HI 1 — m 3 68**  
Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen im März 1968 1,—  
**HI 1 — m 4/68**  
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im April 1968  
Vorauswertung — Vorläufige Zahlen —,50  
**HI 4 — m 4/68**  
Der Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im April 1968 —,50  
**HI 1 — m 4/68**  
Die Binnenschifffahrt in Hessen im April 1968 1,—  
**K I 1 — j/67 Teil 1**  
Die Sozialhilfe in Hessen im Jahre 1967  
Teil 1: Ausgaben und Einnahmen 1,—  
**K I 5 — j/67**  
Die Kriegspferfürsorge in Hessen im Jahre 1967 1,—  
**LI 2 — vj 1/68**  
Die Gemeindefinanzen in Hessen im 1. Vierteljahr 1968 (Vierteljahresstatistik) 1,—  
**LI 1 — m 5/68**  
Landes- und Bundessteuern im Mai 1968 in Hessen (Kassenmäßiges Aufkommen) —,50  
**MI 1 — m 5/68**  
Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im Mai 1968 1,50  
**MI 2 — m 5/68**  
Verbraucherpreise in Hessen im Mai 1968 1,50  
Wiesbaden, 12. 7. 1968

Hessisches Statistisches Landesamt  
AZ 213 a Az.: 77 a 241/68  
StAnz. 31/1968 S. 1138

850

### Der Hessische Minister des Innern

An

alle Behörden und Dienststellen des Landes,  
die Gemeinden und Gemeindeverbände,  
die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden  
Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen  
Rechts

#### Beflaggen öffentlicher Gebäude

Bezug: Meine Erlasse vom 7. 9. 1959 — I a 1 — 3 d 34 —  
(StAnz. S. 1005) und 5. 7. 1960 — I a 1 — 3 d 34 —  
(StAnz. S. 825)

Unter Aufhebung meiner Erlasse vom 7. September 1959 und 5. Juli 1960 ordne ich nach § 1 des Gesetzes über das Beflaggen öffentlicher Gebäude vom 16. Mai 1950 (GVBl. S. 106) für die nachstehend aufgeführten Tage von besonderer Bedeutung das Beflaggen der Dienstgebäude und sonstigen öffentlichen Gebäuden des Landes und der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts an:

- Neujahrstag (1. Januar)
- Feiertag der Arbeit (1. Mai)
- Europatag (5. Mai)

- Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes (23. Mai)
- Tag der deutschen Einheit (17. Juni)
- Gedenktag der deutschen Widerstandsbewegung (20. Juli)
- Tag der Heimat (zweiter Sonntag im September)
- Volkstrauertag (zweiter Sonntag vor dem 1. Advent)
- Jahrestag des Inkrafttretens der Verfassung des Landes Hessen (1. Dezember)
- Tag allgemeiner Wahlen (Bundstags-, Landtags- und Kommunalwahlen).

Am Volkstrauertag ist halbmast zu flaggen.

Am Europatag soll neben den nach § 2 des Gesetzes zu zeigenden Flaggen auch die Europaflagge gesetzt werden.

Die Beflaggung beginnt jeweils um 7.00 Uhr und endet bei Einbruch der Dunkelheit.

Anordnungen zum Beflaggen öffentlicher Gebäude an anderen Tagen werden in der bisher üblichen Weise bekanntgegeben.

Wiesbaden, 15. 7. 1968

Der Hessische Minister des Innern  
I A 14 — 3 d 34

StAnz. 31/1968 S. 1138

**851****Richtlinien der Landesregierung für das Vorschlagswesen in der hessischen Landesverwaltung vom 16. August 1966 — StAnz. S. 1149 —**

hier: Prämierung der von der Landesregierung als wertbar anerkannten Vorschläge

Die Landesregierung hat die Vorschläge der nachstehend aufgeführten Teilnehmer am Vorschlagswettbewerb als wertbar anerkannt und wie folgt prämiert:

| Name des Einsenders | Gegenstand des Vorschlags   | Prämie   |
|---------------------|---|----------|
| Karl Möller-Vogt    | Prüfung der Kleiderkasse der hessischen Forstbeamten  | 50,— DM  |
| Karl Möller-Vogt    | Ergänzung des Vordrucks „Holz-Kaufvertrag“  | 50,— DM  |
| Karl Hirzel         | Einsatz maschineller Hilfsmittel beim Adressieren   | 50,— DM  |
| Albert Molt         | Hervorhebung der Firmennamen bei Bekanntmachung über Vergleichs- oder Konkursverfahren im Öffentlichen Anzeiger des Staats-Anzeigers für das Land Hessen durch besonderen Druck                                     | 40,— DM  |
| Wilhelm Wagner      | Vereinheitlichung und Vereinfachung des Schriftwechsels zwischen der Oberfinanzdirektion Frankfurt a. M. und den Staatskassen bzw. der Staatshauptkasse im Zusammenhang mit der Gewährung von Darlehen nach dem BEG | 400,— DM |
| Klaus Olischläger   | Schußgelder in der hessischen Staatsforstverwaltung   | 150,— DM |
| Friedrich Globig    | Vereinfachung bei der Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer  | 70,— DM  |
| Josef Rauer         | Verwendung eines Stempels durch die Vollstreckungsbehörde bei der Einziehung eines Führerscheins  | 100,— DM |
| NN                  | Führung der Arbeitgeberkarten bei den Lohnsteuerstellen der Finanzämter   | 150,— DM |
| Helmut König        | Rationalisierung der Abmarkung mit Grenzsteinen   | 120,— DM |
| Günter Rohloff      | Aussonderung und Veräußerung von landeseigenen Gegenständen   | 50,— DM  |

Wiesbaden, 15. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
I A 11 — 3 v  
StAnz. 31/1968 S. 1139

**852****Öffentliches Vereinsrecht;**

hier: Bekanntmachung eines Vereinsverbots nach § 3 Abs. 4 Satz 2 des Vereinsgesetzes

Nach § 3 Abs. 4 Satz 2 des Vereinsgesetzes vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593) gebe ich den verfügenden Teil des vom Bundesminister des Innern am 24. Juni 1968 erlassenen und im Bundesanzeiger 1968 Nr. 125 Seite 1 veröffentlichten Verbots der Kroatischen Revolutionären Bruderschaft — Hrvatsko Revolucionarno Bratstvo (HRB) — bekannt:

„Bekanntmachung

über das Verbot der Kroatischen Revolutionären Bruderschaft (Hrvatsko Revolucionarno Bratstvo — HRB) Vom 5. Juli 1968

Gemäß § 3 Abs. 4 Satz 2 des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593) wird nachstehend der verfügende Teil des vom Bundesminister des Innern am 24. Juni 1968 erlassenen Vereinsverbots bekanntgemacht:

**Der Bundesminister des Innern**

ÖS I 1 — 618 100 J 14/6

Bonn, den 24. Juni 1968

**Verbotsverfügung**

Die Kroatische Revolutionäre Bruderschaft (Hrvatsko Revolucionarno Bratstvo — HRB) mit Sitz in Stuttgart wird verboten und aufgelöst.

Im Auftrag  
Dr. Reuter“

Bonn, den 5. Juli 1968

**Der Bundesminister des Innern**  
ÖS I 1 — 618 100 J 14/6  
Im Auftrag  
Dr. Reuter

Wiesbaden, 12. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
II A 3 — 5 b 02/06 — 2/68  
StAnz. 31/1968 S. 1139

**853****Verleihung der Rechtsfähigkeit an Bauvereine**

Bezug: Erlaß vom 30. April 1957 — II c — 2510 — 2/57 — 1 — (an RP Darmstadt = StAnz. 1957 S. 430)

Da ein praktisches Bedürfnis für eine unterschiedliche Behandlung von Vereinen, deren Zweck auf die Errichtung von Wohnungen gerichtet ist, nicht mehr besteht, wird der Bezugsverlaß aufgehoben. Für die Verleihung der Rechtsfähigkeit an solche Vereine ist daher meine Zustimmung nicht mehr erforderlich.

Wiesbaden, 5. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
II A 5 — 25 11 — 2/68 — 2  
StAnz. 31/1968 S. 1139

**854****Verlust eines Polizeiführerscheins**

Polizeioberwachtmeister Claus Schmeigel, geb. 3. 2. 1948, hat seinen von der Hessischen Polizeischule unter der Nr. 7646 ausgestellten Polizeiführerschein der Klasse 2 verloren. Der Führerschein wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 9. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
III B 51 — 66 1 14.27.03  
StAnz. 31/1968 S. 1139

**855****Zusammenschluß der Gemeinden Oberbimbach und Unterbimbach im Landkreis Fulda zu der neuen Gemeinde „Bimbach“**

Die Hessische Landesregierung hat am 11. Juni 1968 beschlossen:

„Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. August 1968 die Gemeinden Oberbimbach und Unterbimbach im Landkreis Fulda zu einer Gemeinde mit dem Namen

„Bimbach“  
zusammengeschlossen.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 12. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 08 — 55/68  
StAnz. 31/1968 S. 1139

**856****Verlust eines Polizeiführerscheins**

Dem Polizeiobewachtmeister Jürgen Conrad, geb. 15. 11. 1948, wurde in der Nacht vom 8. zum 9. April 1968 in Idstein aus seinem Personenkraftwagen der Polizeiführerschein der Klasse 3, Listen-Nr. 7457, entwendet.

Der Führerschein wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 15. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
III B 51 — 66 1 14.27.03  
StAnz. 31/1968 S. 1140

**857****Eingemeindung der Gemeinde Melters in die Gemeinde Rönshausen, Kreis Fulda**

Die Hessische Landesregierung hat am 11. Juni 1968 beschlossen:

„Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. August 1968 die Gemeinde Melters in die Gemeinde Rönshausen im Landkreis Fulda eingemeindet.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 12. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 08 — 60/68  
StAnz. 31/1968 S. 1140

**858****Eingemeindung der Gemeinde Steens in die Gemeinde Elters im Landkreis Fulda**

Die Hessische Landesregierung hat am 11. Juni 1968 beschlossen:

„Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. August 1968 die Gemeinde Steens in die Gemeinde Elters im Landkreis Fulda eingemeindet.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 12. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 08 — 55/68  
StAnz. 31/1968 S. 1140

**859****Eingemeindung der Gemeinden Altenhof und Stellberg in die Gemeinde Thalau, Landkreis Fulda**

Die Hessische Landesregierung hat am 11. Juni 1968 beschlossen:

„Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. August 1968 die Gemeinden Altenhof und Stellberg in die Gemeinde Thalau im Landkreis Fulda eingemeindet.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 12. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 08 — 60/68  
StAnz. 31/1968 S. 1140

**860****Eingemeindung der Gemeinde Ziegel in die Gemeinden Kerzell und Bronnzell, Landkreis Fulda**

Die Hessische Landesregierung hat am 11. Juni 1968 beschlossen:

„Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird die Gemeinde Ziegel im Landkreis Fulda mit Wirkung vom 1. August 1968 aufgelöst und wie folgt eingemeindet:

- |  |   |            |
|--|---|------------|
| 1. Flur A, sämtliche Flurstücke        | = | 67,8899 ha |
| Flur B, sämtliche Flurstücke           | = | 22,3598 ha |
| aus Flur C die Flurstücke 24 und 86 25 | = | 9,9648 ha  |

insgesamt: 100,2145 ha

in das Gebiet der Gemeinde Kerzell

- Die verbleibende Restfläche der Gemeinde Ziegel mit insgesamt 105,9279 ha in das Gebiet der Gemeinde Bronnzell.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 11. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 08 — 55/68  
StAnz. 31/1968 S. 1140

**861****Zusammenschluß der Gemeinden Großrechtenbach und Kleinrechtenbach im Landkreis Wetzlar zu der neuen Gemeinde „Rechtenbach“**

Die Hessische Landesregierung hat am 11. Juni 1968 beschlossen:

„Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. August 1968 die Gemeinden Großrechtenbach und Kleinrechtenbach im Landkreis Wetzlar zu einer Gemeinde mit dem Namen

„Rechtenbach“

zusammengeschlossen.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 12. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 08 — 60/68  
StAnz. 31/1968 S. 1140

**862****Änderung der Grenze zwischen der Stadt Allendorf a. d. Lumda und der Gemeinde Climbach, Landkreis Gießen**

Die Hessische Landesregierung hat am 2. Juli 1968 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. Juli 1968 nachstehende Grenzänderung vorgenommen:

- Aus dem Gebiet der Stadt Allendorf a. d. Lumda werden ausgemeindet und in das Gebiet der Gemeinde Climbach eingemeindet:

| Flur 5 | Flurstücke |          |  |
|--------|------------|----------|--|
|        | 3          | 2 883 qm |  |
|        | 4          | 1 759 qm |  |
|        | 5          | 1 768 qm |  |
|        | 6          | 1 778 qm |  |
|        | 7          | 1 787 qm |  |
|        | 8          | 1 508 qm |  |
|        | 9          | 1 819 qm |  |
|        | 10         | 1 900 qm |  |
|        | 11         | 1 761 qm |  |
|        | 12         | 1 380 qm |  |
|        | 13         | 2 022 qm |  |
|        | 14         | 2 012 qm |  |
|        | 15         | 2 844 qm |  |
|        | 16 1       | 1 637 qm |  |
|        | 16 2       | 1 093 qm |  |
|        | 64 1       | 323 qm   |  |

insgesamt: 28 274 qm.

- Aus dem Gebiet der Gemeinde Climbach werden ausgemeindet und in das Gebiet der Stadt Allendorf a. d. Lumda eingemeindet:

| Flur 2 | Flurstücke |           |  |
|--------|------------|-----------|--|
|        | 102 1      | 529 qm    |  |
|        | 134        | 3 374 qm  |  |
|        | 135        | 17 530 qm |  |

insgesamt: 21 433 qm.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 9. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 08 — 56/68  
StAnz. 31/1968 S. 1140

**863**

**Anderung der Grenze zwischen der Stadt Friedberg und der Gemeinde Schwalheim, Landkreis Friedberg**

Die Hessische Landesregierung hat am 2. Juli 1968 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. Juli 1968 nachstehende Grenzänderung vorgenommen:

Aus dem Gebiet der Gemeinde Schwalheim werden ausgegliedert und in das Gebiet der Stadt Friedberg eingemeindet:

|        |            |      |            |
|--------|------------|------|------------|
| Flur 8 | Flurstücke | 27/2 | 759 qm     |
|        |            | 28/1 | 427 qm     |
|        |            | 29   | 5 918 qm   |
|        |            | 30   | 4 574 qm   |
|        |            | 31   | 11 231 qm  |
|        |            | 32   | 20 539 qm  |
|        |            | 33   | 7 961 qm   |
|        |            | 34   | 2 682 qm   |
|        |            | 35   | 1 998 qm   |
|        |            | 36   | 2 647 qm   |
|        |            | 37   | 442 qm     |
|        |            | 38   | 10 433 qm  |
|        |            | 39   | 3 291 qm   |
|        |            | 40   | 774 qm     |
|        |            | 41   | 880 qm     |
|        | insgesamt: |      | 74 556 qm. |

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 9. 7. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 08 — 56/68  
StAnz. 31/1968 S. 1141

**864**

**DIN 4100 — Geschweißte Stahlhochbauten**

Bciblatt 2 — Nachweis der Befähigung zum Schweißen von Stahlhochbauten in begrenztem Umfang.  
(Kleiner Nachweis)

Bezug: Erlaß vom 18. 7. 1958 (StAnz. S. 956) und Veröffentlichung vom 11. 3. 1968 (StAnz. S. 561)

Gemäß Erlaß vom 18. 7. 1958 (StAnz. S. 956) und nach DIN 4100 Abschn. 1.3 ist für das Schweißen von einfachen tragenden Stahlhochbauteilen bei den von mir bei den Regierungspräsidenten eingesetzten Prüfausschüssen der Nachweis der Befähigung zu führen.

**A) Folgende weiteren Betriebe haben ihre Eignung nachgewiesen**

| Lfd. Nr.<br>*)                       | Betrieb   | Ort             | Geltungsdauer |
|--------------------------------------|---|-----------------|---------------|
| <b>Im Regierungsbezirk Darmstadt</b> |   |                 |               |
| 39                                   | A. J. Tröster<br>Landmaschinenfabrik              | Butzbach        | 31. 3. 1971   |
| 40                                   | Stahlbau Nidda<br>Inh. Emil Lang KG               | Nidda           | 31. 3. 1971   |
| 41                                   | Heinr. u. Aug. Rössner<br>Maschinen-Schlosserei   | Alsfeld         | 31. 3. 1971   |
| 42                                   | Friedr. Schwarz<br>Inh. Walter Cramer<br>Stahlbau | Rüsselsheim     | 31. 3. 1971   |
| 43                                   | Georg Schmahl<br>Stahlbau                         | Darmstadt       | 31. 3. 1971   |
| 44                                   | Emil Hennes<br>Stahlbau                           | Heppenheim      | 31. 3. 1971   |
| 45                                   | Fritz u. Horst Micheel<br>Metallbau               | Ffm.-Niederrad  | 23. 5. 1971   |
| 46                                   | Preflex-Stahlbeton<br>Verbundträger GmbH.         | Idstein/Ts.     | 30. 5. 1971   |
| <b>Im Regierungsbezirk Kassel</b>    |   |                 |               |
| 106                                  | Anton Lischka<br>Schlossermeister                 | Hess. Lichtenau | 14. 5. 1971   |

\*) Die in Spalte 1 angegebene Nummer entspricht der Lfd. Nr. unter welcher die Firma im entsprechenden Abschnitt von Teil 7 der „Bautechnischen Verzeichnisse für die Bauaufsicht im Lande Hessen“ geführt wird.

**B) Die Geltungsdauer des Kleinen Nachweises für nachfolgend aufgeführte Betriebe wurde verlängert:**

**1) Im Regierungsbezirk Darmstadt**

|             |   |                  |
|-------------|---|------------------|
| Lfd. Nr. 8  | Fredenhagen KG.,<br>Maschinenfabrik, Offenbach          | bis 31. 10. 1970 |
| Lfd. Nr. 9  | Hans Fischer,<br>Schlosserei, Gießen                    | bis 31. 10. 1970 |
| Lfd. Nr. 11 | Otto Debus u. Sohn,<br>Stahlbau, Darmstadt              | bis 31. 10. 1970 |
| Lfd. Nr. 16 | Alexander Köhler,<br>Bauschlosserei, Darmstadt          | bis 31. 10. 1970 |
| Lfd. Nr. 36 | Wilhelm Kuba,<br>Blechkonstruktionen, Ffm.-Ginnheim     | bis 12. 3. 1971  |
| Lfd. Nr. 37 | Rudolf Schwarz,<br>Schmiedemeister, Weilmünster         | bis 28. 3. 1971  |
| Lfd. Nr. 38 | Hans Müller & Co.,<br>Metallbau, Bergen-Enkheim         | bis 18. 4. 1971  |
| Lfd. Nr. 39 | Franz Pöschl, Leuchtröhren-<br>fabrik, Frankfurt/M.     | bis 23. 4. 1971  |
| Lfd. Nr. 40 | Artur Seyfarth KG., Stahl-<br>u. Maschinenbau. Wetzlar  | bis 23. 4. 1971  |
| Lfd. Nr. 41 | August Seids,<br>Schlosserei, Wiesbaden                 | bis 23. 4. 1971  |
| Lfd. Nr. 42 | Philipp Dey,<br>Schlosserei, Wiesbaden                  | bis 23. 4. 1971  |
| Lfd. Nr. 43 | Reinhard Oesterling, Spezial-<br>Schweißerei, Wiesbaden | bis 23. 4. 1971  |

**C) Nachfolgend genannte Betriebe sind nicht mehr im Besitz des Kleinen Nachweises.**

**1) Im Regierungsbezirk Darmstadt**

|              |   |
|--------------|---|
| Lfd. Nr. 13  | C. Mack & Söhne, Bad Orb  |
| Lfd. Nr. 35  | Alois Herbst, Maschinenbau, Oberems<br>(Fa. führt den Großen Nachweis)                |
| Lfd. Nr. 108 | Horst u. Jürgen Hilss, Blech- und<br>Eisenkonstruktionen,<br>Bischofsheim, Krs. Hanau |

**2) Im Regierungsbezirk Kassel**

|             |   |
|-------------|---|
| Lfd. Nr. 14 | Wika-Metallbau Willi Kathlun<br>Korbach                             |
| Lfd. Nr. 62 | Heilmuth Vollbracht,<br>Schmiedemeister,<br>Eimelrod, Krs. Waldeck. |

Wiesbaden, den 24. 6. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
V A 2 — 64 b 16/21 — 1/68  
StAnz. 31/1968 S. 1141

**865**

**Verwaltung von Mietwohnungen durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen**

Nach § 6 Abs. 2 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) vom 29. 2. 1940 (RGBl. I S. 438) kann ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen neben den Wohnungen, die es im eigenen Namen errichtet hat, auch solche Wohnungen verwalten, die es sich auf andere Weise verschafft hat. Der Begriff der Verschaffung ist in § 7 Abs. 2 Satz 2 WGGDV erläutert. Danach gilt als Verschaffung der Erwerb des Eigentums und der Erwerb des Besitzes durch Miete, Pacht, Nießbrauch oder als Treuhänder.

Es ist die Frage aufgetreten, ob ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen fremde Wohnungen auch in fremdem Namen verwalten kann. Nach dem Wortlaut des § 7 Abs. 2 Satz 2 WGGDV ist die Frage zu verneinen, wenn man diese Vorschrift nicht als eine beispielhafte, sondern als eine abschließende Aufzählung der Fälle ansieht, in denen ein Wohnungsunternehmen als Verwalter fremder Wohnungen ohne Ausnahmebewilligung tätig werden kann. Das Oberverwaltungsgericht Berlin hat in einem am 10. Februar 1967 ergangenen rechtskräftigen Urteil (bisher nicht veröffentlicht) hierzu ausgeführt, daß nach der vom Verordnungsgeber gewählten Fassung eine enge Anwendung des § 7 Abs. 2 Satz 2 WGGDV geboten sei. Über die dort genannten Fälle hinaus, die nicht nur als Beispiele aufgeführt seien, könne daher ein Wohnungsunternehmen die Verwaltung fremder Mietwohnungen nicht übernehmen.

Diese Entscheidung veranlaßt mich, für die Prüfung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen folgende Hinweise zu geben:

1. Die Wohnungsunternehmen können ohne Ausnahmebewilligung fremde Mietwohnungen und fremde Eigentumswohnungen verwalten

- a) in eigenem Namen und für eigene Rechnung auf Grund von Miete, Pacht, Nießbrauch oder einem anderen entsprechenden Rechtsverhältnis,  
 b) als Treuhänder im eigenen Namen für fremde Rechnung.
2. Die Unternehmen bedürfen ferner keiner Ausnahmegewilligung, wenn sie fremde Eigentumswohnungen, die sie zuvor selbst errichtet und veräußert haben, nach §§ 27, 28 des Wohnungseigentumsgesetzes (WEG) vom 15. 3. 1951 (BGBl. I S. 175) verwalten.
3. Für die Verwaltung fremder Mietwohnungen und fremder Eigentumswohnungen in fremdem Namen und für fremde Rechnung ist dagegen eine Ausnahmegewilligung gemäß § 10 Abs. 1 Buchst. c WGGDV erforderlich, die bei mir zu beantragen ist.

Für die Überlassung von Wohnungen in eigenem Namen gelten die allgemeinen Regeln des Gemeinnützigkeitsrechts.

Wiesbaden, 7. 8. 1967 **Der Hessische Minister des Innern**  
 V B 5 — 57 b 18 — 37 67  
 StAnz. 31/1968 S. 1141

**866**

**Fernsprech-Sammelnummer der Hessischen Brandversicherungskammer Darmstadt**

Die neue Fernsprech-Sammelnummer lautet ab sofort (06151) 8 40 21.

Darmstadt, 12. 7. 1968 **Hessische Brandversicherungskammer**  
 I/1/2  
 StAnz. 31/1968 S. 1142

**867**

**Der Hessische Minister der Finanzen**

**Kinderzuschläge gem. § 41 MTL II — Tarifvertrag betr. Kinderzuschläge für Arbeiter der Länder vom 26. Mai 1964;**

hier: Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 13. Mai 1968

Bezug: Mein Erlaß vom 29. Juni 1964 — P 2031 A — 39 — I 4 a (StAnz. S. 889) und Abschnitt II Nr. 2 meines Erlasses vom 31. Juli 1964 — P 2101 A — 74 — I 4 a (StAnz. S. 1039)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr haben am 13. Mai 1968 den anliegenden Änderungstarifvertrag Nr. 1 zu dem oben genannten Tarifvertrag betr. Kinderzuschläge vereinbart. Ich gebe den Tarifvertrag hiermit bekannt und weise zu seinem Vollzug auf folgendes hin:

I.

1. **Zu § 1:**

In der am 1. Januar 1967 in Kraft getretenen Fassung des § 47 MTL II über das Sterbegeld (vgl. Änderungstarifvertrag Nr. 7 zum MTL II vom 29. November 1966 — StAnz. 1967 S. 244) wird in Absatz 1 Satz 1 nicht mehr auf kinderzuschlagsberechtigende Kinder abgestellt. § 1 Abs. 8 Satz 2 des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vom 26. Mai 1964 war daher zu streichen.

2. **Zu §§ 2 und 3:**

Die am 1. Januar 1969 (§ 2) bzw. am 1. Januar 1971 (§ 3) wirksam werdenden Änderungen beruhen auf den zu den gleichen Zeitpunkten in Kraft tretenden Kürzungen der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit um jeweils 1 Stunde. Gleichzeitig werden mit den neu gefaßten Vorschriften nunmehr auch die redaktionellen Folgerungen aus dem Umstand gezogen, daß der Kinderzuschlag seit dem 1. Oktober 1964 einheitlich 50,— DM mtl. für jedes kinderzuschlagsberechtigende Kind beträgt.

II.

Der Bezugserlaß vom 29. Juni 1964 wird wie folgt ergänzt: In Nr. 2 Satz 2 werden die Worte „mindestens 33 Stunden“ durch die Worte „bis zum 31. Dezember 1968 mindestens 33 Stunden, vom 1. Januar 1969 an mindestens 32 Stunden 15 Minuten, vom 1. Januar 1971 an mindestens 31 Stunden 30 Minuten“ ersetzt.

Wiesbaden, 9. 7. 1968

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
 P 2031 A — 39 — I B 32  
 StAnz. 31/1968 S. 1142

**Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 13. Mai 1968 zum Tarifvertrag über Kinderzuschläge vom 26. Mai 1964**

Zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes, und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — wird folgendes vereinbart:

§ 1

**Änderung vom 1. Januar 1968 an**

§ 1 des Tarifvertrages über Kinderzuschläge vom 26. Mai 1964 wird wie folgt geändert:  
 In Absatz 8 wird Satz 2 gestrichen.

§ 2

**Änderung vom 1. Januar 1969 an**

§ 1 des Tarifvertrages über Kinderzuschläge vom 26. Mai 1964 in der am 31. Dezember 1968 geltenden Fassung wird wie folgt geändert:

- In Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „33 Stunden“ durch die Worte „32 Stunden 15 Minuten“ ersetzt.
- Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:  
 „Sind die Lohnzeiträume nach Wochen bemessen, beträgt der Kinderzuschlag wöchentlich 11,50 DM.“
- In Absatz 3 Satz 1 werden jeweils die Worte „33 Stunden“ durch die Worte „32 Stunden 15 Minuten“ und jeweils die Worte „22 Stunden“ durch die Worte „21 Stunden 30 Minuten“ ersetzt.
- Absatz 3 Sätze 2 bis 4 erhalten folgende Fassung:  
 „Bei einer regelmäßigen wöchentlichen Beschäftigung von weniger als durchschnittlich 16 Stunden beträgt der Kinderzuschlag 0,27 DM je Stunde. Das gilt auch für den Arbeiter, der nur gelegentlich an einzelnen Tagen beschäftigt wird, wenn er in einer Lohnwoche mehr als elf Arbeitsstunden leistet. Der Betrag von 11,50 DM in der Lohnwoche darf nicht überschritten werden.“
- In Absatz 4 Satz 1 erhält der letzte Halbsatz folgende Fassung:  
 „beträgt der Kinderzuschlag für jeden Kalendertag, von dem an ein Lohnanspruch in diesem Teillohnzeitraum besteht, 1,65 DM. Absatz 3 gilt entsprechend.“

§ 3

**Änderung vom 1. Januar 1971 an**

§ 1 des Tarifvertrages über Kinderzuschläge vom 26. Mai 1964 in der am 31. Dezember 1970 geltenden Fassung wird wie folgt geändert:

- In Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „32 Stunden 15 Minuten“ durch die Worte „31 Stunden 30 Minuten“ ersetzt.
- In Absatz 3 Satz 1 werden jeweils die Worte „32 Stunden 15 Minuten“ durch die Worte „31 Stunden 30 Minuten“ und jeweils die Worte „21 Stunden 30 Minuten“ durch die Worte „21 Stunden“ ersetzt.

§ 4

**Inkrafttreten**

Es treten in Kraft

- § 1 mit Wirkung vom 1. Januar 1968.
- § 2 am 1. Januar 1969 und
- § 3 am 1. Januar 1971.

Bonn, 13. 5. 1968

Für die Tarifgemeinschaft deutscher Länder  
 Der Vorsitz des Vorstandes  
 gez. Unterschrift

Für die Gewerkschaft Öffentliche Dienste,  
 Transport und Verkehr — Hauptvorstand —  
 gez. Unterschriften

868

**Auswirkungen des Sechsten Besoldungserhöhungsgesetzes vom 8. Juli 1968 (GVBl. I S. 179) auf Angestellte im Geltungsbereich des BAT**

- a) Ortszuschlag (§ 29 BAT)
- b) Gesamtvergütung für Angestellte unter 18 Jahren (§ 30 BAT)

Nach § 2 des Sechsten Besoldungserhöhungsgesetzes vom 8. Juli 1968 (GVBl. I S. 179) erhält die Anlage II des Hessischen Besoldungsgesetzes — Tabelle der Ortszuschläge — mit Wirkung vom 1. Juli 1968 eine Neufassung mit um 4. v. H. erhöhten Beträgen. Gemäß § 29 BAT gilt die neue Tabelle auch für die vom Geltungsbereich des BAT erfaßten Angestellten. Eine Übersicht über die danach den Angestellten mit Wirkung vom 1. Juli 1968 zu zahlenden Ortszuschläge gebe ich nachstehend als Anlage 1 bekannt.

Die Erhöhung der Ortszuschläge bedingt auch eine Erhöhung der Gesamtvergütungen, die den Angestellten unter 18 Jahren nach § 30 Abs. 1 BAT zu zahlen sind. Die Anlage 4 zum Vergütungsstarifvertrag Nr. 6 vom 3. Dezember 1967 (StAnz. 1968 S. 5) ist daher vom 1. Juli 1968 an in der sich aus der Anlage 2 zu diesem Erlaß ergebenden Fassung anzuwenden.

Ich bitte dafür Sorge zu tragen, daß die erhöhten Ortszuschläge und die erhöhten Gesamtvergütungen unverzüglich gezahlt werden. Den für die Zahlung der Vergütung der Angestellten zuständigen Kassen wird hiermit allgemeine Auszahlungsanordnung nach den Vollzugsbestimmungen zu § 68 Abs. 1 Buchst. c RRO erteilt.

Wiesbaden, 10. 7. 1968

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
 P 2101 A — 74 — I B 31  
 P 2102 A — 6 — I B 31  
*StAnz. 31/1968 S. 1143*

**Anlage 1**  
 zum Erlaß HMdF vom 10. Juli 1968

P 2101 A — 74 — I B 31 —  
 P 2102 A — 6

**Ortszuschlag**  
**Gültig vom 1. Juli 1968 an**

| Tarifklasse | Zu der Tarifklasse gehörende Vergütungsgruppen     | Ortsklasse | Monatsbeträge in DM |         |  |
|-------------|--|------------|---------------------|---------|--|
|             |  |            | Stufe 1             | Stufe 2 | Stufe 3 (bei einem kinderzuschlagsberechtigten Kind) |
| I b         | I a bis II b<br>ADO für übertarifliche Angestellte | S          | 232,—               | 302,—   | 333,—  |
|             |  | A          | 194,—               | 256,—   | 286,—  |
| II          | III bis V b<br>Kr. X bis Kr. VII                   | S          | 187,—               | 248,—   | 279,—  |
|             |  | A          | 158,—               | 210,—   | 240,—  |
| III         | V c bis X<br>Kr. VI bis Kr. I                      | S          | 153,—               | 213,—   | 244,—  |
|             |  | A          | 128,—               | 180,—   | 210,—  |

Bei mehr als einem kinderzuschlagsberechtigten Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind, und zwar

- für das zweite bis zum fünften Kind  
 in der Ortsklasse S um je 38,— DM,  
 in der Ortsklasse A um je 36,— DM,
- für das sechste und die weiteren Kinder  
 in der Ortsklasse S um je 49,— DM,  
 in der Ortsklasse A um je 47,— DM.

**Anlage 2**  
 zum Erlaß HMdF vom 10. Juli 1968

P 2101 A — 74 — I B 31 —  
 P 2102 A — 6

**Gesamtvergütung für Angestellte unter 18 Jahren**  
**(zu § 30 BAT)**  
**Gültig vom 1. Juli 1968 an**

| Alter                                | Ortsklasse | Gesamtvergütung in den Vergütungsgruppen |                  |                   |                   |                   |                |
|--------------------------------------|------------|--|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|----------------|
|                                      |            | VI b monatlich DM                        | VII monatlich DM | VIII monatlich DM | IX a monatlich DM | IX b monatlich DM | X monatlich DM |
| Vor Vollendung des 15. Lebensjahres  | S          | 403,50                                   | 374,—            | 347,—             | —                 | 322,50            | 300,—          |
|                                      | A          | 391,—                                    | 361,50           | 334,50            | —                 | 310,—             | 287,50         |
| Nach Vollendung des 15. Lebensjahres | S          | 444,—                                    | 411,50           | 381,50            | —                 | 355,—             | 330,—          |
|                                      | A          | 430,—                                    | 397,50           | 368,—             | —                 | 341,—             | 316,50         |
| Nach Vollendung des 16. Lebensjahres | S          | 524,50                                   | 486,—            | 451,—             | 436,—             | 419,50            | 390,—          |
|                                      | A          | 508,50                                   | 470,—            | 435,—             | 420,—             | 403,—             | 374,—          |
| Nach Vollendung des 17. Lebensjahres | S          | 605,50                                   | 561,—            | 520,50            | 503,50            | 484,—             | 450,—          |
|                                      | A          | 586,50                                   | 542,50           | 502,—             | 484,50            | 465,—             | 431,50         |

869

**Der Hessische Kultusminister**

**Satzung der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main**

In sinngemäßer Anwendung des § 6 Abs. 3 Satz 2 des Hochschulgesetzes habe ich mit Erlaß vom 1. Juli 1968 — H II 3 — 410/2 — 72 — die vom Konzil der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main am 26. Juni 1968 beschlossene Änderung der Satzung der Johann Wolfgang Goethe-Universität vom 1. August 1914 in der Fassung vom 10. 7. 1967 (StAnz. S. 1009) genehmigt. Die Änderung der Satzung wird hiermit bekanntgemacht.

- 1. § 38 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Rektor wird alljährlich bis zum Ende des Sommersemesters auf ein Jahr vom Konzil gewählt und tritt am 1. Oktober sein Amt an.“

- 2. § 39 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„Wiederwahl des amtierenden Rektors ist zulässig.“

- 3. Die Änderung der Satzung ist am 1. Juli 1968 — dem Tage der Zustellung des Erlasses vom 1. Juli 1968 — H II 3 — 410/2 — 72 — an den Herrn Rektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main — in Kraft getreten.

Wiesbaden, 9. 7. 1968

**Der Hessische Kultusminister**  
 H II 3 — 410/2 — 75

*StAnz. 31/1968 S. 1143*

870

## Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

### Vorschriften über die Ausbildung als Bergbaubeflissener

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren technischen Dienst im Bergfach vom 1. August 1967 (StAnz. S. 1078) werden folgende Vorschriften über die Ausbildung als Bergbaubeflissener erlassen:

#### § 1

##### Annahmeveraussetzungen

- (1) Als Bergbaubeflissener wird angenommen, wer
1. Deutscher im Sinne des Art. 116 des Grundgesetzes ist,
  2. das Reifezeugnis einer öffentlich anerkannten deutschen höheren Lehranstalt oder einen anderen Nachweis der Hochschulreife besitzt,
  3. für eine Beschäftigung unter Tage körperlich tauglich ist.
- (2) Ausnahmen von der Vorschrift des Absatzes 1 Nr. 1 kann das Oberbergamt in begründeten Fällen bewilligen.

#### § 2

##### Bewerbung

- (1) Das Gesuch um Annahme als Bergbaubeflissener ist bei dem Oberbergamt einzureichen. Dem Gesuch sind beizufügen:
1. ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf,
  2. das Reifezeugnis oder ein anderer Nachweis der Hochschulreife,
  3. ein amtliches Führungszeugnis, falls die Reifeprüfung länger als 3 Monate zurückliegt,
  4. ein Zeugnis eines mit den Arbeitsbedingungen im Bergbau vertrauten Arztes, wonach der Bewerber für alle bergmännischen Arbeiten unter Tage tauglich ist und genügend Farbunterscheidungsvermögen besitzt.
- (2) Der Bewerber kann in dem Gesuch angeben, wo er die Ausbildung beginnen möchte.

#### § 3

##### Annahme

- (1) Über das Gesuch entscheidet das Oberbergamt. Es kann den Bewerber auffordern, sich persönlich vorzustellen.
- (2) Erfüllt der Bewerber die Annahmeveraussetzungen, so nimmt ihn das Oberbergamt in das Verzeichnis der Bergbaubeflissenen auf, überweist ihn dem Bergamt, in dessen Bezirk er seine Ausbildung beginnen soll und teilt ihm beides schriftlich mit.
- (3) Durch die Annahme wird zwischen dem Bergbaubeflissenen und dem Land Hessen kein Arbeitsverhältnis begründet; auch erwirbt der Bergbaubeflissene keinen Anspruch auf eine spätere Verwendung im öffentlichen Dienst.

#### § 4

##### Zweck und Ziel der Ausbildung

- (1) Die Ausbildung hat zum Ziel, dem Bergbaubeflissenen bergmännische Fertigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, um ihn dadurch auf das Studium und seinen späteren Beruf vorzubereiten.
- (2) Durch eine planmäßig wechselnde Beschäftigung soll der Bergbaubeflissene Gelegenheit erhalten,
1. sich mit den bergmännischen Grundarbeiten durch eigene Ausübung vertraut zu machen,
  2. den Bergwerksbetrieb, seine geologischen Verhältnisse und die Bergtechnik aus eigener Anschauung kennenzulernen sowie
  3. einen Einblick in das Wesen ingenieurmäßiger Tätigkeit zu gewinnen.
- (3) Während der Ausbildung soll der Bergbaubeflissene sich bemühen, mit den im Bergbau Beschäftigten in menschliche Verbindung zu kommen und sich mit ihrem Fühlen und Denken vertraut zu machen.

#### § 5

##### Dauer und Einteilung der Ausbildung

- (1) Die Ausbildung umfaßt 260 Schichten. Sie teilt sich in den Abschnitt Grundausbildung, der vor dem Studium ohne Unterbrechung abzuleisten ist, und den Abschnitt Weiterbildung während des Studiums. Jeder Abschnitt umfaßt 130 Schichten.
- (2) Sofern der Bergbaubeflissene vor seiner Annahme (§ 3) Schichten verfahren hat, die dem Ziel der Grundausbildung entsprechen, kann das Oberbergamt hiervon bis zu 65 Schichten auf die Grundausbildung anrechnen.
- (3) Falls es für den Bergbaubeflissenen aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, eine unbillige Härte bedeuten würde, vor Aufnahme des Studiums die Grundausbildung zu beenden, kann das Oberbergamt auf Antrag deren Unterbrechung erlauben.

#### § 6

##### Grundausbildung

- (1) Der Bergbaubeflissene soll während der Grundausbildung zwei Bergbauzweige kennenlernen, nämlich den Stein- oder Pechkohlenbergbau sowie einen anderen Hauptbergbauzweig (Braunkohlen-, Erz-, Salz- oder Erdölbergbau).
- (2) Während der ersten 65 Schichten der Grundausbildung, die nach Möglichkeit im Stein- oder Pechkohlenbergbau zu verfahren sind, darf der Bergbaubeflissene das Bergwerk nicht wechseln. Die restlichen Schichten sollen ebenfalls ungeteilt in einem anderen Bergbauzweig abgeleistet werden.
- (3) Während der ersten 25 Schichten der Grundausbildung darf der Bergbaubeflissene nur bergmännische Arbeiten ausführen, die im Schichtlohn verrichtet werden. Danach hat er überwiegend Arbeiten zu leisten, die im Gedinge verrichtet werden.
- (4) Während der Grundausbildung sind 20 Beleh rungsschichten zu verfahren und möglichst gleichmäßig auf die Grundausbildung zu verteilen.
- (5) In begründeten Fällen kann das Oberbergamt Ausnahmen von den Bestimmungen der Absätze 2, 3 und 4 bewilligen.

#### § 7

##### Weiterbildung

- (1) Der Ausbildungsabschnitt Weiterbildung kann während der Hochschulferien in vier Einzelabschnitten von wenigstens 30 Schichten abgeleistet werden.
- (2) Von den ersten beiden Einzelabschnitten soll der Bergbaubeflissene einen in einem Bergbauzweig, den er während der Grundausbildung noch nicht kennengelernt hat, den anderen in Tagesbetrieben ableisten. Die beiden letzten Einzelabschnitte sollen, soweit möglich, der Einführung in die Aufgaben der technischen Verwaltung (Betriebswirtschafts- oder Planungsstelle, Markscheiderei u. ä.) dienen.
- (3) Während der ersten beiden Einzelabschnitte der Weiterbildung sind 10 Beleh rungsschichten zu verfahren. Das Oberbergamt kann in begründeten Fällen Ausnahmen bewilligen.

#### § 8

##### Ausbildungs- und Beschäftigungsplan

- (1) Das Oberbergamt regelt Art, Zeitdauer und Reihenfolge der Beschäftigung des Bergbaubeflissenen in einem Ausbildungs- und Beschäftigungsplan. Abweichungen kann das Oberbergamt in begründeten Fällen erlauben.
- (2) Gesuche der Bergbaubeflissenen, während der Ausbildung in bestimmten Bergamtsbezirken oder auf bestimmten Bergwerken beschäftigt zu werden, können berücksichtigt werden, sofern sie mit dem Zweck der Ausbildung vereinbar sind und die Werksleitung zustimmt.

#### § 9

##### Überwachung der Ausbildung

- (1) Das Bergamt überwacht die Ausbildung des Bergbaubeflissenen.

(2) Das Bergamt sorgt im Benehmen mit der Werksleitung dafür, daß der Bergbaubeflissene so beschäftigt wird, wie es dem Ziel der Ausbildung und dem Ausbildungs- und Beschäftigungsplan entspricht. Der Leiter des Bergamts oder die von ihm beauftragten Beamten ziehen den Bergbaubeflissenen gelegentlich zu ihren Grubenfahrten zu, um einen persönlichen Eindruck von ihm zu gewinnen und sich von den Fortschritten seiner Ausbildung zu überzeugen.

§ 10

**Rechtstellung des Bergbaubeflissenen**

(1) Der Bergbaubeflissene hat die Anweisungen der Bergbehörde zu befolgen.

(2) Das Oberbergamt kann einen Bergbaubeflissenen im Verzeichnis (§ 3 Abs. 3) streichen, wenn er sich tadelhaft führt oder sich wegen körperlicher oder geistiger Mängel als ungeeignet erweist. Vor der Streichung ist dem Bergbaubeflissenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Mit der schriftlichen Mitteilung der Streichung scheidet der Bergbaubeflissene aus der Ausbildung aus.

§ 11

**Schriftverkehr mit der Bergbehörde**

Der Bergbaubeflissene hat die seine Ausbildung betreffenden Wünsche bei der Bergbehörde schriftlich vorzubringen. Während der Ausbildung hat er alle Gesuche über das Bergamt an das Oberbergamt zu richten, Gesuche um Verlegung auf ein anderes Bergwerk oder um Überweisung in einen anderen Bergamtsbezirk sind mindestens einen Monat vor Beginn des neuen Beschäftigungsabschnittes einzureichen.

§ 12

**Belehrungsschichten und sonstige Unterweisungen**

(1) Belehrungsschichten dienen dem Befahren und Besichtigen von lehrreichen Betriebsabteilungen und -anlagen des Bergwerks, auf dem der Bergbaubeflissene angelegt ist, oder der Mitwirkung bei lehrreichen Einzelarbeiten, die er bei seiner Ausbildung sonst nicht kennenlernt. Die Belehrungsschichten sind möglichst an arbeitsfreien Wochentagen zu verfahren. Belehrungsschichten auf anderen Bergwerken oder in sehenswerten industriellen Betrieben dürfen nur mit vorheriger Einwilligung des Bergamtes und der Werksleitung verfahren werden.

(2) An Übungen und Vorträgen, die von der Bergbehörde oder der Werksleitung im Interesse der Ausbildung veranstaltet werden, hat der Bergbaubeflissene teilzunehmen. Fallen diese Veranstaltungen in die regelmäßige Arbeitszeit, können sie als Belehrungsschichten angerechnet werden.

§ 13

**Schichtentagebuch**

(1) Der Bergbaubeflissene hat während seiner gesamten Ausbildung ein Schichtentagebuch nach folgendem Muster zu führen:

| Tag, Monat<br>Jahr, | Zahl der Arbeitsschichten |            | Belehrungsschichten | Art und Ort der Beschäftigung | Bemerkungen |
|---------------------|---------------------------|------------|---------------------|-------------------------------|-------------|
|                     | im Schichtlohn            | im Gedinge |                     |                               |             |
|                     |                           |            |                     |                               |             |

(2) Nach Ablauf jeden Monats hat der Bergbaubeflissene das Schichtentagebuch dem jeweils für die Ausbildung Verantwortlichen (Betriebsführer, Ausbildungsleiter, Stabstellenleiter usw.) zur Prüfung und Bestätigung der Richtigkeit der Angaben und Befügung eines Vermerks über Fleiß, Anständigkeit und Führung des Bergbaubeflissenen vorzulegen und bis zum 10. des darauffolgenden Monats dem Bergamt zur Prüfung einzureichen.

§ 14

**Berichtsheft**

(1) Während der Grundausbildung und der ersten beiden Einzelabschnitte der Weiterbildung hat der Bergbaubeflissene neben dem Schichtentagebuch ein Berichtsheft nach folgendem Muster zu führen:

|   |           |
|---|-----------|
| Bergamt:  | Bergwerk: |
| Beschäftigungsabschnitt: (z. B. Förderung)                              |           |
| Zeit vom ..... bis.....   |           |
| Beschreibung verrichteter und beobachteter Arbeitsvorgänge (mit Skizze) |           |
|   |           |

(2) In dem Berichtsheft sind wöchentlich die Arbeitsverfahren und -vorgänge sowie geologische Gegebenheiten zu beschreiben, die der Bergbaubeflissene an seiner Arbeitsstätte sowie während der Belehrungsschichten kennengelernt hat. Die Berichte sind nach Möglichkeit durch Zahlenangaben zu ergänzen und durch selbstgefertigte Handskizzen zu erläutern. Sie sollen erkennen lassen, was der Bergbaubeflissene während seiner Ausbildung beobachtet und gelernt hat. Die Berichte sind auf das Wesentliche zu beschränken.

(3) Das Berichtsheft ist zusammen mit dem Schichtentagebuch (§ 13 Abs. 2) dem Bergamt einzureichen. Das Bergamt prüft und beurteilt die Berichte und gibt sie dem Bergbaubeflissenen zurück.

§ 15

**Schichtversäumnisse und Urlaub**

(1) Schichtversäumnisse hat der Bergbaubeflissene dem Bergamt unverzüglich anzuzeigen, ebenso die Wiederaufnahme der Tätigkeit.

(2) Schichtversäumnisse durch Unfall, Krankheit oder aus Gründen, die der Bergbaubeflissene nicht zu vertreten hat, kann das Oberbergamt auf Antrag bis zu 15 Schichten auf die Ausbildung (§ 5 Abs. 1) anrechnen.

(3) Urlaub bedarf der Genehmigung des Oberbergamts. Er wird auf die Dauer der Ausbildung (§ 5 Abs. 1) nicht angerechnet.

§ 16

**Schriftliche Arbeit während der Grundausbildung**

(1) Aus einem seiner Tätigkeitsgebiete hat der Bergbaubeflissene eine schriftliche Arbeit anzufertigen. Die Aufgabe stellt das Bergamt auf Antrag des Bergbaubeflissenen. Es kann hierbei Wünsche oder Vorschläge des Bergbaubeflissenen berücksichtigen. Die Arbeit ist vier Wochen nach der Aufgabenstellung bei dem Bergamt abzugeben.

(2) Das Bergamt hat die Arbeit zu beurteilen und wie folgt zu bewerten:

- sehr gut (1) = eine besonders hervorragende Leistung;
- gut (2) = eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Leistung;
- befriedigend (3) = eine über dem Durchschnitt liegende Leistung;
- ausreichend (4) = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
- mangelhaft (5) = eine Leistung mit erheblichen Mängeln;
- ungenügend (6) = eine völlig unbrauchbare Leistung.

(3) Für eine nicht mindestens mit „ausreichend“ bewertete Arbeit kann einmal eine Ersatzarbeit angefertigt werden.

§ 17

**Probegrubenfahrt und Bescheinigung über die Grundausbildung**

(1) Als Abschluß der Grundausbildung wird in Gegenwart des Leiters des Bergamts oder eines von ihm beauftragten Beamten des höheren Staatsdienstes im Bergfach und eines Vertreters der Werksleitung eine Probegrubenfahrt durchge-

führt. Hierbei hat der Bergbaubeflissene nachzuweisen, daß er eine ausreichende Handfertigkeit in der Ausführung der wichtigsten bergmännischen Grundarbeiten, die nötigen allgemeinen Kenntnisse vom Bergwerksbetrieb und von den bergbehördlichen Vorschriften sowie vom Rißwesen besitzt.

(2) Der Bergbaubeflissene hat sich zur Probegrubenfahrt spätestens zwei Wochen vor Beendigung seiner Grundausbildung möglichst persönlich bei dem Bergamt zu melden, das die Ausbildung überwacht. Bei der Meldung sind das Schichtentagebuch, das Berichtsheft und die schriftliche Arbeit (§ 16) vorzulegen.

(3) Die Probegrubenfahrt kann erst stattfinden, wenn die nach § 16 anzufertigende Arbeit mindestens mit „ausreichend“ bewertet worden ist.

(4) Das Bergamt hat das Ergebnis der Probegrubenfahrt mit einer der in § 16 Abs. 2 vorgeschriebenen Noten zu bewerten.

(5) Die Probegrubenfahrt kann bei nicht ausreichendem Ergebnis einmal wiederholt werden. Das Oberbergamt bestimmt, wie viele Schichten der Grundausbildung vor Wiederholung der Probegrubenfahrt erneut zu verfahren sind. Die Anzahl dieser Schichten muß mindestens 30 betragen und soll 65 nicht übersteigen.

(6) Nach bestandener Probegrubenfahrt erteilt das Oberbergamt dem Bergbaubeflissenen eine Bescheinigung über den ordnungsgemäßen Abschluß der Grundausbildung.

(7) Wird die Probegrubenfahrt im Wiederholungsfall nicht bestanden, so ist der Bergbaubeflissene im Verzeichnis (§ 3 Abs. 3) zu streichen. § 10 Abs. 2 Satz 3 findet Anwendung.

#### § 18

##### Abschlußbescheinigung

Nach ordnungsgemäßer Beendigung der gesamten Ausbildung erteilt das Oberbergamt dem Bergbaubeflissenen hierüber eine Bescheinigung.

#### § 19

##### Ausnahmen

Personen, die das Reifezeugnis einer öffentlich anerkannten deutschen höheren Lehranstalt oder einen anderen Nachweis der Hochschulreife besitzen und ausreichende praktische Kenntnisse vom Bergbau durch eine mindestens zweijährige Tätigkeit erworben haben und dies nachweisen, kann das Oberbergamt auf Antrag bescheinigen, daß die Grundausbildung als ordnungsgemäß abgeschlossen gilt. Die Verpflichtung, den Ausbildungsabschnitt Weiterbildung abzuleisten, bleibt unberührt.

#### § 20

##### Inkrafttreten

(1) Diese Vorschriften treten am 1. Juli 1968 in Kraft.

(2) Mit dem gleichen Tage treten die Vorschriften über die praktische Ausbildung der Bergbaubeflissenen vom 3. März 1953 in der Fassung vom 25. März 1958 (StAnz. S. 466) außer Kraft.

#### § 21

##### Übergangsvorschriften

Bergbaubeflissene, die sich bei Inkrafttreten dieser Vorschriften in Ausbildung befinden, wird die bisher abgeleistete Ausbildungszeit angerechnet. Die restlichen Ausbildungsabschnitte sind nach diesen Vorschriften abzuleisten.

Wiesbaden, 1. 7. 1968

Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Verkehr  
I c 2 — 8 e — 02-27  
StAnz. 31/1968 S. 1144

871

### Bergpolizeiverordnung zur Änderung der Bergpolizeiverordnung über Tiefbohrungen

#### Artikel I

Die Bergpolizeiverordnung über Tiefbohrungen sowie über die Gewinnung von Erdöl und Erdgas durch Bohrlöcher im Bezirk des Hessischen Oberbergamtes zu Wiesbaden vom 1. Oktober 1954 (BPVT) — StAnz. S. 996 —\*) wird wie folgt geändert:

\*) GVBl II 53 — 22

1. In der Überschrift werden nach dem Wort „Tiefbohrungen“ die Worte „und Tiefspeicher“ eingefügt.

2. In der der Verordnung vorangestellten Aufführung der Rechtsgrundlagen wird im 1. Absatz hinter dem Datum „1. 4. 1953“ eingefügt: „sowie auf Grund der §§ 3 a und 4 des Gesetzes über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben, Tiefspeichern und Tiefbohrungen vom 18. Dezember 1933 (Preuß. Gesetzssamml. S. 493) in der im Lande Hessen geltenden Fassung vom 8. Juli 1968 (GVBl. I S. 183).“

Im 2. Absatz der Präambel werden hinter dem Wort „Steinbruchs-Berufsgenossenschaft“ die Worte „sowie die Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke“ eingefügt.

3. In § 1 Nr. 2 wird hinter dem Wort „Bohrlöcher“ der Punkt gestrichen; folgende Worte werden angefügt: „sowie für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur behälterlosen unterirdischen Speicherung von Gas (Tiefspeicher).“

4. Dem § 2 werden folgende Sätze als Satz 2 und 3 angefügt: „Bohrungen für Tiefspeicher gelten ebenfalls als Erdölbohrungen im Sinne dieser Verordnung. Für Speichergas gelten die Vorschriften für Erdgas entsprechend.“

5. In § 37 Nr. 1 wird die Ziffer „50“ durch die Ziffer „20“ ersetzt.

6. § 43 erhält folgende Fassung:

„§ 43

##### Überwachung der Spülung

Menge und Beschaffenheit der Spülung müssen ständig eine ausreichende Sicherung des Bohrloches gewährleisten. Sie sind laufend zu überwachen. Die Überwachung hat sich auch auf Anzeichen von Gas und Öl zu erstrecken.“

7. Die Überschrift von Abschnitt 6 erhält folgende Fassung:

„Fördern und Einleiten durch Bohrlöcher (Förderbetrieb)“

8. § 55 erhält folgende Fassung:

„§ 55

Für den Förderbetrieb gelten folgende Paragraphen des Abschnittes 5 (Bohrbetrieb) sinngemäß:

§ 36 Spill,

§ 37 Belastungsanzeiger,

§ 38 Abseilvorrichtung, soweit die Gestängebhühne benutzt wird und Gas- oder Ölausbrüche nicht ausgeschlossen sind,

§ 40 Regelmäßige Prüfungen,

§ 41 Höchstbelastung des Bohrseiles,

§ 42 Zurückziehen der Belegschaft,

§ 43 Überwachung der Spülung,

§§ 48 und 49 Maßnahmen gegen Gas- und Ölausbrüche.“

9. Dem § 56 wird als Satz 2 folgender Satz angefügt: „Dies gilt auch für Bohrungen, mit denen ein Tiefspeicher betrieben wird.“

10. § 60 Nr. 3 wird gestrichen.

11. § 62 erhält folgende Fassung:

„§ 62

##### Überwachung von Tiefspeichern

Bei dem Betrieb von Tiefspeichern sind die eingeleiteten und entnommenen Mengen sowie die Speicher selbst laufend zu überwachen. Dabei festgestellte Unregelmäßigkeiten oder Unstimmigkeiten beim Mengenvergleich sind dem Bergamt zu melden.“

12. Hinter § 131 wird folgende Vorschrift als § 131 a eingefügt:

„§ 131 a

##### Gasschutz

(1) In Betrieben oder Betriebsteilen, in denen Personen durch schädliche Gase, Dämpfe, Nebel, Stäube oder durch Sauerstoffmangel gefährdet werden können,

sind Atemschutzgeräte in genügender Zahl bereitzuhalten und alle in Betracht kommenden Belegschaftsmitglieder in ihrem Gebrauch zu unterrichten.

(2) Atemschutzgeräte, deren Bauart für den beabsichtigten Verwendungszweck vom Deutschen Ausschuss für das Grubenrettungswesen als geeignet erklärt ist, gelten als zugelassen und dürfen verwendet werden. Liegt eine solche Eignungserklärung nicht vor, dürfen die Geräte nur verwendet werden, wenn eine Bauartzulassung des Oberbergamts für den beabsichtigten Verwendungszweck vorliegt.

(3) Die Atemschutzgeräte müssen von einer besonders hierfür ausgebildeten Person (Gerätewart) überwacht

werden. Der Gerätewart muß dem Bergamt namhaft gemacht werden; ihm ist eine Dienstanweisung auszuhandigen.

(4) Die Einrichtungen des Atemschutzes müssen mindestens einmal jährlich von einer Hauptretungsstelle auf ihre Verwendungsfähigkeit geprüft werden. Der Befund ist dem Bergamt schriftlich mitzuteilen.“

#### Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. August 1968 in Kraft.

Wiesbaden, 15. 7. 1968

**Hessisches Oberbergamt**  
Az. 76 c 04 — 1/7  
gez. Einecke  
St.Anz. 31/1968 S. 1146

**872**

### Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

An das  
Landesversorgungsamt Hessen  
6 Frankfurt/Main

#### Beschädigtenversorgung nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG);

hier: Versorgungsschutz bei truppenärztlicher Behandlung

Der Bundesminister der Verteidigung gab mit seinem Rund-erlaß vom 18. 4. 1968 — VR I 1 — 20 — 10 — 00 — einige Grundsätze zu der Frage bekannt, unter welchen Voraussetzungen Gesundheitsstörungen, die Soldaten im Zusammenhang mit einer truppenärztlichen Behandlung im Rahmen der unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung erleiden, als Folgen einer Wehrdienstbeschädigung anzuerkennen sind.

Ich bitte Sie, nach diesem Runderlaß, den der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung mir mit seinem Rundschreiben vom 2. 5. 1968 — V/3 — 5141 — 688/68 — \*) bekanntgegeben hat, zu verfahren und die Versorgungsdienststellen entsprechend anzuweisen.

Mein Erlaß vom 29. 4. 1964 — I e — 5105 —, mit dem ich Ihnen den Runderlaß des Bundesministers der Verteidigung vom 6. 4. 1964 und das Rundschreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 20. 4. 1964 — V/3 — 5140.1 — 2282/64 — bekanntgegeben habe, ist hiermit überholt.

Wiesbaden, 14. 5. 1968

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
I A 5 — 5105

St.Anz. 31/1968 S. 1147

\*) Veröffentlicht im BVBl. 1968 S. 86 Nr. 38.

**873**

An das  
Landesversorgungsamt Hessen  
6 Frankfurt/Main

#### Krankenbehandlung nach § 12 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes;

hier: Gewährung von orthopädischen Hilfsmitteln an Behinderte

Ich bitte, nach dem Rundschreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 6. Mai 1968 — V/2 — 5207.20/5208.1 — 1085/68\*) zu verfahren. Wie mir ein Vertreter dieses Ministeriums fernmündlich mitteilte, ist in absehbarer Zeit mit einer Klärung der Frage zu rechnen, ob orthopädische Versorgung im Rahmen der Krankenbehandlung lediglich dann gewährt werden kann, wenn eine Krankheit im Sinne der Vorschriften der gesetzlichen Krankenversicherung vorliegt (VV Nr. 3 zu § 10 BVG). Ich beziehe mich insoweit auf meine Ausführungen zu § 13 BVG in dem Erlaß vom 26. 6. 1967 — I A 5 — 5160 —.

Wiesbaden, 17. 5. 1968

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
I A 5 — 5186/5072

St.Anz. 31/1968 S. 1147

\*) BVBl. 1968 S. 86 Nr. 37.

**874**

An das  
Landesversorgungsamt Hessen  
6 Frankfurt/Main

#### Versorgung nach § 1 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 5 Satz 2 des Bundesversorgungsgesetzes

Ich bitte, nach den Ausführungen des Rundschreibens des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 25. 4. 1968 — V/6 — 5681.9 — 407/68 — \*) zu verfahren. Die nach Abschnitt V aufgehobenen Rundschreiben gab ich Ihnen mit folgenden Erlassen bekannt, die ich hiermit aufhebe:

Rundschreiben vom 24. 10. 1961:

Erlaß vom 3. 11. 1961 — I e — 5245 —;

Rundschreiben vom 18. 8. 1962:

Erlaß vom 30. 8. 1962 — I e — 5245/5364/5367/5369 —;

Rundschreiben vom 11. 7. 1966:

Erlaß vom 20. 7. 1966: — I A 5 — 5152 —;

Rundschreiben vom 13. 7. 1966:

Erlaß vom 3. 8. 1966 — I A 5 — 5152/5245 —.

Das teilweise aufgehobene Rundschreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 8. 5. 1962 leitete ich Ihnen mit Erlaß vom 18. 5. 1962 — I e 5245/5105 — zu. Soweit das Rundschreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 8. 5. 1962 aufgehoben worden ist, ist mein Erlaß vom 18. 5. 1962 als überholt zu betrachten.

Da „Schizophrenie“ nach Abschnitt IV Nr. 4 des anliegenden Rundschreibens vom 25. 4. 1968 nicht zur Gewährung einer Kannversorgung nach § 1 Abs. 3 Satz 2 BVG führen kann, ist mein Erlaß vom 10. 7. 1967 — I A 5 — 5152 überholt; eine Zurückstellung solcher Fälle ist nicht mehr erforderlich.

Nach § 2 Satz 3 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsofferversorgung übertrage ich Ihnen die Befugnis zur Zustimmung zu Entscheidungen, mit denen Versorgung nach § 1 Abs. 3 Satz 2 oder Abs. 5 Satz 2 des Bundesversorgungsgesetzes gewährt wird, soweit der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Abschnitt II des anliegenden Rundschreibens vom 25. 4. 1968 unter den in Abschnitt III dieses Rundschreibens genannten Voraussetzungen einer Versorgung allgemein zugestimmt hat. Gleichzeitig hebe ich meine Erlasse

vom 10. 5. 1965 — M — I e — 5245/5152 — (St.Anz. S. 619 Nr. 534) teilweise und

vom 25. 5. 1966 — M — I A 5 — 5152/5245 — (St.Anz. S. 815 Nr. 580) auf;

den Erlaß vom 10. 5. 1965 jedoch nur insoweit, als er Versorgung für die Leiden: Multiple Sklerose, Amyotrophische Lateralsklerose, Syringomyelie, Spastische Spinalparalyse und Sarkoidose betrifft. Soweit dieser Erlaß die Versorgung wegen der Leiden: Progressive Bulbärparalyse, Spondylarthritis ankylopoetica (Bechterew'sche Krankheit), Lymphogranulomatose und Krebserkrankung betrifft, gilt er weiter.

\*) BVBl. 1968 S. 82 Nr. 35.

Ihre Zuständigkeit für die Gewährung von Versorgung nach § 1 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 5 Satz 2 des Bundesversorgungsgesetzes ist danach bei folgenden Leiden gegeben:

1. Arteriosklerotische Komplikationen,
2. Endangiitis obliterans,
3. Sarkoidose,
4. Multiple Sklerose,
5. Amyotrophische Lateralsklerose,
6. Spastische Spinalparalyse,
7. Progressive Muskelatrophie,
8. Syringomyelie,
9. Progressive Muskeldystrophie,
10. Progressive Bulbärparalyse,
11. Spondylarthritis ankylopoetica (Bechterew'sche Krankheit),
12. Lymphogranulomatose,
13. Krebserkrankungen.

Ihre Zuständigkeit erstreckt sich auf die Zustimmung zu Entscheidungen, mit denen Kannversorgung gewährt wird, bei Krebserkrankungen auch auf die Ablehnung einer Kannversorgung (vgl. meinen Erlaß vom 9. 3. 1966 — M — I A 5 — 5152 — StAnz. S. 457 —).

Abschnitt I Nr. 3 meines Zuständigkeitserlasses vom 23. 3. 1966 — M — I A 5 — 5400 — (StAnz. S. 532) bleibt zu beachten.

Wiesbaden, 16. 5. 1968

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
I A 5 — 5152  
In Vertretung  
gez. Schmidt

StAnz. 31/1968 S. 1147

875

An das  
Landesversorgungsamt Hessen  
6 Frankfurt/Main

**Anwendung des § 3 des Bundesversorgungsgesetzes;**

hier: Zivilpersonal im Krankenpflegedienst der Wehrmacht während des Krieges

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung äußerte sich in seinem Rundschreiben vom 15. 5. 1968 — V/2 — 5202.2 — 832/68 —\*) zu der Frage, ob bestimmte Dienstleistungen im zweiten Weltkrieg als Dienst des Personals der freiwilligen Krankenpflege bei der Wehrmacht im Kriege (§ 3 Abs. 1 Buchst. f BVG) anzusehen sind und gab dazu eine Übersicht über den im Rahmen der freiwilligen Krankenpflege bei der Wehrmacht eingesetzten Personenkreis und über das weitere im Krankenpflegedienst innerhalb der Wehrmacht beschäftigte Zivilpersonal.

Ich bitte Sie, das Rundschreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 15. 5. 1968 bei der Beurteilung einschlägiger Fälle anzuwenden und die Versorgungsämter entsprechend anzuweisen.

Wiesbaden, 31. 5. 1968

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
I A 5 — 5151

StAnz. 31/1968 S. 1148

\*) veröffentlicht im BVBl. 1968 S. 85 Nr. 36.

876

An das  
Landesversorgungsamt Hessen  
6 Frankfurt/Main

**Durchführung des § 10 Abs. 5 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes;**

hier: Anspruch auf Tuberkulosehilfe

Ich bin um Äußerung zu der Frage gebeten worden, wann eine Tuberkulosebehandlung für Berechtigte nach § 10 Abs. 2 und 4 BVG durch die Versorgungsverwaltung durchzuführen ist. Dabei wurde auf die Bestimmungen des § 10 Abs. 5 Buchstabe a und wegen des Einkommens auch auf Buchstabe b Bezug genommen. Ich teile Ihnen hierzu folgendes mit:

Für die Gewährung von Heilbehandlung im Rahmen der nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) zu gewährenden

Tuberkulosehilfe (§§ 48 ff BSHG) kommt die Einkommensgrenze nach § 81 BSHG in Betracht, die sich aus einem Grundbetrag von (zur Zeit) monatlich 500 DM, den Kosten der Unterkunft und einem Familienzuschlag von (zur Zeit) monatlich 110 DM für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen zusammensetzt. Das diese Einkommensgrenze übersteigende Einkommen ist in angemessenem Umfang zu den Kosten der Heilbehandlung heranzuziehen. Für die Beurteilung, in welchem Umfang der Hilfesuchende mit seinem Einkommen zu den Kosten herangezogen werden kann, sind vor allem die Art des Bedarfs, die Dauer und Höhe der erforderlichen Aufwendungen sowie besondere Belastungen des Hilfesuchenden und seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen zu berücksichtigen. Die Heilbehandlung ist auch dann in vollem Umfang vom Sozialhilfeträger zu gewähren, wenn der Hilfesuchende mit einem Teil seines Einkommens zu den Kosten beizutragen hat.

Bei der Gewährung von stationärer Heilbehandlung im Rahmen des BSHG ist nicht denkbar, daß ein monatliches Einkommen bis zu 900 DM ausreicht, um die Übernahme der Heilbehandlungskosten durch den Sozialhilfeträger abzulehnen. Allerdings wird in der Regel zumindest ein Eigenanteil in Höhe des ersparten häuslichen Lebensunterhaltes verlangt werden. Lediglich bei geringfügigen Kosten, u. a. der ambulanten Behandlung, könnte es möglich sein, daß z. B. ein alleinstehender Gewerbetreibender mit einem Nettoeinkommen von angenommen monatlich 800 DM über der Einkommensgrenze liegt, und ihm deshalb keine Tuberkulosehilfe nach dem BSHG gewährt werden kann.

Es wird erforderlich sein, daß sich die Versorgungsverwaltung vor der Entscheidung über die Gewährung von Behandlung für Tuberkulose an Berechtigte im Sinne des § 10 Abs. 2 und 4 BVG mit dem Sozialhilfeträger in Verbindung setzt. Nur wenn und soweit der Sozialhilfeträger aus den obengenannten Gründen nicht leistet, ist — sofern keiner der übrigen Ausschlußgründe des § 10 Abs. 5 BVG vorliegt — die Versorgungsverwaltung zuständig.

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch das Rundschreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 25. 11. 1965 (BVBl. 1966 S. 3 Nr. 2), das — unter Beachtung meiner vorstehenden Ausführungen — ebenfalls in Fällen des § 10 Abs. 2 und 4 BVG entsprechend anzuwenden sein dürfte.

Wiesbaden, 9. 7. 1968

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
I A 5 — 5166 5160

StAnz. 31/1968 S. 1148

877

**Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland vom 20. Juni 1956 (BGBl. 1959 II S. 149);**

hier: Übersetzungskosten für ausgehende Ersuchen

Das vorgenannte Übereinkommen hat den Zweck, die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland zu erleichtern. Gemäß Art. 2 des Übereinkommens sind in jedem Vertragsstaat Übermittlungs- und Empfangsstellen bestimmt worden, die unmittelbar miteinander verkehren und die Durchsetzung der Unterhaltsansprüche veranlassen. Die Aufgaben dieser Stellen ergeben sich aus Art. 3 ff. des Übereinkommens. Übermittlungsstellen sind in Deutschland die Landesjustizverwaltungen. Bei der Entgegennahme und Prüfung der Gesuche haben sich nunmehr Schwierigkeiten wegen der Übernahme der Kosten für die Beschaffung der Übersetzungen ergeben, falls die Gesuchsteller selbst zur Zahlung dieser Kosten nicht in der Lage sind.

Ich vertrete die Auffassung, daß diese Übersetzungskosten zu den „persönlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens“ gehören und bei Mittellosigkeit der Berechtigten daher von den Trägern der Sozialhilfe im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt gem. §§ 11, 12 BSHG zu tragen sind.

Demzufolge sind auch, wenn minderjährige Berechtigte ihren notwendigen Lebensunterhalt im Zusammenhang mit Hilfen zur Erziehung im Rahmen des § 6 JWG erhalten, die Übersetzungskosten von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe zu übernehmen.

Ich bitte Sie, entsprechend zu verfahren.

Wiesbaden, 27. 6. 1968

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
II B 1 c — 52 b — 04 — 11

StAnz. 31/1968 S. 1148

878

Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen.

Monat: Juni 1968  
(2. 6.—29. 6. 1968)

(Monat setzt sich aus 4 Wochen zusammen)

Bevölkerungszahl: 5 262 729

| Reg.-Bezirk           | E = Erkrankungsfall<br>T = Todesfall | Enteritis in fectionosa |               | Übertragbare Gehirnentzündung | Übertrag. Kinderlähmung | Ornithose | Ruhr             |            |                    | Scharlach | Brucellose          |               | Übertr. Hirnhautentzündung |                     | Leptospirose |               |               |   | Todesfall an |                 |                      |
|-----------------------|--------------------------------------|-------------------------|---------------|-------------------------------|-------------------------|-----------|------------------|------------|--------------------|-----------|---------------------|---------------|----------------------------|---------------------|--------------|---------------|---------------|---|--------------|-----------------|----------------------|
|                       |                                      | Salmonellose            | übrige Formen |                               |                         |           | Bakterielle Ruhr | Amöbenruhr | Typhus abdominalis |           | Bang'sche Krankheit | Malariafieber | Hepatitis infectiosa       | Well'sche Krankheit | Feldfieber   | Cantolafieber | übrige Formen | Verletzung durch tollwutkranken oder -verdächtige Tiere*) | Toxoplasmose | Wundstarrkrampf | Grippe (Virusgrippe) |
| Reg.-Bezirk DARMSTADT | E<br>T                               | 5<br>1                  | 1<br>—        | —<br>—                        | —<br>—                  | —<br>—    | 5<br>1           | —<br>—     | 9<br>—             | 125<br>—  | —<br>—              | 7<br>22       | 114<br>—                   | —<br>—              | —<br>—       | 3<br>1        | 1<br>1        | —<br>—  | —<br>—       | —<br>—          | —<br>—               |
| Reg.-Bezirk KASSEL    | E<br>T                               | 7<br>—                  | 1<br>—        | —<br>—                        | —<br>—                  | —<br>—    | 4<br>—           | —<br>—     | —<br>—             | 21<br>—   | —<br>—              | 3<br>—        | 17<br>—                    | —<br>—              | —<br>—       | 4<br>—        | —<br>—        | —<br>—  | —<br>—       | —<br>—          | —<br>—               |
| Land HESSEN           | E<br>T                               | 12<br>—                 | 2<br>—        | —<br>—                        | —<br>—                  | —<br>—    | 9<br>1           | —<br>—     | 9<br>—             | 146<br>—  | —<br>—              | 7<br>25       | 131<br>—                   | —<br>—              | —<br>—       | 7<br>1        | 1<br>1        | —<br>—  | —<br>—       | —<br>—          | —<br>—               |

\*) Zahlen in Klammern: Enge Kontakte (Berührungen) mit tollwutkranken bzw. -verdächtigen Tieren.

Wiesbaden, 10. 7. 1968

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen  
— III A 6 —  
StAnz. 31/1968 S. 1149

879

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Abgabe von Forstnebennutzungen durch die Forstbetriebsbeamten

Für die Abgabe von Forstnebennutzungen durch die Forstbetriebsbeamten gebe ich mit Wirkung vom 1. Juli 1968 folgende Anordnungen:

1. Umfang der Abgabe

- 1.1 Die nachstehend aufgeführten Forstnebennutzungen können nach den Weisungen der Forstamtsleiter bis auf Widerruf von den Forstbetriebsbeamten abgegeben werden:
  - 1.1.1 Weihnachtsbäume, Schmuck-, Deck- und Besenreisig sowie Laub, Moos und alte Nadelholzzapfen zur Fertigung von Kränzen u. ä.
  - 1.1.2 Steine, Lehm, Ton, Mergel, Erde, Sand und Kies, Gras und Obst,
  - 1.1.3 nach dem Aufarbeiten im Schlag verbleibendes Astreisig und Schlagabraum ohne Derbholz,
  - 1.1.4 Raff- und Lescholz,
  - 1.1.5 Stockholz.
  - 1.1.6 Die Abgabe von nichtaufgearbeitetem Derbholz geringer Qualität (Kronenholz, Läuterungsanfalle u. ä.) durch die Forstbetriebsbeamten als Nebennutzungen ist zulässig, sofern für den jeweiligen Schlag (Hauungsplannummer) die schriftliche Zustimmung oder Weisung des Forstamtsleiters ergangen ist (z. B. durch Vermerk im Hauungsplan).
- 1.2 Alle unter 1.1 nicht aufgeführten Nebennutzungen sowie aufgearbeitetes Derbholz darf nur der Forstamtsleiter abgeben.
- 1.3 Die Abgaben sind nur zulässig, soweit sie durch Selbstwerbung erfolgen und ihr Wert je Käufer und Monat einen Betrag von 100,— DM nicht überschreitet.
- 1.4 Die „Nebennutzungstaxe vom 1. 10. 1951 für die Staatswaldungen des Landes Hessen“ ist nicht mehr zeitgemäß und wird deshalb hiermit aufgehoben. Soweit nicht für bestimmte Nebennutzungen von mir oder von

den Regierungspräsidenten Richtpreise festgesetzt sind, wie z. B. für Weihnachtsbäume und Schmuckreisig, werden die Forstamtsleiter angewiesen, je nach den örtlichen Verhältnissen nach Anhören der Forstbetriebsbeamten und im Benehmen mit den benachbarten Forstämtern Mindestpreise für die übrigen Nebennutzungen in eigener Zuständigkeit festzusetzen. Höhere Preise sind pflichtgemäß stets zu fordern bei besonderer Güte der Nebennutzungen oder wenn andere Umstände einen höheren Preis rechtfertigen. Die Mindestpreise sind in einer örtlich geltenden Nebenutzungstaxe festzulegen, die gemäß Ziff. 4.2.1 des Verzeichnisses der Kassen- und Ergänzungsbelege jeweils der Betriebsabrechnung beizufügen ist.

2. Abgabeverfahren

- 2.1 Die Forstbetriebsbeamten erhalten vom Forstamtsleiter eine Aufstellung der Nebennutzungen, zu deren Abgabe er sie im Rahmen dieses Erlasses ermächtigt, sowie eine Ausfertigung der örtlich geltenden Nebenutzungstaxe. Ferner erhalten sie Durchschreibeblocks mit fortlaufend nummerierten Abgabezetteln und Abgabebücher für Forstnebennutzungen.
- 2.2 Der Forstbetriebsbeamte stellt die Abgabezettel des Zettelblocks im Durchschreibeverfahren aus und trägt sie in das Abgabebuch ein. Nach Barzahlung des zu entrichtenden Geldbetrages erhält der Käufer den von beiden unterschriebenen Abgabezettel (Durchschrift); der Forstbetriebsbeamte verwahrt das Geld.
- 2.3 Die zu Abgaben im Rahmen dieses Erlasses ermächtigten Beamten haben das eingemommene Geld getrennt von eigenen Geldbeträgen verschlossen und so sicher wie möglich aufzubewahren; insgesamt darf die Summe der verwahrten Gelder einen Betrag von 300,— DM nicht überschreiten. Durch Mangel an Wechselgeld bedingte Unstimmigkeiten des Verwahrgeldbetrages sind unverzüglich (ohne schuldhaftes Zögern) zu regulieren. Die eingemommenen Gelder sind in den aus Staatsmitteln beschafften Kassetten aufzubewahren.

- 2.4 Die Forstamtsleiter sorgen dafür, daß die mit der Abgabe von Nebennutzungen betrauten Forstbetriebsbeamten nach Schluß eines jeden Monats ihre abgeschlossenen Abgabebücher und Zettelblocks zur Überprüfung und Erteilung der Annahmeanordnung dem Forstamt vorlegen und gleichzeitig das verwahrte Geld an die Staatskasse zahlen. Für jeden Abgabezeitraum ist ein „Abgabebuch über Forstnebennutzungen“ zu führen und auf der Titelseite abzuschließen. Die abgeschlossenen Abgabebücher sind den Annahmeanordnungen als begründende Unterlagen beizufügen. Falls die verwahrten Gelder schon vor Monatsschluß den in 2.3 angegebenen Betrag von 300,— DM erreichen, müssen Abgabebuch und Zettelblock unverzüglich dem Forstamt zur Erteilung der Annahmeanordnung vorgelegt und das Geld an die Staatskasse gezahlt werden. Sind bis zu einem Monatsschluß keine Abgaben erfolgt, so ist vom Forstbetriebsbeamten Fehlanzeige zu erstatten. Es muß auf jeden Fall vermieden werden, daß bei den Staatskassen Geldbeträge ohne Annahmeanordnung einlaufen.
- Die Abführung des Geldes an die Staatskasse ist gebührenfrei durch Zahlkartenblock der Staatskasse oder Banküberweisung (nicht durch Privatkonto) vorzunehmen. Hierbei sind die Zahlkartenabschnitte bzw. Banküberweisungsträger wie folgt zu beschriften:
- „Hess. Forstamt . . . . .  
Revier . . . . .  
Nebennutzungen (Kap. 09 51 — 17)  
(ab R.J. 1969 Kap. 09 51 — 125 12)  
Abgabezettel-Nr. . . . . bis . . . . .
- 2.5 Auf der Rückseite des letzten verbrauchten Abgabzettels bescheinigt der Büroleiter die rechnerische und der Forstamtsleiter die sachliche Richtigkeit. In die Annahmeanordnung über die Einnahmen aus Forstnebennutzungen für den abgelaufenen Abgabezeitraum werden die Beträge aus den Abgabebüchern der Forstbetriebsbeamten nur jeweils in einer Summe unter Angabe der Nummern des ersten und letzten ausgegebenen Zettels übernommen. Da die Forstbetriebsbeamten für jeden Abgabezeitraum ein neues Abgabebuch führen und auch abwechselnd zwei Zettelblocks benutzen können, dürften bei der Abgabe und Abrechnung von Nebennutzungen keine Verzögerungen eintreten.
- 2.6 Bei Stellenwechsel oder Vertretung hat der Forstbetriebsbeamte das Abgabebuch wie zum Ende eines Abrechnungszeitraumes abzuschließen und den Zettelblock sowie ein neues Abgabebuch seinem Nachfolger oder Vertreter zu übergeben.
- 2.7 Aufgebrauchte Zettelblocks werden bei der Abrechnung vom Forstamt eingezogen und nach Schluß eines Rechnungsjahres der Betriebsabrechnung beigelegt. Für die Betriebsabrechnung werden die nicht vollständig aufgebrauchten Zettelblocks geteilt. Die im abgelaufenen Rechnungsjahr ausgestellten Abgabzettels werden getrennt nach Forstbetriebsbezirken mit Heftklammern zusammengefügt und ebenfalls der Betriebsabrechnung beigelegt. Die übrigen unverbrauchten Abgabzettels sind im nächsten Rechnungsjahr zu verwenden.
- 2.8 Im übrigen weise ich nochmals darauf hin, daß die Führung sogen. „Schwarzer Kassen“ gemäß § 26 (2) RHO streng verboten ist. Für die Abwicklung der Kassengeschäfte ist allein die Staatskasse zuständig.
- 2.9 Die Forstamtsleiter benutzen für die Abgabe derjenigen Nebenerzeugnisse, die den Forstbetriebsbeamten nicht freigegeben sind, nur den dreiteiligen Abgabezettel. Jeder ausgestellte Abgabezettel ist in der Annahmeanordnung aufzuführen. Der dritte Teil des Abgabzettels ist nach Eingang des Kaufgeldes von der Staatskasse, bei Anwendung des vereinfachten Zahlungsverfahrens (Erlaß vom 20. 12. 1965 — III A 2 — I/2800 — 319 00 —) durch den Forstamtsleiter abzutrennen und bleibt als Unterbeleg bei der Annahmeanordnung.
3. **Vordrucke**
- 3.1 Die Durchschreibeblocks für die Abgabe von Forstnebennutzungen im Staatswald (Vordruck „Versch. Forst 25“, Bestell-Nr. 9.160) und im Körperschafts- und Privatwald (Vordruck „Versch. Forst 29“, Bestell-Nr. 9.760) sind nur über die Regierungspräsidenten zu beziehen; die Landesbeschaffungsstelle ist angewiesen, keine direkten Lieferungen an Forstämter oder andere Stellen vorzunehmen.
- Über Eingang und Ausgabe der Blocks ist bei den Forstämtern Buch zu führen, die Blocks selbst und ihre Kontroll-Listen sind unter Verschuß zu halten.
- 3.2 Die Abgabebücher über Forstnebennutzungen (Vordruck „Versch. Forst 26 T“, Bestell-Nr. 9.161) mit Einlagebogen (Vordruck „Versch. Forst 26 E“, Bestell-Nr. 9.162) können sowohl für den Staatswald als auch für den Körperschafts- und Privatwald verwendet werden. Sie sind unmittelbar von der Landesbeschaffungsstelle zu beziehen.
- 3.3 Der bei Abgaben durch die Forstamtsleiter zu verwendende dreiteilige Abgabezettel (Vordruck „Versch. Forst 27“, Bestell-Nr. 9.163) kann sowohl für den Staatswald als auch für den Körperschafts- und Privatwald verwendet werden. Dieser Vordruck ist unmittelbar von der Landesbeschaffungsstelle zu beziehen.
4. **Aufhebung früherer Erlasse**
- Folgende Erlasse werden hiermit aufgehoben:
- 4.1 Erlaß vom 13. 11. 1959 — III c — I 2455 — 364 03 — und die Nebennutzungstaxe vom 1. 10. 1951 für die Staatswaldungen des Landes Hessen
- 4.2 Erlaß vom 25. 8. 1965 — III A 2 — I 2100 — 364 03 —
- 4.3 Erlaß vom 11. 1. 1966 — III A 2 — 3049 — E 65 —.
- Wiesbaden, 27. 5. 1968
- Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Forsten**  
III A 2 — 3355 — N 30  
StAnz. 31/1968 S 1149

880

## Personalmeldungen

Es sind

**C. Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern****c) Regierungspräsident in Kassel**

ernannt:

zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte Dr. Ehrhart Appell (9. 5. 1968); Ernst Schneider (9. 5. 1968);  
zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsassessor Karl-August Haag (9. 5. 1968);  
zum **Amtsrat** Regierungsamtmann Hans Flöthe (31. 5. 1968);  
zur **Regierungsinspektorin z. A. (BaP)** Reg.-Inspektor-Anwärtin Johanna Baumann (30. 4. 1968);  
zu **Regierungsinspektoren z. A. (BaP)** die Reg.-Inspektor-Anwärter Peter Eckel (26. 4. 1968); Gerhard Frindt (30. 4. 1968); Klaus Hamatschek (26. 4. 1968); Michael Manns (26. 4.

1968); Peter Matejka (30. 4. 1968); Karl-Heinz Neth (26. 4. 1968); Wolfgang Nieft (26. 4. 1968); Günter Rapp (8. 5. 1968); Hans Rösel (26. 4. 1968); Johann Rübel (26. 4. 1968); Gerhard Schneider (26. 4. 1968); Hans-Dieter Scholz (30. 4. 1968); Arnulf Schoppa (26. 4. 1968); Dieter Tampe (26. 4. 1968); Walter Wimmel (26. 4. 1968);  
zum **Polizeioberkommissar** Polizeikommissar Adolf Reimer (22. 5. 1968);  
zum **Polizeiobermeister** Polizeimeister Klaus-Jürgen Laun (17. 5. 1968);  
in den **Ruhestand** versetzt  
Regierungsoberbauinspektor Heinrich Jackel (mit Ablauf des Monats Mai 1968);  
entlassen auf Antrag  
Regierungsinspektorin z. A. Marga Lembach (mit Ablauf des Monats April 1968);

ernannt:

- zu **Regierungsamtmännern** die Regierungsoberinspektoren Karl Damm, LA Kassel (26. 6. 1968); Friedrich Kunert, LA Kassel (15. 6. 1968);
- zum **Regierungsoberinspektor** Kreisoberinspektor Lorenz Petri (unter Übernahme in den Dienst des Landes Hessen), LA Marburg (1. 6. 1968);
- zum **Amtsinspektor** Regierungshauptsekretär Walter Stephan, LA Melsungen (26. 6. 1968);

bei der staatlichen Schutzpolizei

ernannt:

- zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Fritz Bloch, Landrat PK Hofgeismar (21. 5. 1968); Rolf Scharfe, Landrat PK Hofgeismar (25. 6. 1968); Georg Huneck, Landrat PK Waldeck (21. 6. 1968); Walter Beck, PVB Kassel (28. 6. 1968);
- zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Robert Dürholt, Landrat Fritzlar, PSt Homberg (18. 6. 1968); Rolf Rohrbach, Landrat PK Hersfeld (20. 5. 1968); Manfred Klafnitz, Landrat Marburg, PSt Kirchhain (24. 6. 1968); der Polizeihauptwachtmeister (BaL) Dietmar Barz, Landrat PK Waldeck (21. 6. 1968);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

- die Polizeimeister (BaP) Werner Henning, Landrat Hersfeld, PSt Bad Hersfeld (25. 6. 1968); Manfred Kister, Landrat, PK Hünfeld (15. 5. 1968); Lothar Weise, PVB Bad Hersfeld (11. 6. 1968);
- der Polizeihauptwachtmeister (BaP) Rudolf Scholz, PVB Bad Hersfeld (4. 5. 1968).

Kassel, 10. 7. 1968

**Der Regierungspräsident**  
P/1 Az.: 7 o 16/03 B  
StAnz. 31/1968 S. 1150

## G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr

f) Straßenbauverwaltung

ernannt:

- zum **Regierungsbaudirektor** Oberregierungsbaurat (BaL) Diplom-Ingenieur Heinz Herwig (26. 3. 1968);
- zu **Oberregierungsbauräten** die Regierungsbauräte (BaL) Diplom-Ingenieure Artur Becker-Neetz (28. 5. 1968); Rudolf Klar (29. 5. 1968); Hans Koch (25. 3. 1968); Kurt Pallas (30. 5. 1968); Hermann Stumpf (29. 5. 1968);
- zum **Oberregierungsvermessungsrat** (Regierungsvermessungsrat (BaL) Diplom-Ingenieur Horst-Günter Wittek (29. 5. 1968);
- zum **Oberregierungsrat** Regierungsrat (BaL) Friedrich Schlosser (26. 3. 1968);
- zum **Regierungsbaurat** Technischer Oberamtsrat (BaL) Friedrich Bang (31. 5. 1968);
- zu **Regierungsbauassessoren (BaP)** die Bauassessoren Diplom-Ingenieure Reiner Böhm (27. 3. 1968); Günter Engelbach (31. 5. 1968); Ernst Krüger (26. 6. 1968); Günter Stahl (26. 6. 1968);
- zu **Regierungsbauräten zur Anstellung (BaP)** die Diplom-Ingenieure Paul Bocho (22. 3. 1968); Klaus Bollmann (22. 3. 1968); Wilhelm Bongartz (26. 3. 1968); Heinz Brunkow (28. 3. 1968); Friedrich Fertig (22. 3. 1968); Carl Lohse (30. 5. 1968); Jürgen Prömmel (22. 3. 1968); Hans Puder (31. 5. 1968); Eberhard Ritter (22. 3. 1968); Pankraz Saam (25. 3. 1968); Rudolf Wehnert (22. 3. 1968);
- zum **Technischen Amtsrat** Regierungsbauamtmann (BaL) Hans Schiebold (30. 4. 1968);
- zu **Regierungsbauamtmännern** die Regierungsoberbauinspektoren (BaL) Adalbert Ferchenbauer (27. 6. 1968); Richard Hosch (30. 4. 1968); Günter Walper (30. 4. 1968); Robert Weiland (30. 5. 1968);
- zu **Regierungsoberbauinspektoren** die Regierungsbauinspektoren (BaL) Karlheinz Bischoff (30. 4. 1968); Hans-Joachim Eberhardt (19. 3. 1968); Harald Feest (26. 3. 1968); Oskar Heinig (19. 6. 1968); Helmut Hiebenthal (30. 4. 1968); Siegfried Krause (12. 3. 1968); Leo Schmidt (28. 3. 1968); Georg Schultheis (30. 4. 1968); Helmut Stiebing (30. 4. 1968);
- zu **Regierungsoberinspektoren** die Regierungsinspektoren (BaL) Johann Anton Nebel (25. 3. 1968); Willi Pulverich (27. 6. 1968); Wolfgang Zettlitz (30. 4. 1968);

zu **Regierungsbauinspektoren (BaL)** die Regierungsbauinspektoren zur Anstellung (BaP) Heinrich Gasche (30. 6. 1968); Stefan Klein (4. 6. 1968);

zu **Regierungsinspektoren (BaL)** die Regierungsinspektoren zur Anstellung (BaP) Helmut Kämpf (4. 6. 1968); Josef Schwickerath (12. 3. 1968);

zum **Regierungsinspektor** Regierungsinspektor zur Anstellung (BaP) Siegfried Siems (25. 4. 1968);

zu **Regierungsbauinspektoren zur Anstellung (BaP)** die Regierungsbauinspektoranwärter (BaW) Günter Gahke (14. 3. 1968); Ulrich Krampecki (14. 3. 1968); Günter Reuschling (26. 4. 1968); Rudolf Rühl (26. 4. 1968); Ernst Schönheit (26. 4. 1968);

zur **Regierungsinspektorin zur Anstellung (BaP)** Regierungsinspektoranwärterin (BaW) Birgitta Tybussek (5. 4. 1968);

zu **Regierungsinspektoren zur Anstellung (BaP)** die Regierungsinspektoranwärter (BaW) Franz Haas (1. 5. 1968); Wolfgang Mielke (2. 4. 1968); Alfred Neubeck (1. 4. 1968); Gerd Renfer (1. 4. 1968);

zum **Technischen Amtsinspektor** Technischer Regierungshauptsekretär (BaL) Theodor Karges (18. 6. 1968);

zum **Regierungssekretär (BaL)** Regierungssekretär zur Anstellung (BaP) Herbert Neubeck (22. 6. 1968);

zu **Regierungsbaureferendaren (BaW)** die Diplom-Ingenieure Peter Feyerherd (1. 7. 1968); Dr. Dieter Haberland (1. 4. 1968); Hans Gerhard Knöll (4. 6. 1968);

zu **Regierungsbauinspektoranwärtern (BaW)** die Bauingenieure Udo Neubacher (1. 6. 1968); Gerhard Weinert (1. 6. 1968);

in den Ruhestand getreten

Technischer Amtsrat Heinrich Wilhelm (mit dem Ende des Monats Juni 1968);

in den Ruhestand versetzt auf eigenen Antrag

Betriebsoberwart Albin Brandl (mit Ablauf des Monats März 1968);

entlassen auf sein Verlangen

Regierungsoberbauinspektor Gottfried Flach (mit Ablauf des 31. 5. 1968).

Wiesbaden, 8. 7. 1968

**Hessisches Landesamt für Straßenbau**  
121 — 7 h 04

StAnz. 31/1968 S. 1151

## H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

e) Regierungspräsident in Kassel

ernannt:

zum **Pharmazierat (Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter)** Apotheker Karlheinz Gröning, Gensungen, Edder-Apotheke (7. 6. 1968);

zum **Gewerbeinspektor-Anwärter (BaW)** Eberhard Kröning, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Fulda (4. 6. 1968);

in den Ruhestand versetzt:

Gewerbeamtmann Hans-Günther Werner, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Kassel (1. 7. 1968).

Kassel, 10. 7. 1968

**Der Regierungspräsident**  
P/1 Az.: 7 o 16/03 B  
StAnz. 31/1968 S. 1151

## J. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten

e) Regierungspräsident in Kassel

ernannt:

zum **Regierungsoberbauinspektor** Regierungsbauinspektor Dieter Würzberg, Wasserwirtschaftsamt in Kassel (18. 6. 1968).

Kassel, 10. 7. 1968

**Der Regierungspräsident**  
P/1 Az.: 7 o 16/03 B  
StAnz. 31/1968 S. 1151

**881 DARMSTADT****Regierungspräsidenten****Ungültigkeitserklärung einer Kriminalpolizeidienstmarke**

Die Kriminalpolizeidienstmarke Nr. K 391 ist in Verlust geraten. Sie wird hiermit für ungültig erklärt.

Darmstadt, 9. 7. 1968

**Der Regierungspräsident**

III 3 — 7 d 14

StAnz. 31/1968 S. 1152

**882****Benennung von Wohnplätzen in der Gemarkung Dudenhofen, Landkreis Offenbach**

Auf Antrag der Gemeinde Dudenhofen, Landkreis Offenbach, vom 30. April 1968 werden folgende in der Gemarkung Dudenhofen gelegene Wohnplätze als Gemeindeteile gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt:

„An den Wacholderbüschen“

„Am Opelprüffeld“.

Darmstadt, 26. 6. 1968

**Der Regierungspräsident**

II 1 — 3 k 02/05 (2)

StAnz. 31/1968 S. 1152

**883 KASSEL****Genehmigung der Aufhebung der Konrad Hohmann'schen Stiftung in Eiterfeld, Krs. Hünfeld**

Auf Grund des § 9 in Verbindung mit § 24 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) genehmige ich den Beschluß des Vorstandes der Konrad Hohmann'schen Armenstiftung in Eiterfeld, Kreis Hünfeld, vom 24. April 1968 über die Aufhebung dieser Stiftung und die Übertragung des Stiftungsvermögens auf den Kreisausschuß des Landkreises Hünfeld, der es entsprechend dem Stiftungszweck zu verwenden hat.

Kassel, 20. 6. 1968

**Der Regierungspräsident**

I/1 a Az.: 50 c B

StAnz. 31/1968 S. 1152

**884****Anordnung über die Jagdausübung auf Habichte im Jagdbezirk Mengshausen, Krs. Hersfeld**

Zur Lenkung der Niederwildgehege (Forderung der Bemühungen zur Einbürgerung der Fasanen) wird im Einvernehmen mit meinem Jagdberater gem. § 20 DVO zum AGBJG vom 23. 5. 1962 (GVBl. I S. 301) unter Berücksichtigung von § 22 Abs. 4 BJG vom 30. 3. 1961 (BGBl. I S. 304) und § 1 der VO über die Jagdzeiten vom 13. 7. 1967 (BGBl. I S. 723) die Jagdausübung auf Habichte während der Zeit vom 1. 7. 1968 bis 31. 10. 1968 im Jagdbezirk Mengshausen, Krs. Hersfeld, unter folgenden Bedingungen zugelassen:

- Die Habichte sind lebend in Habichtskörben zu fangen und dem Deutschen Falkenhof in Kranichstein zur Verfügung zu stellen.
- Die Anzahl der freigegebenen Habichte wird zunächst auf 3 beschränkt. Weitere Habichte werden auf Anforderung des Jagdausübungsberechtigten freigegeben.

Kassel, 2. 7. 1968

**Der Regierungspräsident**

III 7 a Az.: 88 d -- 06

StAnz. 31/1968 S. 1152

**885****Befreiung der Gemeinde Obersuhl von Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. März 1957 (GVBl. S. 19)**

Nach § 29 (1) des Eigenbetriebsgesetzes (EBG) vom 9. März 1957 (GVBl. S. 19) stelle ich den Gemeindevorstand der Gemeinde Obersuhl hinsichtlich des Stromversorgungsunternehmens der Gemeinde von der Prüfungspflicht der nach § 24 (1) EBG aufzustellenden Jahresabschlüsse der Geschäftsjahre 1967, 1968 und 1969 durch einen Wirtschaftsprüfer frei.

Ich mache hierbei zur Auflage, daß die Jahresabschlüsse des Stromversorgungsunternehmens während dieser Zeit durch das zuständige Kreisrechnungsprüfungsamt ausreichend geprüft werden.

Kassel, 9. 7. 1968

**Der Regierungspräsident**

I 2 b Az.: 33 I

StAnz. 31/1968 S. 1152

**Buchbesprechungen**

Verwaltungsrecht im liberalen und im sozialen Rechtsstaat von Peter Badura. Heft 328 der Reihe „Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart“. 1966, 27 S., 2,40 DM. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Nach Art. 20 GG ist die Bundesrepublik Deutschland Rechtsstaat und Sozialstaat zugleich. In der ausdrücklichen verfassungsrechtlichen Normierung dieser beiden Staatsziele kommt ein Wandel im Staatsbild zum Ausdruck, den es genau zu erkennen gilt, weil er nicht nur theoretisch für unsere Staatsvorstellung grundlegend ist, sondern weil aus ihm praktische Folgerungen für viele Einzelfragen zu ziehen sind. Für die Beweisverbote z. B. hat hierauf Rupp besonders hingewiesen (46. Deutscher Juristentag in Essen 1966, S. 185 ff.). Auch den meisten Themen, die in den letzten Jahren Gegenstand der Verhandlungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer waren, liegt die Problematik zugrunde, die sich aus dem Wandel des liberalen Staates zum sozialen Rechtsstaat ergibt<sup>1)</sup>. Die Bedeutung dieses Wandels für das Verwaltungsrecht hat Badura am 5. 2. 1966 in seiner Antrittsvorlesung in Göttingen dargestellt. Deren Text ist mit Anmerkungen versehen als Heft 328 der Schriftenreihe „Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart“ erschienen.

Ausgangspunkt und Kern der Ausführungen des Verfassers kommen gedrängt in folgender Gegenüberstellung im Vorwort der Schrift zum Ausdruck (S. 3): Das Verwaltungsrecht des liberalen Rechtsstaates habe die individuelle Freiheit in einer durch das Eigentum strukturierten Gesellschaft verwirklicht, indem es das Verhältnis der Verwaltung zu den Verwaltungsunterworfenen zu einem Rechtsverhältnis gemacht habe. Der liberale Rechtsstaat habe also seine Verwirklichung im Verfassungsstaat gefunden (S. 5). Das Verwaltungsrecht des sozialen Rechtsstaates verwirkliche die individuelle Wohlfahrt in einer durch die Arbeit strukturierten Gesellschaft, indem es lenkende und leistende Rechtsverhältnisse zwischen der Verwaltung und Einzelnen oder Gruppen herstelle. Der soziale Rechtsstaat finde seine Verwirklichung also im Verwaltungsstaat (S. 6). Die zur Lenkung und Leistung aufgerufene Verwaltung des sozialen Rechtsstaates habe ihren Bedürfnissen angepaßte neue Rechtsformen ausgebildet. Insbesondere den lenkenden Plan sowie die lenkende und leistende Verwaltung in privatrechtlicher Form. Das Gesetz als dauerhafte und allgemeine Emanation einer vorausgesetzten Ver-

nunft sei zu einer verhältnismäßig kurzfristig wirksamen Technik sozialer Gestaltung geworden (S. 7). Gegen den verwaltungsrechtlichen Positivismus spreche dessen Formalismus (S. 10), der durch eine Theorie der Verwaltung auf der Basis der Verwaltungszwecke der Gefahrenabwehr, Abgabenerhebung, Leistung und Lenkung ersetzt werden müßte (S. 22). Die Unangemessenheit der formalen, den Zweck vernachlässigenden Betrachtungsweise schildert der Verfasser vor allem an Hand der kommunalen Verkehrs- und Versorgungsbetriebe (S. 13 f., 17 f.) und der Verwendung privater Gestaltungsmittel für Zwecke der öffentlichen Verwaltung (S. 18).

Das kleine Heft breitet fruchtbare Ansatzpunkte zu weiterem Nachdenken über die Grundfragen des modernen Verwaltungsrechts aus, insbesondere zu den methodischen Voraussetzungen einer Verwaltungsrechtstheorie (S. 23), die die Probleme der lenkenden Verwaltung, der Marktordnung und der Wirtschaftslenkung durch Steuergesetze erklären helfen wird. Regierungsdirektor Dr. Reuß

Umsatzsteuer-Mehrwertsteuer-Kommentar von Sölich-Ringleb. Loseblattausgabe, 3. Ergänzungslieferung, 156 S., 6,80 DM Verlag C. H. Beck, München.

Die über 150 Seiten umfassende 3. Ergänzungslieferung zum Mehrwertsteuer-Kommentar von Sölich-Ringleb -- die vorangegangenen Lieferungen sind in StAnz. 1967 S. 1372 und 1968 S. 320 und 367 besprochen worden -- bringt das Erläuterungsbuch hinsichtlich der Rechtsvorschriften und Verwaltungsanordnungen auf den Stand von Mitte April 1968. Sie enthält außerdem die Erläuterungen zu § 29 UStG, so daß die Kommentierung der letzten drei Paragraphen des Mehrwertsteuergesetz jetzt vollständig vorliegt. Der Kommentar wird also sozusagen vom Ende her aufgebaut, was wegen der besonderen Wichtigkeit der Schlussvorschriften (Übergangsregelung für das Vorstufenvermögen, Umstellung langfristiger Verträge, Übergangsvorschriften zur stufenweisen Einführung des sofortigen Vorsteuerabzugs bei Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens) unbestreitbare Berechtigung hat.

Die nächste (4.) Ergänzungslieferung, die wiederum in schneller Folge herauskommen soll, wird die Erläuterungen zu den Aufzeichnungspflichten (§ 22 UStG 1967) bringen. Die lediglich schrittweise Vervollständigung der Kommentierung ist der Preis, der für die gründliche fachliche Arbeit der Verfasser gezahlt werden muß. Ein geschlossener Eindruck von dem großangelegten Erläuterungswerk und ein sicheres Urteil über dessen Rang und Brauchbarkeit werden wohl erst 1969 zu gewinnen sein. Regierungsdirektor Frenkel

<sup>1)</sup> Zum Beispiel Gesetz als Norm und Maßnahme (Heft 15, 1957). Der Plan als verwaltungsrechtliches Institut (Heft 18, 1960). Schranken nichttheoretischer Verwaltung (Heft 19, 1961). Gesetzgeber und Verwaltung (Heft 24, 1966).

# Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER  
FÜR DAS LAND HESSEN“

1968

Montag, den 29. Juli 1968

Nr. 31

## Veröffentlichungen

2668

### Bekanntmachung

Einzziehung von öffentlichen Wegen gem. § 6 des Hess. Straßengesetzes vom 9. 10. 1962

Durch Beschluß der Gemeindevertretung vom 10. 7. 1968 sollen

a) der Feldweg in Flur 16, Parzelle 211 (Verbindungsweg zwischen dem Rosenweg und der Straße „Am Rotacker“) und

b) das nordöstliche Ende des Feldweges in Flur 13, Parzelle 89 (Gemarkungsteil „An der Lützellindener Hohl“), in einer Länge von etwa 11 Metern bis zur Grenze der Parzellen 50 und 54

mit Ablauf des 31. 8. 1968 eingezogen werden, da ein öffentliches Bedürfnis für die Beibehaltung des unter a) genannten Feldweges bzw. des unter b) genannten Teilstückes nicht mehr besteht.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 wird dieses Vorhaben hiermit veröffentlicht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Ausschlusses während der Zeit vom 31. 7. 1968 bis 31. 8. 1968 bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen. Der Plan über die Einzziehung dieser gemeindeeigenen Feldwege bzw. Wegeteile liegt innerhalb der Einspruchsfrist bei der Gemeindeverwaltung Dutenhofen zu jedermanns Einsicht offen.

6331 Dutenhofen, 17. 7. 1968

Der Gemeindevorstand

2669

### Amtliche Bekanntmachung

Einzziehung eines Teiles des Ortsweges „Blasbacher Weg“ gemäß § 6 des Hessischen Straßengesetzes.

Das Teilstück des Blasbacher Weges (Gemarkung Niedergirmis, Flur, 3, Flurstück 292 tlw.) entlang des Kalksteinbruches Malapertus, und zwar zwischen der Einmündung des Weges, Flur 3, Flurstück 290, und dem Grundstück, Flur 4, Flurstück 220, wurde mit Ablauf des 30. Juni 1968 eingezogen und hat damit seine Eigenschaft als öffentlicher Weg verloren (§ 6 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962, GVBl. I, S. 437).

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach dieser Bekanntgabe beim Magistrat der Stadt Wetzlar Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch soll begründet sein und einen bestimmten Antrag enthalten.

633 Wetzlar, 11. 7. 1968

Der Magistrat der Stadt Wetzlar

2670

### Aufgebote

F 3/68 — **Aufgebot:** Die Hausfrau Paula Peter veritwete Wiegand, geb. Isert und die Angestellte Maria Nophut, geb. Wiegand, beide wohnhaft in Ufhausen (Kreis Hünfeld), Nr. 124,

haben das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer des im Grundbuch von

Ufhausen, Band 5, Artikel 127, eingetragenen Grundstücks, Gemarkung Ufhausen, Flur 6, Flurstück 46, Ackerland, Bei der Soislieder Linde, Größe 4,50 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragenen Miteigentümer

1.) Theresia, verhehlchte Maurer Ferdinand Henkel in Oberufhausen,

2.) Auguste, veritwete Hüttner, Adam Sauer zu Dittlofrod,

werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 19. September 1968, um 9.00 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

6418 Hünfeld, 9. 7. 1968

Amtsgericht

2671

C 81/68 — **Aufgebot:** Die Kreis- und Stadtparkasse Hünfeld in Hünfeld, vertr. durch den Vorstand — vertreten durch Rechtsanwalt Karl Heinemann in Hünfeld — hat das Aufgebot des abhandengekommenen Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Burghaun, Band 21, Blatt 745, in Abt. III, Nr. 1, für die Kreis- und Stadtparkasse Hünfeld in Hünfeld eingetragene mit 4,5 vom Hundert, unter Umständen 5 vom Hundert verzinsliche Grundschuld von 8 000,— DM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 26. September 1968, 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

6418 Hünfeld, 15. 7. 1968

Amtsgericht

2672

C 126/68 — **Aufgebot:** Die Paula Watterkamp geb. Arnold, Ufhausen — vertreten durch Rechtsanwalt Heinemann in Hünfeld — hat das Aufgebot des abhandengekommenen Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Ufhausen, Band 22, Blatt 643, in Abteilung III, Nr. 1, für den Oberufhäuser Darlehenskassenverein eGmbH, in Oberufhausen, eingetragene mit zwölf vom Hundert verzinsliche Grundschuld von 1 300,— DM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 26. Sept. 1968, 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

6418 Hünfeld, 15. 7. 1968

Amtsgericht

2673

C 137/68 — **Aufgebot:** Die Hausfrau Josefine Reuter, geb. Sauerbier in Großbentaft, Hauptstraße 29, hat das Aufgebot zur Ausschließung

a) des Eigentümers des im Grundbuch von Großbentaft, Blatt 616, eingetragenen Grundstücks, Gemarkung Großbentaft, Flur 11, Flurstück 29, Grünland, Im Mäuseloh, Größe 3,80 Ar,

b) der Miteigentümer des im Grundbuch von Großbentaft, Blatt 603, eingetragenen Grundstücks, Gemarkung Großbentaft, Flur 11, Flurstück 28, Grünland, Im Mäuseloh, Größe 10,36 Ar

beantragt

Der im Grundbuch, Blatt 616, Großbentaft eingetragene Eigentümer, die ledige Pauline Jost, Christophs Tochter zu Großbentaft, sowie die im Grundbuch von Großbentaft, Blatt 603, eingetragenen Miteigentümer Pelagia und Pauline Jost, Christophs Töchter zu Großbentaft, werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 26. September 1968, um 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

6418 Hünfeld, 11. 7. 1968

Amtsgericht

2674

C 56/68 — **Ausschlußurteil:** Der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Bellersheim, Band 24, Blatt 1 011, Abt. III, lfd. Nr. 1, zugunsten der Spar- und Darlehnskasse e. G. m. b. H. Bellersheim eingetragene Hypothek von 3 000,— DM nebst 10 1/2 % Jahreszinsen, wird für kraftlos erklärt.

6478 Nidda, 5. 7. 1968

Amtsgericht

2675 Güterrechtsregister

GR 331 — 18. Juli 1968: Kraftfahrzeughandwerker Helmut Karl und dessen Ehefrau Margot geb. Dönges, beide in Niedergemünden Kreis Alsfeld.

Durch Vertrag vom 21. Juni 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

632 Alsfeld, 18. 7. 1968

Amtsgericht

2676

### Neueintragung

GR 310 — 15. Juli 1968: Die Eheleute Philipp Dörsam und Marie geb. Krämer, in Gras-Ellenbach haben durch Vertrag vom 21. Juni 1968 Gütertrennung vereinbart.

6149 Fürth (Odw.), 15. 7. 1968

Amtsgericht

2677

### Neueintragung

4 a GR 430 A. 16. 7. 68: Eheleute Helmut Poth, Gartenbaugestaltung, und Erika geb. Lange, Walldorf (Hess.), An der Trift 2.

Durch Vertrag vom 22. Juni 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

608 Groß-Gerau, 17. 7. 1968

Amtsgericht

2678

41 GR 1109 — 31. 5. 1968: Glasbläser Gerhard Stöckel und Heidi Katharina geb. Kitz, Hanau, haben durch Vertrag vom 4. 1. 1968 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 16. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 41

**2679**

41 GR 1110 — 11. 7. 1968: Geschäftsführer Hermann Wendler und Lucia Claudia geb. Schlag in Hanau haben durch Vertrag vom 20. 5. 1968 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 16. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 41

**2680**

41 GR 1111 — 11. 7. 1968: Kaufmann Kurt Karl Krick und Gertraud geb. Jäkel in Hanau haben durch Vertrag vom 9. 5. 1968 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 16. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 41

**2681 Neueintragung**

GR 265 — 10. Juli 1968: Eheleute Kaufmann Franz Josef Kühmichel und Doris geb. Michel gesch. Klein, wohnhaft in Erdbach (Dillkreis).

Durch Ehevertrag vom 13. April 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

6348 Herborn, 10. 7. 1968 Amtsgerecht

**2682 Neueintragung**

GR Nr. 47: Kaufm. Angestellter Willi Schweitzer und Ehefrau Ernes Marie Schweitzer geb. Blumenschein in Hemmbach (Odw.).

Durch Vertrag vom 7. Juni 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

612 Michelstadt, 11. 7. 1968 Amtsgerecht

**2683**

GR 306: Christian Vollmer und Ehefrau Lisbeth Vollmer, geb. Böhm, verw. Stein, in Breitenbach a. H., Hauptstraße 124.

Durch Vertrag vom 19. April 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

6435 Oberaula, 15. 7. 1968

Amtsgericht Treysa  
Zweigstelle Oberaula

**2684 Neueintragungen**

GR 3810 — 29. 5. 68: Eheleute Günter Kurt Dörr und Renate Anna Maria geb. Seim, Offenbach a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 25. 4. 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3811 — 20. 6. 68: Eheleute Franz Huppert und Hella geb. Hitzel, Offenbach a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 28. 5. 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3812 — 3. 7. 68: Eheleute Richard Ernst Friedrich und Stephanie Elisabeth geb. Frick, Mühlheim a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 2. 2. 1968 ist der Ausschluß des gesetzlichen Güterstandes vereinbart.

GR 3813 — 3. 7. 68: Eheleute Horst Johann Fritz Dahlke und Eva Gertrude geb. Christ, Obertshausen.

Durch notariellen Vertrag vom 22. Mai 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3814 — 3. 7. 68: Eheleute Klaus Dieter Hundt und Anita Gisela geb. Lipps, Mühlheim a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 27. Mai 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3815 — 3. 7. 68: Eheleute Hans-Günter Kerber und Ursula Anna geb. Ruhose, Neu-Isenburg 2.

Durch notariellen Vertrag vom 6. Juni 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3816 — 11. 7. 68: Eheleute Klaus Rüttgers und Alice geb. Friedmann, Neu-Isenburg

Durch notariellen Vertrag vom 6. 1. 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3817 — 15. 7. 68: Eheleute Berndt Walter Albert Meyer und Ingeborg Maria Lilli geb. Dorn, Neu-Isenburg.

Durch notariellen Vertrag vom 24. Juni 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3818 — 16. 7. 68: Eheleute Ludwig Gabler und Maria geb. Plener, Offenbach a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 27. Mai 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

605 Offenbach (Main), 16. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 5

**2685 Neueintragungen**

GR 151 — 19. 7. 1968 — Fischer, Friedrich Alfred, Kaufmann, Sontra, Bahnhofstraße 14/16 und Gisela Gertraud geborene Walther.

Durch Vertrag vom 6. Juli 1968 — UR 259/68 Notar Dr. Wehrenberg in Sontra — ist ab 1. Juli 1968 Gütertrennung vereinbart.

6143 Sontra, 19. 7. 1968 Amtsgerecht

**2686**

GR 390 — 16. Juli 1968: Bauingenieur Friedrich Hemming und Helene geb. Amend in Runkel (Lahn).

Durch notariellen Vertrag vom 25. März 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

629 Weilburg, 16. 7. 1968 Amtsgerecht

**2687**

GR 577: Eheleute Bundesbahnoberinspektor Johann Kristof Becker-Burks und Hedwig Reinhild Becker-Burks geb. Gombert, Ablar.

Durch notariellen Vertrag vom 25. November 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

633 Wetzlar, 28. 6. 1968 Amtsgerecht

**2688**

GR 578: Eheleute Kaufmann Peter Jürgen Kauermann und Gudrun Inge geb. Euler in Wetzlar (Lahn).

Durch notariellen Vertrag vom 3. Mai 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

633 Wetzlar, 15. 7. 1968 Amtsgerecht

**2689 Vereinsregister****Neueintragung**

VR 80: „A. S. V. Angelfreunde, Groß-Karben“.

6368 Bad Vilbel, 1. 7. 1968 Amtsgerecht

**2690****Neueintragung**

6 VR 90/68 — 8. 7. 1968: Fremdenverkehrsverein Radheim.

Die Satzung ist am 7. Juni 1968 errichtet. Der 1. Vorsitzende, der 2. Vorsitzende, der Schriftführer und der Schatzmeister vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich.

Josef Bruno Ostheimer, Bürgermeister, Radheim, — 1. Vorsitzender —

Franz Sodenkamp, Kaufmann, Radheim, — 2. Vorsitzender —

Werner Danz, Lehrer, Radheim, — Schriftführer —

Hans von Berg, Angestellter, Radheim, — Schatzmeister —

611 Dieburg, 8. 7. 1968 Amtsgerecht

**2691****Neueintragung**

VR 231 — 15. Juli 1968: (Tag der Eintragung) Eisenbahner-Sportverein Dillenburg in Dillenburg.

Die Satzung ist am 18. April 1968 errichtet.

634 Dillenburg, 15. 7. 1968 Amtsgerecht

**2692**

VR 320 — 17. 7. 1968: Verein der Freunde und Förderer des Unterrichtsfilms im Landkreis Friedberg i. H., Friedberg/H.

636 Friedberg/H., 17. 7. 1968

Amtsgericht

**2693**

VR 121 — Sportgemeinschaft Leimbach in Leimbach, Krs. Hünfeld.

6418 Hünfeld, 12. 7. 1968 Amtsgerecht

**2694****Neueintragung**

5 VR 286 — 19. Juli 1968 Förderkreis zum Bau einer Mehrzweckhalle, Sitz: Groß-Rohrheim.

684 Lampertheim, 22. 7. 1968 Amtsgerecht

**2695****Lösungen**

VR 561 — 10. 7. 1968: Kleingärtnerverein „Gemeinschaft Offenbach“, Sitz: Offenbach a. M.

Die Mitgliederversammlung vom 18. 5. 1968 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.

605 Offenbach (Main), 16. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 5

**2696****Neueintragungen**

VR 790 — 11. 7. 68: „Rad- und Rollsportverein Solidarität“ Sitz Neu-Isenburg.

Die Satzung ist am 21. 1. 1968 errichtet

605 Offenbach (Main), 16. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 5

**2697**

5 VR 590: Spielvereinigung Ulm-Allendorf e. V., Allendorf (Ulm). Die Satzung ist am 29. 12. 1967/21. 3. 1968 errichtet.

633 Wetzlar, 16. 7. 1968 Amtsgerecht

5 VR 591: Friedrich-Bodecker-Kreis in Hessen e. V., Wetzlar. Die Satzung ist am 2. März 1968 errichtet.

633 Wetzlar, 16. 7. 1968 Amtsgerecht

**2698****Liquidation**

Kasinoverein der Oberfinanzdirektion Frankfurt M. e. V. Sitz Frankfurt (Main).

Der Verein ist durch Beschluß der Mitgliederversammlung aufgelöst worden.

Soweit noch Gläubiger vorhanden sein sollten, werden diese aufgefordert, ihre Ansprüche beziffert und begründet geltend zu machen.

Liquidatoren: Friedhelm Bruder und Konrad Heuser, Oberfinanzdirektion Frankfurt (Main)

Frankfurt (Main)

Adickes Allee 32

6 Frankfurt (Main), 16. 7. 1968

gez. Bruder gez. Heuser

**2699**

4 VR 55: Mit Beschluß des Amtsgerichts Langen — 4 VR 55 — bin ich zum Liquidator des Deutschen Reichskriegerbundes (Kyffhäuserbund) Soldatenkameradschaft „Hassia“ Langen e. V. in Langen, bestellt worden.

Gemäß § 50 BGB wird die Auflösung des Vereins und die Entziehung der Rechtsfähigkeit bekannt gemacht und gleichzeitig werden die Gläubiger zur Anmeldung ihrer Ansprüche bei dem unterzeichneten Liquidator aufgefordert.

607 Langen (Hessen), 16. 7. 1968

**Der Liquidator:**

Rechtsanwalt und Notar  
Dr. Rosenkranz  
607 Langen (Hessen)  
Gartenstraße 84

**2700 Vergleiche — Konkurse**

5 N 11/68 — Konkursverfahren: Der Kaufmann Wilhelm Gütte, Groß-Zimmern, allein persönlich haftender Gesellschafter der Firma Werkstätten Wilhelm Gütte KG, Groß-Möbellager und Polstermöbelfabrikation, Groß-Zimmern, Am Wald 110,

hat die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen der Kommanditgesellschaft beantragt. Über den Antrag ist noch nicht entschieden.

Zur Sicherung der Masse wird angeordnet:

Der Schuldnerin wird allgemein verboten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder sonstwie über sie zu verfügen („allgemeines Veräußerungsverbot“); hierunter fällt auch die Einziehung von Außenständen.

611 Dieburg, 15. 7. 1968

Amtsgericht

**2701**

5 N 6/50: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Erich Heinrich Käpfele, Haiger, Hauptstraße 16, wird, nachdem der in dem Vergleichstermin vom 17. November 1967 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 17. November 1967 bestätigt worden ist, aufgehoben.

Die Auslagen des Vergleichs- und Konkursverwalters sind auf 243,— DM, seine Vergütung auf 3864,— DM festgesetzt.

634 Dillenburg, 16. 7. 1968

Amtsgericht

**2702**

5 N 5/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Holzbearbeitungswerk Heppner KG in Dillenburg wird zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag der Gemeinschuldnerin Termin bestimmt auf Mittwoch, den 28. August 1968, 10.00 Uhr, Zimmer 18. Der Zwangsvergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle hier zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

634 Dillenburg, 19. 7. 1968

Amtsgericht

**2703**

3 N 9/67: Im Konkursverfahren über den Nachlaß des Kantinenpächters Dietrich Andritzke, Eschwege, wird zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin auf Mittwoch, 4. September 1968, um 9.00 Uhr, Zimmer 106, anberaumt.

344 Eschwege, 15. 7. 1968

Amtsgericht

**2704**

81 N 514/67: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Apothekerin Sigrid Stein geb. Teichmann, Inhaberin der Spesart-Apotheke, Frankfurt (Main)-Fechenheim, Gründenseestraße 26, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 30. August 1968, 9.20 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung 5000,— DM, Auslagen 337,50 DM, gegebenenfalls zuzüglich Ausgleich nach § 4 Abs. 5 Satz 2 der Vergütungsverordnung vom 22. 12. 1967.

6 Frankfurt (Main), 17. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

**2705****Beschluß**

81 N 386/66 — Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Robert Wettermann, Fahrzeugteile-Großhandlung, Frankfurt/Main-Hausen, Große Nelkenstraße 1, (Privatadresse: Frankfurt/Main-West 13, Adalbertstraße 58), ist gemäß § 204 KO eingestellt.

6 Frankfurt/Main, 12. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

**2706**

81 N 275/68 — Anschlußkonkursverfahren: Der Antrag der Turmkellerei Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt (M), Bleichstraße 52, über ihr Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt. Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der Vergleichsordnung heute, am 12. Juli 1968, 13.00 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Antragstellerin eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsbeistand Helmut Burghardt, Frankfurt (Main), Leerbachstraße 107, Tel.: 59 67 77.

Konkursforderungen sind bis zum 20. August 1968 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 6. September 1968, 11.00 Uhr.

Prüfungstermin: 20. September 1968, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (M), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. August 1968 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 12. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

**2707****Beschluß**

81 N 550/67: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns und Kürschners Vassilios Tsompolis, Inh. der im Register eingetragenen Einzelhandelsfirma „NORDPOL“ Vassilios Tsompolis, Frankfurt/Main, Niddastraße 41, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt/Main, 15. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

**2708****Beschluß**

81 N 141/66: In dem Nachlaßkonkursverfahren der Erben Frau Gisela Annemarie Hildegard Badorff geb. Lehrell für sich und ihren minderjährigen Sohn Felix Werner Badorff, beide wohnhaft in Killinardrish House, Killinardrish, Co. Cork,

Irland, über den Nachlaß des am 27. 5. 1964 verstorbenen, zuletzt Frankfurt (Main), Niddastraße 63, wohnhaft gewesenen Cornelius Anton Badorff, früheren Alleinhabers der Firma Anton Badorff, Rauchwaren-Großhandel, Frankfurt (Main), Niddastraße 63, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis sowie zur Anhörung über die Vergütung und Auslagen des Gläubigerausschusses auf den 30. August 1968, 9.10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: a) Vergütung 1000,— DM, b) Auslagen 18,20 DM; gegebenenfalls zuzüglich Ausgleich nach § 4 Abs. 5 Satz 2 der Vergütungsverordnung vom 22. 12. 1967.

6 Frankfurt (Main), 15. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

**2709****Beschluß**

81 N 366/65: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der LIMES — Hoch- und Tiefbau Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main-Rödelheim, Burgfriedenstr. 8, wird der Schlußtermin auf Freitag, den 30. August 1968, vormittags 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt/Main, Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 8000,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 350,— DM festgesetzt. Gegebenenfalls zuzüglich Ausgleich nach § 4 Abs. 5 Satz 2 der Vergütungsverordnung vom 22. 12. 1967.

6 Frankfurt/Main, 15. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

**2710**

81 N 197/67: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Architektur- und Baugesellschaft mbH, Frankfurt am Main, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Zur Auszahlung an bevorrechtigte oder nicht bevorrechtigte Gläubiger ist eine Masse nicht verfügbar. Bevorrechtigte Forderungen belaufen sich auf DM 48 639,59; nicht bevorrechtigte Forderungen belaufen sich auf DM 134 292,40. Das Verzeichnis der Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Aktenzeichen 81 N 197/67, niedergelegt.

6 Frankfurt (Main), 16. 7. 1968

Der Konkursverwalter:  
S. Mattern  
Rechtsanwalt

**2711****Beschluß**

81 N 514/67: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Apothekerin Sigrid Stein geb. Teichmann, Inhaberin der Spesart-Apotheke, Frankfurt (Main)-Fechenheim, Gründenseestraße 26, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 23. August 1968, 9.15 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 5. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

**2712**

43 VN 1/65: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma **M. Jung GmbH, Zentralheizungen und sanitäre Anlagen**, Gießen, Schiffenberger Weg 33, ist nach Erfüllung des Vergleichs vom 29. 6. 1965 durch Beschluß vom 10. 7. 1968 aufgehoben worden.

63 Gießen, 10. 7. 1968 Amtsgericht

**2713**

42 N 13/68 — **Konkursverfahren**: Über dem Nachlaß des am 17. 6. 1967 verstorbenen **Artur Bender**, zuletzt wohnhaft in Leihestern, Gießener Straße 110, ist am 9. Juli 1968, 10.30 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsbeistand Paul Otto, Gießen.

Konkursforderungen sind bis zum 5. August 1968 dem Gericht in 2 Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben Vollmacht mit einzureichen, oder diese im Termin vorzulegen.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des Ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in den §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenständen ist der 2. August 1968, 14.00 Uhr und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen der 9. August 1968, 14.00 Uhr, Amtsgericht, Zimmer 100.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Nachlaß verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderung für die er aus der Sache gesonderte Befriedigung erlangt, bis zum 5. August 1968 anzeigen.

63 Gießen, 16. 7. 1968 Amtsgericht

**2714**

ZVN 1/68 — **Vergleichsverfahren**: Über das Vermögen der Firma **Leykauf KG** in Russelsheim/Main, Haßlocher Straße 168, ist am 18. Juli 1968, 11.00 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Gleichzeitig ist an die Schuldnerin ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen worden.

Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt Dr. Gerhard Mittelstädt, Darmstadt, Hugelstraße 47.

Vergleichstermin: am Donnerstag, den 8. August 1968, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Groß-Gerau, Oppenheimer Straße 4, (Arbeitsamtgebäude), 1. Stockwerk, Sitzungssaal.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald anzumelden.

Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen, und das Ergebnis der weiteren Ermittlungen, sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

608 Groß-Gerau, 18. 7. 1968 Amtsgericht

**2715**

50 N 43/64 — Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der **Kauffrau Else Saalfeld geb. Wandmacher**, Hann. Münden, Galgenberg 6, als Alleininhaberin des **Textileinzelhandelsgeschäfts** mit der Firma **Textil-Versorgung Inh. Else Saalfeld**, Kassel, Königstor 54, ist nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben (§ 163 I KO).

35 Kassel, 17. 7. 1968 Amtsgericht

**2716**

50 N 42/67 — 50 N 32/67: In den **Konkursverfahren** über das Vermögen 1. des **Wäschers Manfred Bergmann** — Az.: 50 N 42/67 — 2. der Ehefrau **Christiane Bergmann geb. Tauckel** — Az.: 50 N 32/67 —, beide wohnhaft in 3501 Sandershausen, Hugo-Preuß-Straße 32, **Inhaber einer handelsgerichtlich nicht eingetragenen Wäscherei und chemischen Reinigung**, ebenda, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind je 600,— DM. Zu berücksichtigen sind in beiden Konkursverfahren je 9778,06 DM der Rangklasse I, 9785,03 DM der Rangklasse II, 379,38 DM Forderungen der Rangklasse III, 496,55 DM Forderungen der Rangklasse IV, darüber hinaus Forderungen der Rangklasse VI: im Konkursverfahren Manfred Bergmann 55 208,90 DM und im Konkursverfahren Christiane Bergmann 59 159,26 DM.

Das Schlußverzeichnis ist jeweils in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Kassel, Abt. 50, niedergelegt worden.

35 Kassel, 23. 7. 1968

**Der Konkursverwalter**  
Merk,  
Rechtsanwalt

**2717****Beschluß**

9 N 12/64: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des **Werbeberaters Per Avenstrup** als Alleininhaber der Firma **Werbeagentur Per Avenstrup** in Falkenstein/Ts., wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit **aufgehoben**.

624 Königstein/Ts., 11. 7. 1968 Amtsgericht

**2718****Beschluß**

9 N 3/63: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des **Schlossermeisters und Ingenieurs Ernst Locke**, Glashütte/Ts., wird nach Abhaltung des Schlußtermins **aufgehoben**.

624 Königstein/Ts., 15. 7. 1968

Amtsgericht

**2719****Beschluß**

N 11/68 — **Konkursverfahren**: Über den Nachlaß des am 30. Dezember 1967 in Schlitz, Kreis Lauterbach, verstorbenen, zuletzt daselbst, An der Vorderburg 2, wohnhaft gewesen **Bäckermeister Gustav Martin** (amtlich bestellter Nachlaßpfleger: Bürovorsteher Harri Busse in Lauterbach, Obergasse 14) wird heute, am 18. Juli 1968, 12.00 Uhr, das **Konkursverfahren** eröffnet, da der Nachlaßpfleger unter Geltendmachung der Überschuldung des Nachlasses entsprechenden Konkursantrag gestellt hat und das Gericht den Konkursgrund für gegeben erachtet.

Zum Konkursverwalter wird der Bürovorsteher Harri Busse in Lauterbach, Obergasse 14, ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 20. August 1968 bei Gericht in zwei Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben ihre Vollmacht einzureichen oder diese spätestens im Termin vorzulegen. Zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des Ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters und des Gläubigerausschusses, gegebenenfalls über die in § 132 KO bezeichneten Fragen und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen wird Termin auf Mittwoch, den 18. September 1968, 10.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Sitzungssaal, anberaumt.

Alle Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner, den Nachlaßpfleger zu verabfolgen oder zu leisten, und die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche bis aus der Sache absonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. August 1968 Anzeige zu machen.

Die Nachlaßverwaltung ist beendet (§ 198 Abs 1 BGB).

612 Lauterbach/Hessen, 18. 7. 1968

Amtsgericht

**2720**

7 N 7/64: Im **Konkurs** **Hans Kurtz**, Marburg/L., ist Schlußtermin gemäß § 162 KO auf den 5. September 1968, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude zu Marburg/L., Zimmer 157, bestimmt. Weitere Tagesordnung: Beschlußfassung über evtl. verwertbare Vermögensstücke, Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses, Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 9352,— DM, seine Auslagen sind auf 448,80 DM festgesetzt.

355 Marburg/L., 22. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 7

**2721**

VN 1/68: Das **Vergleichsverfahren** über das Vermögen der Firma **Möbelfabrik Hübner**, Inhaber: **Karl Heinz Hübner**, Erbach, wird **aufgehoben**, nachdem der Vergleichsverwalter die Erfüllung des im Termin vom 1. 4. 1968 angenommenen und bestätigten Vergleichs angezeigt hat.

612 Michelstadt, 10. 7. 1968 Amtsgericht

**2722**

81 N 366/65 — In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma **LIMES-Hoch- u. Tiefbaugesellschaft mbH.**, 6 Frankfurt-Rödelheim, Burgfriedenstraße 8, Amtsgericht Frankfurt, 81 N 366/65 — soll nach Abnahme der Schlußrechnung im Schlußtermin vom 30. August 1968 die Schlußverteilung vorgenommen werden.

Der hierzu verfügbare Massebestand beträgt 33 557,77 DM, nachdem bereits eine Quote von 50% an die Gläubiger gem. § 61 Ziffer 1 KO mit Ausnahme eines Gläubigers, für den eine Ausfallforderung in Höhe von 34 447,68 DM zur Tabelle festgestellt ist, ausgeschüttet wurde. Von dem Massebestand sind noch etwaige Massekosten, soweit sie noch nicht bekannt sind, zu bestreiten.

Hiernach können nur die Vorrechtsgläubiger gem. § 61 Ziffer 1 KO, deren Forderungen (einschl. der erwähnten Ausfallforderung) zur Tabelle mit 79 569,25 DM festgestellt wurden, mit einer weiteren Quote rechnen. Alle übrigen Gläubiger fallen aus.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht durch die Beteiligten aus.

6231 Schwalbach a. Ts., 19. 7. 1968

**Der Konkursverwalter:**  
Hans Revermann  
Rechtsanwalt

6231 Schwalbach a. Ts.  
Pfingstbrunnenstraße 5

**2723****Beschluß**

7 N 14/50 — In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Heinrich Winter wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin anberaumt auf Mittwoch, den 28. August 1968, 9.00 Uhr, Saal 38.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung der Gläubiger über nicht verwertbare Vermögensstücke und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

605 Offenbach (Main), 19. 7. 1968

Amtsgericht

**2724**

N 8/68: Nach Einstellung des Vergleichsverfahrens VN 1/67 ist über das Vermögen der Firma Bitzer Kleidung KG, vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin, die Firma Bitzer Damenbekleidungsgesellschaft mbH. in Seligenstadt/H., diese wiederum vertreten durch ihren allein vertretungsberechtigten Geschäftsführer, Herrn Hans Göttlich, Seligenstadt/Hessen mit Wirkung vom 18. Juli 1968 (Tagesbeginn) der Anschlußkonkurs eröffnet worden.

Konkursverwalter: Vereid. Sachverständiger Karl Polkin, 605 Offenbach/Main Frankfurter Straße 61.

Erste Gläubigerversammlung: Freitag, den 30. August 1968, 9.30 Uhr.

Prüfungstermin: Freitag, den 27. September 1968, 14.00 Uhr, beide in Zimmer 1 des Amtsgerichts Seligenstadt/H., Gise-lastraße 1.

Anmeldung der Konkursforderungen zweifach bis 20. August 1968.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. 8. 1968.

Vorläufiger Gläubigerausschuß: 1. Herr Rechtsanwalt Dr. Rolf Mechler, 605 Offenbach/M., Frankfurter Straße 57, 2. Herr Albert Stumpf, 8858 Neuburg/Donau, in Fa. Goldix-Werke, 3. Herr Heinrich Kaiser, 3549 Mengershausen Krs. Waldeck.

6453 Seligenstadt/H., 19. 7. 1968

Amtsgericht

**Zwangsversteigerungen**

**Sammelbekanntmachung.** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Ver-

fahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks und seines Zubehörs.

**2725**

K 6/67: Die im Grundbuch von Bergheim, Band 12, Blatt 339 eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gifflitz, Gartenland, Flur 2, Flurstück 55/4, Hof- und Gebäudefläche, am Bahnhof 92, Größe 35,99 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bergheim, Flur 5, Flurstück 108/5, Hofraum, hinter der Edermühle, Größe 0,70 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Bergheim, Flur 5, Flurstück 108/7, Ackerland, Gartenland, hinter der Edermühle, Größe 13,14 Ar,

sollen am 25. Oktober 1968 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude, Laustr. 8, Sitzungssaal, Zimmer Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 11. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ingenieur Gerhard Beckmann zu Gifflitz. Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a, Abs. 5, ZVG, festgesetzt auf:

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 55/4 auf 52 000,— DM,

lfd. Nr. 2, Flur 5, Flurstück 108/5 auf 350,— DM,

lfd. Nr. 3, Flur 5, Flurstück 108/7 auf 6 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

359 Bad Wildungen, 2. 7. 1968 Amtsgericht

**2726**

4 K 18/68: Das im Grundbuch von Auerbach, Band 52, Blatt 2860, eingetragene Grundstück

Nr. 10, Gemarkung Auerbach, Flur 4, Flurstück 52/3, Hof- und Gebäudefläche, Fasanenweg 3, Größe 4,64 Ar,

soll am 24. September 1968, 14.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. Juni 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Architekt Wolfgang René Hescher, Frankfurt (Main).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 18. 7. 1968 Amtsgericht

**2727**

4 K 37/68: Das im Grundbuch von Auerbach, Band 33, Blatt 1975, eingetragene Grundstück

Nr. 14, Gemarkung Klein-Hausen, Flur 1, Flurstück 201, Hof- und Gebäudefläche, Waldstraße 19, Größe 11,91 Ar,

soll am 30. September 1968, 14.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. Juli 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Arthur Zimmermann in Bensheim-Auerbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 19. 7. 1968 Amtsgericht

**2728**

K 10/67 u. K 23/67: Die im Grundbuch von a) Neukirchen Band 11, Blatt 165, b) Niederquembach Bd. 18 Bl. 31 A eingetragenen Grundstücke:

**zu a)**

lfd. Nr. 1, Flur 5, Flurstück 207/44 Ackerland, Thomasmühle, Größe 4,19 Ar, Wert 210,— DM,

lfd. Nr. 2, Flur 5, 208/44 Hof- u. Gebäudefläche, Thomasmühle, Größe 1,64 Ar, Wert 181 600,— DM,

lfd. Nr. 3, Flur 5, Flurstück 204/44 Ackerland, Thomasmühle, Größe 4,73 Ar, Wert 237,— DM,

lfd. Nr. 4, Flur 5, Flurstück 406/44 Hof- und Gebäudefläche, Thomasmühle, Größe 11,22 Ar, Wert 181 600,— DM,

lfd. Nr. 6, Flur 5, Flurstück 199, Wasserfl. an der Mühle, Größe 3,95 Ar, Wert 198,—DM,

lfd. Nr. 5, Flur 5, Flurstück 46, Grünland, An der Mühle, Größe 8,35 Ar, Wert 418,— DM,

**zu b)**

lfd. Nr. 1, Flur 3, Flurstück 98 Ackerland, Im Auszug, Größe 10,77 Ar, Wert 540,— DM,

lfd. Nr. 2, Flur 6, Flurstück 22, Wasserfläche, Mühlgraben u. Wehr, Größe 8,57 Ar, Wert 8 000,— DM,

lfd. Nr. 3, Flur 7, Flurstück 3, Grünland, Thomasmühle, 2,33 Ar, Wert 140,— DM,

lfd. Nr. 4, Flur 7, Flurstück 45 Wasserfl., Mühlgraben im Mühlwinkel Thomasmühle, Größe 8,49 Ar, Wert 630,— DM,

lfd. Nr. 5, Flur 7, Flurstück 46 Wasserfl., Mühlgraben Thomasmühle, Größe 6,63 Ar, Wert 6 500,— DM,

lfd. Nr. 6, Flur 7, Flurstück 74/57 Wasserfl., Mühlgraben in der Au, Größe 3,90 Ar, Wert 240,— DM,

lfd. Nr. 7, Flur 7, Flurstück 75/57 Wasserfl., Mühlgraben in der Au, Größe 10,28 Ar, Wert 610,— DM,

lfd. Nr. 8, Flur 7, Flurstück 140/57 Wasserfl., Mühlgraben in der Au, Größe 0,14 Ar, Wert 20,— DM,

lfd. Nr. 9, Flur 7, Flurstück 141/57 Wasserfl., Mühlgraben in der Au, Größe 0,75 Ar, Wert 80,— DM,

lfd. Nr. 10, Flur 7, Flurstück 181/2 Ackerland, Grünl., Thomasmühle, Größe 22,19 Ar, Wert 2 800,— DM,

lfd. Nr. 11, Flur 7, Flurstück 4 Grünl., An der Thomasmühle, Größe 4,17 Ar, Wert 200,— DM,

lfd. Nr. 12, Flur 11, Flurstück 28 Ackerl., An der Umkehr, Größe 27,59 Ar, Wert 900,— DM,

lfd. Nr. 13, Flur 3, Flurstück 78 Ackerl., Vor'm gemeinsamen Landsgraben, Größe 23,66 Ar, Wert 700,— DM,

lfd. Nr. 14, Flur 11, Flurstück 68 Grünland, In der Weid, Größe 16,91 Ar, Wert 670,— DM,

sollen am Mittwoch, dem 23. Oktober 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Sitzungssaal durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. 4. 67/12. 7. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks) Müller Artur Albert Pfeffer in Neukirchen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 9. 7. 1968 Amtsgericht

**2729**

84 K 39 67: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 44, Band 30, Blatt 1162, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung 44, Flur 7, Flurstück 267/9, Hof- und Gebäudefläche, Felix-Dahn-Straße 26, Größe 1,62 Ar,

am 12. September 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 5. 1967 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Sprengmeister Carl Bretz und Irmgard Bretz geb. Schuchardt zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 82 738,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 9. 7. 1968

Amtsgericht, Abt. 84

**2730**

K 4 68: Das im Grundbuch von Ilbenstadt, Band 15, Blatt 792, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Ilbenstadt, Flur 10, Flurstück 57/34, Lieg.-B. 708, Bauplatz, beim Oberkloster, Größe 5,95 Ar,

soll am Freitag, 20. Sept. 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (H.), Homburger Straße 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. März 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Hans Eckle jr., Püttlingen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 5950,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 4. 7. 1968

Amtsgericht

**2731**

K 1 67: Das im Grundbuch von Ilbenstadt, Band 20, Blatt 931, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Ilbenstadt, Flur 10, Flurstück 57/20, L.-B. 694, Bauplatz, beim Oberkloster, Größe 6,15 Ar,

soll am Freitag, 27. Sept. 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (H.), Homburger Straße 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. Febr. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Hans Eckle jr., Püttlingen (Saar).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 6150,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 10. 6. 1968

Amtsgericht

**2732****Beschluß**

K 73/67: Das im Grundbuch von Roth, Band 30, Blatt 1042, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gem. Roth, Flur 3, Flurst. 8/42, Lieg.-B. 1056, Hof- und Gebäudefläche, Immersbachweg, Größe 4,80 Ar,

soll am Freitag, dem 27. September 1968, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Geln-

hausen, Philipp-Reis-Straße Nr. 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. Dezember 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrer Fritz Windszus, Roth, Krs. Gelnhausen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 65 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 16. 7. 1968

Amtsgericht

**2733****Beschluß**

K 34 67: Das im Grundbuch von Lohrhaupten, Band 48, Blatt 1019, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gem. Lohrhaupten, Flur 1, Flurst. 56, Hof- und Gebäudefläche, Wohnroder Straße 3, Größe 9,98 Ar,

soll am Freitag, dem 9. Sept. 1968, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße Nr. 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Juni 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bauschlosser Georg Mathäus Friedrich Deusinger in Lohrhaupten.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 15 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 12. 7. 1968

Amtsgericht

**2734****Beschluß**

K 48 68: Die im Grundbuch von Bad Orb, Band 85, Blatt 3796, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gem. Bad Orb, Flurst. 8213, Acker, Hühnerberg, Größe 10,70 Ar,

lfd. Nr. 2, Gem. Bad Orb, Flurst. 8130 a, Acker, Hühnerberg, Größe 14,07 Ar,

lfd. Nr. 3, Gem. Bad Orb, Flurst. 8180 b, Ödung, Hühnerberg, Größe 1,43 Ar,

lfd. Nr. 4, Gem. Bad Orb, Flurst. 8177, Acker, Hühnerberg, Größe 13,80 Ar,

lfd. Nr. 5, Gem. Bad Orb, Flurst. 8178, Acker, Hühnerberg, Größe 7,43 Ar,

sollen am Freitag, dem 20. September 1968, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße Nr. 9, Zimmer Nr. 11, durch Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. März 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Eduard Bernhard Ihl, Joh. Eduard's Sohn in Bad Orb zu 1/2 und Ehefrau Rosemarie Riedel geb. Ihl in Bad Orb zu 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 2063,90 DM; für Grnst. lfd. Nr. 1 auf 471,— DM, für Grnst. lfd. Nr. 2 auf 622,— DM, für Grnst. lfd. Nr. 3 auf 50,— DM, für Grnst. lfd. Nr. 4 auf 614,— DM und für Grnst. lfd. Nr. 5 auf 306,90 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 17. 7. 1968

Amtsgericht

**2735****Beschluß**

42 K 40/68: Das im Grundbuch von Grünberg, Band 41, Blatt 2213, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Grünberg, Flur 1, Flurstück 339, Hof- und Gebäudefläche, Alsfelder Straße 1, Größe 0,84 Ar,

soll am 17. September 1968, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 118, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 9. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Rudolf Löwie und Herta geb. Laudert, beide Grünberg, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 31 020,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 5. 7. 1968

Amtsgericht

**2736****Beschluß**

42 K 43 68: Das im Grundbuch von Göbelnrod, Band 8, Blatt 291, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Göbelnrod, Flur 1, Flurstück 35 6, Hof- und Gebäudefläche, Waldstraße 6, Größe 7,35 Ar,

soll am 10. September 1968, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 118, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. Jan. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1 a) Eduard Pöhlmann, geb. 25. Okt. 1931, b) dessen Ehefrau Elli geb. Laub, Grünberg, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 94 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 5. 7. 1968

Amtsgericht

**2737****Beschluß**

42 K 50 68: Das im Grundbuch von Freieenseen, Band 23, Blatt 1093, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Freieenseen, Flur 10, Flurstück 74 2, Hof- und Gebäudefläche, am alten Loh 23, Größe 10,50 Ar,

soll am 24. September 1968, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 118, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 10. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wwe. Marie Kleine geb. Müller, Freieenseen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 25 250,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 9. 7. 1968

Amtsgericht

**2738**

2 K 3 68: Das im Grundbuch von Haßloch, Band 8, Blatt 334, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Haßloch, Flur 1, Flurstück 60 5, Hof- und Gebäudefläche, Heegteilstraße 19, Größe 6,25 Ar,

soll am Donnerstag, dem 19. September 1968, vorm. um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Groß-Gerau, Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. März 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Georg Metztl, Installateur,

b) Ingeborg Metztl geb. End, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 15. 7. 1968

Amtsgericht

**2739** **Beschluß**

44 K 32/65: Das im Grundbuch von Leihgestern, Band 42, Blatt 1639, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Leihgestern, Flur 4, Nr. 142/4, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 118, Größe 9,16 Ar,

soll am 20. August 1968, um 14.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 118, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. August 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Steinmetz Friedrich August Albert Schrader, Leihgestern, Bahnhofstraße 118.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 130 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**63 Gießen, 15. 7. 1968** **Amtsgericht**

**2740**

2 K 74/67: Das im Grundbuch von Gernsheim, Band 28, Blatt 1753, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Gernsheim, Flur 1, Flurstück 73/1, Hof- und Gebäudefläche, Schafstraße 35, Größe 9,04 Ar,

soll am Dienstag, dem 24. September 1968, vorm. um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Groß-Gerau, Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. Nov. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Lina Gütz geb. Nagel, Ww., Gernsheim, Schafstraße 35.

Wert gem. § 74 a ZVG: 54 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**608 Groß-Gerau, 15. 7. 1968** **Amtsgericht**

**2741**

41 K 72/67: Zur Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Hanau, Band 87, Blatt 4206, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Flur YY, Flurst. 437/67, Hof- und Gebäudefläche, Gustav-Adolf-Str. 9, Größe 4,69 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur YY, Flurst. 535/66, Hofraum, daselbst, Größe 2,64 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 4, Flurst. 276/27, Hof- und Gebäudefläche, Gustav-Hoch-Straße 37, Größe 4,50 Ar,

am 16. 9. 1968, um 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 1. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ohl, Jeannette geb. Kalkhof, Witwe in Hanau.

Bietter haben auf Verlangen Sicherheit in Höhe von 10% des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**645 Hanau, 12. 7. 1968** **Amtsgericht, Abt. 41**

**2742**

2 K 8/67: Das im Grundbuch von Holzhausen, Band 25, Blatt 396, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Holzhausen, Flur 2, Flurstück 1/18, Hof- und Gebäudefläche, Eichwaldstraße 26, Größe 6,44 Ar,

soll am 16. September 1968, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-

Pfaff-Straße 8, Zimmer Nr. 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. Juni 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Bergmann Hermann Schütz, 2. Ehefrau Eleonore Schütz, geb. Wigger, beide in Holzhausen/Rhwld., je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**352 Hofgeismar, 15. 7. 1968** **Amtsgericht**

**2743**

K 9/67: Die im Grundbuch von Steinbach, Band 12, Blatt 429, eingetragenen Grundstücke

Nr. 23, Gemarkung Steinbach, Flur 6, Flurstück 184/37 Lieg.-B. 121, Weg (L 3380), Größe 0,43 Ar,

Nr. 24, Gemarkung Steinbach, Flur 6, Flurstück 184/38, Weg (L 3380), Größe 0,28 Ar,

Nr. 25, Gemarkung Steinbach, Flur 6, Flurstück 176/2, Ackerland, Grünland, Hersfelder Straße, Größe 13,80 Ar, Hutung, Größe 5,59 Ar,

sollen am 3. Oktober 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Hünfeld, Hauptstraße, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Juni 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Witwe Angela Walk, geb. Fürst,
- b) Kaufmann Hermann Josef Walk, beide in Steinbach, in fortgesetzter Gütergemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: Nr. 23 auf 258,— DM, Nr. 24 auf 168,— DM, Nr. 25 auf 12 414,— DM, alle Grundstücke insgesamt auf 12 840,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**6418 Hünfeld, 9. 7. 1968** **Amtsgericht**

**2744**

5 K 25/68: Terminbestimmung zur Zwangsversteigerung: Zwecks Aufhebung der Miteigentümergeinschaft soll das in Homberg (Kreis Alsfeld) belegene, im Grundbuch von Homberg, Blatt 1449, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am Donnerstag, dem 12. September 1968, 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flst. 357, Hofraum, Oberstraße, Größe 0,54 Ar,

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 22. Mai 1968 in das Grundbuch eingetragen worden. Als Eigentümer waren damals eingetragen 1. Metzgermeister Ludwig Karl Heinrich Hisserich, 2. Textilkauflmann Heinrich Gottfried Metz, 3. Ludwig Hisserich I, 4. Bernd Ludwig Hisserich, geb. am 16. 2. 1957, vertreten durch den Kraftfahrzeugmechaniker Herbert Früh-auf als Pfleger, sämtlich wohnhaft in Homberg — zu je einem Viertel.

Der Verkehrswert des Grundstücks wird in Anlehnung an die Schätzung des Ortsgerichts Homberg vom 12. 7. 1968 — Tgb. Nr. 107/68 — gem. § 74 a ZVG. auf 1620,— DM (i. W. Eintausendsechshundertzwanzig Deutsche Mark) festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**357 Kirchhain (Bz. Kassel), 19. 7. 1968** **Amtsgericht**

**2745**

3 K 49/67: Die im Grundbuch von Vetzberg, Band 19, Blatt 725, eingetragenen Grundstücke

Nr. 1, Gemarkung Vetzberg, Flur 3, Flurstück 268/5, Bauplatz, der Vetzbergerhof, Wert: 4600,— DM,

Nr. 2, Gemarkung Vetzberg, Flur 3, Flurstück 268/8, Bauplatz, der Vetzbergerhof, Wert: 4000,— DM,

sollen am 28. August 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer 49, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. August 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Hans Engler und Adelheid geb. Gelzenleuchter, Vetzberg, zu je 1/2.

**Beschluß**

Die Werte der Grundstücke werden nach § 74 a Abs. 5 ZVG nach der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 25. Mai 1968 gegenüber allen Beteiligten auf die oben angegebenen Beträge festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**633 Wetzlar, 15. 7. 1968** **Amtsgericht**

**2746****Beschluß**

61 K 4/68: Das im Grundbuch von Nordenstadt, Band 44, Blatt 1134, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nordenstadt, Flur 15, Flurstück 3, Lieg.-B. 1137, Ackerland, In der Rüsselgasse, Größe 11,39 Ar,

soll am 17. September 1968, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße Nr. 2, Zimmer Nr. 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. Januar 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Elektromonteur Richard Edelman in Nordenstadt.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**62 Wiesbaden, 16. 7. 1968** **Amtsgericht**

**2747****Beschluß**

61 K 94/67: Das im Grundbuch von Wiesbaden-Außen, Band 227, Blatt 4609, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 139, Flurstück 126/47, Gartenland, Albrecht-Dürer-Anlage, Größe 8,42 Ar,

— nach der Feststellung des Ortsgerichts handelt es sich um einen fertigen, gut zugeschnittenen Bauplatz an ausgebauter Straße —

soll am 24. September 1968, 11 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. Januar 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Kaufmann August Wiegand und Frieda Maria, genannt Olga, Wiegand geb. Spieß, jetzt in Wiesbaden-Biebrich — zu je 1/2 —

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 114 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**62 Wiesbaden, 17. 7. 1968** **Amtsgericht**

## Andere Behörden und Körperschaften

2748

### S A T Z U N G

#### des Zweckverbandes „Gemeinschaftsschlachthanlage Mittelhessen“

##### § 1

###### Name

Auf Grund der §§ 1, 3, 7 des Zweckverbandsgesetzes vom 7. 6. 1939 (RGBl. I S. 979) wird unter dem Namen „Gemeinschaftsschlachthanlage Mittelhessen“ ein kommunaler Zweckverband errichtet.

##### § 2

###### Mitglieder

1. Mitglieder des Zweckverbandes sind:
  - 1.1 die Universitätsstadt Marburg a. d. Lahn,
  - 1.2 der Landkreis Marburg,
  - 1.3 die Raiffeisen-Beteiligungs-GmbH Kommanditgesellschaft, Kassel, als Treuhänderin der landwirtschaftlichen Erzeuger,
  - 1.4 die Wirtschaftsgenossenschaft Marburger Fleischermeister eGmbH, Marburg.
2. Weitere Mitglieder können auf Antrag durch Beschluß der Verbandsversammlung und mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde dem Verband beitreten. Bei der Festlegung der Aufnahmebedingungen sind die Vorleistungen der bisherigen Mitglieder zu berücksichtigen.

##### § 3

###### Aufgaben und Sitz

1. Der Zweckverband errichtet und betreibt einen öffentlichen Schlachthof, einen öffentlichen Schlachtviehmarkt und einen öffentlichen Fleischmarkt.

Weitere Einrichtungen können durch Beschluß der Verbandsversammlung angeschlossen werden.

2. Der Zweckverband ist nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten; er erstrebt keinen Gewinn.

3. Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat seinen Sitz in Wehrda b. Marburg.

##### § 4

###### Satzungen

Der Verband hat eine Schlachtordnung und eine Schlachtviehmarktordnung sowie Satzungen über die Benutzung der Anlagen und die Erhebung von Gebühren zu erlassen.

##### § 5

###### Organe

Organe des Zweckverbandes sind:  
Verbandsversammlung,  
Verbandsvorstand.

##### § 6

###### Verbandsversammlung

1. Die Verbandsversammlung besteht aus 12 Vertretern der Verbandsmitglieder. Hiervon entfallen auf
    - 1.1 die Universitätsstadt Marburg a. d. Lahn 4 Vertreter
    - 1.2 den Landkreis Marburg 4 Vertreter
    - 1.3 die Raiffeisen-Beteiligungs-GmbH Kommanditgesellschaft 3 Vertreter
    - 1.4 die Wirtschaftsgenossenschaft Marburger Fleischermeister eGmbH 1 Vertreter
 Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter zu bestellen.
  2. Den Vorsitz in der Verbandsversammlung führt der Vorsitzende des Verbandsvorstandes. Er hat kein Stimmrecht.
  3. Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens zweimal, und zwar insbesondere zur Beschlußfassung über den Haushaltsplan sowie über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Verbandsvorstandes vom Vorsitzenden einzuberufen.
- Die Einberufung muß ferner erfolgen, wenn dies mindestens  $\frac{1}{3}$  der Mitglieder der Verbandsversammlung unter Angabe der Gründe verlangt.

Die Einladungsfrist beträgt eine Woche. Die Tagesordnung ist bekanntzugeben.

Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist.

Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt, dabei werden Stimmenthaltungen nicht gezählt. Ausnahmen siehe Abs. 5. Bei Stimmgleichheit kommt ein Beschluß nicht zustande.

4. Die Verbandsversammlung beschließt über die Angelegenheiten des Zweckverbandes nach Maßgabe dieser Satzung. Ihr obliegen insbesondere

- a) Erlaß, Änderung und Aufhebung von Satzungen.
- b) Erlaß der Haushaltssatzung, Festsetzung des Haushaltsplanes und des Stellenplanes.
- c) Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 121 (1) HGO.
- d) Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung des Verbandsvorstandes.
- e) Festsetzung der Verbandsumlage.
- f) Auflösung des Zweckverbandes.
- g) Übernahme von neuen Aufgaben, die gesetzlich nicht vorgeschrieben sind.
- h) Führung eines Rechtsstreites von größerer Bedeutung und den Abschluß von Vergleichen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.
- i) Aufnahme von Darlehen.
- j) Festsetzung der Entschädigungen für Vertreter der Verbandsorgane.
- k) Aufnahme weiterer Mitglieder.
- l) Änderungen der Satzung des Zweckverbandes.

5. Beschlüsse zu Abs. 4 Ziff. f, k und l bedürfen einer Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  der Mitglieder der Verbandsversammlung

6. Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden und dem von der Verbandsversammlung zu stellenden Schriftführer zu unterzeichnen ist. Die Niederschrift wird den Vertretern der Verbandsmitglieder in Abschrift zugeleitet.

7. Der Verbandsvorstand nimmt an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil. Er muß jederzeit zu dem Gegenstand der Verhandlung gehört werden und ist verpflichtet, der Verbandsversammlung Auskünfte zu den Beratungsgegenständen zu erteilen.

##### § 7

###### Verbandsvorstand

1. Der Verbandsvorstand besteht aus 6 Mitgliedern, und zwar
  - 1.1 dem Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg a. d. Lahn und einem weiteren Magistratsmitglied,
  - 1.2 dem Landrat des Landkreises Marburg und einem weiteren Kreisausschußmitglied,
  - 1.3 einem Vertreter der Raiffeisen-Beteiligungs-GmbH Kommanditgesellschaft, Kassel,
  - 1.4 einem Vertreter der Wirtschaftsgenossenschaft Marburger Fleischermeister eGmbH.
 Für den Fall der vorübergehenden Verhinderung des Vertreters hat jedes Verbandsmitglied einen Stellvertreter zu bestellen.
2. Der Verbandsvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.
3. Der Verbandsvorstand überwacht die Geschäftsführung und besorgt nach den Beschlüssen der Verbandsversammlung im Rahmen der bereitgestellten Mittel die laufende Verwaltung des Zweckverbandes. Er hat insbesondere
  - a) die Beschlüsse der Verbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen.
  - b) den Haushaltsplan aufzustellen und das Kassen- und Rechnungswesen zu überwachen.
  - c) die Bediensteten des Zweckverbandes im Rahmen des genehmigten Stellenplanes einzustellen, zu befördern und zu entlassen,
  - d) Rechtsstreite zu führen, soweit nach § 6 Abs. 4, Ziff. h, nicht die Verbandsversammlung zuständig ist, und den Verband nach außen zu vertreten.

4. Der Vorstandsvorstand wird vom Vorsitzenden mit einer Frist von einer Woche unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. In eiligen Fällen kann die Frist auf 3 Tage abgekürzt werden.

Der Vorsitzende muß eine Sitzung des Vorstandsvorstandes einberufen, wenn sein Vertreter oder 2 Mitglieder des Vorstandsvorstandes dies beantragen.

5. Der Vorstandsvorstand ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmgleichheit kommt ein Beschluß nicht zustande.

6. Der Vorsitzende des Vorstandsvorstandes ist der Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg a. d. Lahn, sein ständiger Vertreter der Landrat des Landkreises Marburg.

7. Urkunden und Rechtsgeschäfte, die den Verband gegenüber Dritten verpflichten sollen sowie Vollmachten müssen unter Anführung des betreffenden Beschlusses des Vorstandsvorstandes von dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter unterschrieben und mit dem Verbandssiegel versehen werden.

8. Der Vorsitzende des Vorstandsvorstandes ist Dienstvorgesetzter aller Bediensteten des Zweckverbandes.

## § 8

### Ehrenamtliche Tätigkeit

Die Mitglieder der Verbandsversammlung und des Vorstandsvorstandes sind ehrenamtlich tätig. Sie haben Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen nach den für Landesbeamte geltenden Reisekostenvorschriften und des Verdienstaufalles. Von der Verbandsversammlung kann an Stelle einer Vergütung bei eintretendem Verdienstaufall ein Sitzungsgeld in bestimmter Höhe festgesetzt werden.

## § 9

### Stellung des Leiters

Der Leiter des gemeinschaftlichen Schlachthofes führt die im Hessischen Besoldungsgesetz vorgesehene Amtsbezeichnung. Er untersteht dem Vorstandsvorstand und ist verantwortlich für die einwandfreie Erfüllung der veterinärärztlichen Aufgaben und den ordnungsgemäßen Geschäftsablauf. Zu den Sitzungen des Vorstandsvorstandes und der Verbandsversammlung ist er zu laden.

## § 10

### Aufbringung der Baukosten

1. Die Gesamtbaukosten des verbandseigenen Schlachthofes, Schlachtviehmarktes und Fleischmarktes trägt der Zweckverband. Das Bauvorhaben wird durch Eigenmittel, Darlehen und Beihilfen finanziert.

2. Die nach Abzug der Beihilfen und unter Berücksichtigung der Darlehen (Abs. 3) noch erforderlichen Mittel werden zu

60% von der Universitätsstadt Marburg a. d. Lahn und zu

40% vom Landkreis Marburg

aufgebracht. Das bereits erworbene Baugrundstück wird in den Zweckverband eingebracht und im gleichen Verhältnis wertmäßig angerechnet.

Der Zweckverband kann die durch Abschreibung freigesetzten Teile des Eigenkapitals, sofern sie für den Verbandszweck nicht mehr benötigt werden, an die Mitglieder zurückerstatten.

3. Die Raiffeisen-Beteiligungs-GmbH Kommanditgesellschaft, Kassel, beteiligt sich in Form eines Darlehens von 468 000,— DM, die Wirtschaftsgenossenschaft Marburger Fleischermeister eGmbH mit einem Darlehen von 200 000,— DM. Diese Darlehen sind vom Zweckverband bei 100%iger Auszahlung mit 3% über dem jeweiligen Lombardsatz zu verzinsen, mindestens jedoch mit 6%, höchstens mit 8% und mit 1% jährlich zuzüglich der durch die fortschreitende Minderung des Kapitals ersparten Zinsen zu tilgen (Amortisations-Darlehen).

## § 11

### Deckung des laufenden Finanzbedarfs

1. Der Verband erhebt für die Benutzung seiner Einrichtungen Gebühren. Die Höhe der Gebühren wird nach dem Kostendeckungsprinzip unter Berücksichtigung

- a) der laufenden Aufwendungen einschließlich der erforderlichen Abschreibungen,
- b) einer angemessenen Verzinsung des von den Mitgliedern erbrachten Eigenkapitals, soweit sie im Einzelfall nicht darauf verzichten, und
- c) der Bildung einer angemessenen Ersatzbeschaffungsrücklage festgesetzt.

2. Soweit die Gebühreneinnahmen nicht ausreichen, um die in Abs. 1 unter a) und b) genannten Kosten zu decken, wird von den kommunalen Verbandsmitgliedern eine Umlage erhoben. Die Umlage bemißt sich nach dem Schlüssel des § 10 Abs. 2.

3. Die Raiffeisen-Beteiligungs-GmbH Kommanditgesellschaft und die Wirtschaftsgenossenschaft Marburger Fleischermeister eGmbH werden von der Umlagenpflicht ausdrücklich freigestellt (§ 29 Abs. 1 letzter Satz des Zweckverbandsgesetzes).

4. Die kommunalen Verbandsmitglieder haben der Verbandskasse, soweit erforderlich, Vorschüsse auf die zu zahlende Umlage zur Verfügung zu stellen.

## § 12

### Haushaltsführung

1. Das Rechnungsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

2. Der Vorstandsvorstand hat rechtzeitig vor Ablauf des Rechnungsjahres einen Haushaltsplan für das neue Rechnungsjahr aufzustellen und der Verbandsversammlung vor Ablauf des laufenden Rechnungsjahres zur Feststellung vorzulegen.

3. Die Geschäfte der Verbandskasse werden durch die Stadtkasse der Stadt Marburg a. d. Lahn wahrgenommen. Die Rechnungsprüfung erfolgt durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Marburg.

4. Die Jahresrechnung ist innerhalb der ersten 4 Monate nach Schluß des Rechnungsjahres zu legen. Sie wird mit dem Prüfungsbericht der Verbandsversammlung zur Prüfung, Feststellung und Entlastung vorgelegt.

Die Verbandsversammlung ist befugt, die Rechnungsprüfung durch eine von ihr eingesetzte Kommission vornehmen zu lassen.

5. Die Verbandskasse ist regelmäßig und mindestens einmal im Jahr außerordentlich zu prüfen. Die Kassenprüfungen werden durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises vorgenommen.

6. Die Personalangelegenheiten für die Bediensteten des Verbandes werden nach näherer Anweisung des Vorstandsvorstandes von der Stadt Marburg bearbeitet.

## § 13

### Austritt

Der Austritt eines Verbandsmitgliedes ist nur zum Schluß eines Rechnungsjahres unter Einhaltung einer zweijährigen Kündigungsfrist möglich, frühestens jedoch zum 31. 12. 1980.

Ein Austritt der Stadt Marburg oder des Landkreises Marburg ist nicht möglich.

## § 14

### Auflösung des Zweckverbandes

1. Die Auflösung des Verbandes kann frühestens zum Ende des Rechnungsjahres 1980 beschlossen werden. Der Beschluß bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Auch nach diesem Zeitpunkt darf sie nur zum Ende eines Rechnungsjahres erfolgen. Der Antrag auf Auflösung ist spätestens 6 Monate vorher dem Vorstandsvorstand anzuzeigen. Spätestens 2 Monate nach Eingang des Antrages hat der Vorstandsvorstand die Verbandsversammlung zur Beschlußfassung einzuberufen.

2. Das nach Bereinigung der Verbindlichkeiten einschl. der von der Raiffeisen-Beteiligungs-GmbH Kommanditgesellschaft und der Wirtschaftsgenossenschaft Marburger Fleischermeister eGmbH gewährten Darlehen noch vorhandene Verbandsvermögen wird unter die Verbandsmitglieder Universitätsstadt Marburg a. d. Lahn mit 60% und Landkreis Marburg mit 40% verteilt. Übersteigen bei der Auflösung die Verbindlichkeiten das vorhandene Vermögen, so ist ein Fehlbetrag nach dem gleichen Schlüssel umzulegen.

3. Für die Bediensteten gelten die gesetzlichen und tarifrechtlichen Bestimmungen bei Auflösung oder Umbildung von Behörden und Körperschaften.



|   |              |  |                       |
|---|--------------|--|-----------------------|
| 10. Umstellung und Verbesserung der Heizzentrale<br>Hh.-Stelle 512.957  | 230 000,— DM | 36. Umgestaltung der Parkanlagen (einschließlich Ergänzung der Straßenerführung)<br>Hh.-Stelle 520-10.975            | 100 000,— DM          |
| 11. Beseitigung des Mineralwasserdurchbruchs<br>Hh.-Stelle 513.961  | 50 000,— DM  | 37. Erneuerung der Hochdruckdampfanlage<br>Hh.-Stelle 520-10.976   | 170 000,— DM          |
| 12. Sicherung der Bausubstanz der Klosterkirche<br>Hh.-Stelle 520-1.951   | 120 000,— DM | 38. Dezentralisierung der Ölversorgung<br>Hh.-Stelle 520-10.977  | 50 000,— DM           |
| 13. Umbau und Modernisierung des Hauptgebäudes<br>Hh.-Stelle 520-1.953  | 400 000,— DM | 39. Umgestaltung des Waldkrankenhauses in ein Psychiatr. Krankenhaus<br>Hh.-Stelle 520-11.951                        | 200 000,— DM          |
| 14. Erneuerung der Kesselanlage in der Heizzentrale<br>Hh.-Stelle 520-1.971   | 400 000,— DM | 40. Außeninstandsetzung des sogenannten Lehrlingsheimes<br>Hh.-Stelle 521.951  | 50 000,— DM           |
| 15. Ausbau und Verbesserung der Wasserversorgungsanlage<br>Hh.-Stelle 520-1.972   | 180 000,— DM | 41. Generalinstandsetzung und Erweiterung des Wirtschaftsgebäudes<br>Hh.-Stelle 521.952                              | 250 000,— DM          |
| 16. Errichtung einer thermischen Desinfektionsanlage sowie Erweiterung der Heizung und Umstellung von Koks auf Öl einschl. Erweiterung der Trafostation<br>Hh.-Stelle 520-2.970 | 600 000,— DM | 42. Schul- und Erweiterungsbau einschl. Gemeinschaftsanlage — I. Bauabschnitt<br>Hh.-Stelle 521.953                  | 500 000,— DM          |
| 17. Instandsetzung der Straße von der Stegmühle bis Kohlenlagerplatz<br>Hh.-Stelle 520-2.961  | 50 000,— DM  | 43. Umgestaltung des sog. Krankenhauses in eine jugendpsychiatrische Abteilung<br>Hh.-Stelle 521.957                 | 200 000,— DM          |
| 18. Erneuerung der Fenster und Rolläden in den Frauenabteilungen<br>Hh.-Stelle 520-4.952  | 85 000,— DM  | 44. Generalinstandsetzung und Modernisierung des Hauptgebäudes<br>Hh.-Stelle 521.953                                 | 100 000,— DM          |
| 19. Untergeschoßausbau im Krankengebäude M 7 einschl. Außenanlagen<br>Hh.-Stelle 520-4.957  | 75 000,— DM  | 45. Errichtung eines Sammelbehälters für die Wasserversorgung mit Zuleitungen<br>Hh.-Stelle 521.971                  | 50 000,— DM           |
| 20. Ergänzung der Einrichtung für das Krankengebäude M 7<br>Hh.-Stelle 520-4.981  | 90 000,— DM  | 46. Ergänzung der Inneneinrichtung (für jugendpsychiatrische Abteilung und Wirtschaftsgebäude)<br>Hh.-Stelle 521.981 | 250 000,— DM          |
| 21. Verstärkung und Trennung der Fernheizleitung und Erneuerung von Verteileranlagen<br>Hh.-Stelle 520-5.971  | 100 000,— DM | 47. Gewährung von Arbeitgeberdarlehen<br>Hh.-Stelle 640.920  | 250 000,— DM          |
| 22. Neubau eines Handwerkerhauses (Schreinerei)<br>Hh.-Stelle 520-6.954   | 140 000,— DM |  |                       |
| 23. Modernisierung und Erweiterung des Krankengebäudes M 7<br>Hh.-Stelle 520-6.955  | 60 000,— DM  |  |                       |
| 24. Modernisierung und Instandsetzung von M 6<br>Hh.-Stelle 520-7.953   | 80 000,— DM  |  |                       |
| 25. Ersatzgebäude für den Barackenbau M 2<br>Hh.-Stelle 520-7.955   | 50 000,— DM  |  |                       |
| 26. Teilweise Erneuerung des Inventars auf mehreren Krankenstationen<br>Hh.-Stelle 520-7.981  | 50 000,— DM  |  |                       |
| 27. Verlegung der Gärtnerei<br>Hh.-Stelle 520-8.951   | 250 000,— DM |  |                       |
| 28. Erneuerung der Heizkanäle<br>Hh.-Stelle 520-9.970   | 100 000,— DM |  |                       |
| 29. Neubau einer Frischwasserleitung für die Wäscherei<br>Hh.-Stelle 520-9.971  | 50 000,— DM  |  |                       |
| 30. Neugestaltung der Warmwasserversorgung<br>Hh.-Stelle 520-9.972  | 195 000,— DM |  |                       |
| 31. Erneuerung und Umgestaltung des Verwaltungsgebäudes<br>Hh.-Stelle 520-10.955  | 120 000,— DM |  |                       |
| 32. Ausbau der Untergeschosse und Außenputz an den zwei Pavillons für Jugendliche<br>Hh.-Stelle 520-10.957  | 50 000,— DM  |  |                       |
| 33. Umbau des Krankengebäudes F 3 einschließlich Schaffung von therapeutischen Behandlungsabteilungen<br>Hh.-Stelle 520-10.958  | 100 000,— DM |  |                       |
| 34. Erneuerung der Entwässerungsleitungen im östlichen Krankenhausgebäude<br>Hh.-Stelle 520-10.962  | 150 000,— DM |  |                       |
| 35. Zentralisierung der Versorgungsanlagen für die Waldheime<br>Hh.-Stelle 520-10.973   | 110 000,— DM |  |                       |
|   |              |  | <u>7 000 000,— DM</u> |

§ 3

Für die im Nachtrag zum außerordentlichen Haushaltsplan 1968 im einzelnen näher bezeichneten Maßnahmen können Verpflichtungen bis zu der dort angegebenen Höhe zu Lasten des Rechnungsjahres 1969 eingegangen werden (Bindungsermächtigung). Zahlungen hierauf dürfen erst im kommenden Rechnungsjahr geleistet werden.

Die Bindungsermächtigungen erlöschen mit Ablauf des Rechnungsjahres 1968; sie sind in das Haushaltssoll des Rechnungsjahres 1969 einzubeziehen.

Kassel, 11. 7. 1968

**Landeswohlfahrtsverband Hessen**  
Der Verwaltungsausschuß  
Pfeil  
Erster Landesdirektor

**2750 Bekanntmachung**

**Auflösung des Forstbetriebsverbands Niederscheld**

Nachdem die Gemeindevertretungen der Gemeinden Niederscheld und Oberscheld entsprechenden Beschluß gefaßt haben und die Gemeindevorstände als gesetzliche Vertreter der Gemeinden mir gegenüber erklärt haben, daß sie den Forstbetriebsverband Niederscheld in der Zusammensetzung gemäß Satzung vom 2. 7. 1956 auflösen, beschließe ich gemäß §§ 7, 11, 21 Zweckverbandsgesetz vom 7. 6. 1939 (RGBl. I S. 979) die Auflösung des Forstbetriebsverbandes Niederscheld.

634 Dillenburg, 8. 5. 1968

**Der Landrat des Dillkreises**  
I. V. gez. B a u s  
Erster Kreisbeigeordneter

\*

Ich stimme als obere Forstbehörde gem. § 32 (6) Satz 3 Hess. Forstgesetz vom 10. 11. 1954 (GVBl. S. 211) in der Fassung des 1. Änderungsgesetzes vom 21. 3. 1962 (GVBl. S. 170) dem Beschluß des Landrates in Dillenburg vom 8. Mai 1968 zu.

62 Wiesbaden, 5. 7. 1968

**Der Regierungspräsident in Darmstadt**  
Abwicklungsstelle Wiesbaden  
Im Auftrage  
gez. Freudenstein

## 2751

**Aufforderung:** Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung von verlorengegangenen Sparkassenbüchern beantragt:  
 Herr Joachim Scheler, Bad Homburg v. d. H., Urselerstr. 24, das Sparkassenbuch Nr. 50 523, lautend auf den gleichen Namen, Herr Wolfgang Moller, Oberursel (Ts.), Feldbergstr. 41, das Sparkassenbuch Nr. 76438, lautend auf den gleichen Namen, Frau Herta Stroh, Dornholzhausen (Ts.) Hauptstraße 8, das Sparkassenbuch Nr. 630235, lautend auf den gleichen Namen, Eheleute Karl und Elli Kleemann geb. Pamasch, Oberstedten (Ts.), Saalburgstr. 9, das Sparkassenbuch Nr. 24 735, lautend auf den gleichen Namen, Herr Louis H. Arens, Dema Prov. Alicante Spanien, Las Troyas 48, das Sparkassenbuch Nr. 136013 lautend auf den gleichen Namen, Herr Kurt Moerschardt, Bad Homburg v. d. H., Gluckensteinweg 16, das Sparkassenbuch Nr. 34 046, lautend auf den gleichen Namen.

Der oder die Inhaber dieser Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

638 Bad Homburg v. d. H., 12. 7. 1968

**KREISSPARKASSE DES OBERTAUNUSKREISES  
 BAD HOMBURG V. D. H.  
 Der Vorstand**

## 2752

**Kraftloserklärung:** Sparkassenbuch Nr. 4401, lautend auf den Namen Maria Waitz, 638 Bad Homburg v. d. H., Promenade 53.

638 Bad Homburg v. d. H., 15. 7. 1968

**KREISSPARKASSE DES OBERTAUNUSKREISES  
 BAD HOMBURG V. D. H.  
 Der Vorstand**

## 2753

**Aufforderung:** Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt:

1. Sparkassenbuch Nr. 102 02038 — Philipp Schnitter, Baunatal 4, Holzweg 23.

2. Sparkassenbuch Nr. 107 10237 — Gerhard Ehrmann, Obervellmar, Mauerstraße 3.

Der oder die Inhaber der vorgenannten Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 18. 7. 1968

**KREISSPARKASSE KASSEL  
 Der Vorstand**

## 2754

**Aufforderung:** Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt:

1. Franziska Heil geb. Becker, Offenbach a. M., das Sparkassenbuch Nr. 515146

2. Rudolf Stark, Offenbach a. M., das Sparkassenbuch Nr. 304998

3. Carl Schnitzspahn, Offenbach a. M., das Sparkassenbuch Nr. 515262

4. Fritz Köhler u. Frau Anna, Offenbach a. M., das Sparkassenbuch Nr. 501926

5. Doris Faust, Offenbach a. M., das Sparkassenbuch Nr. 18459.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Bücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

605 Offenbach (Main), 10. 7. 1968

**STÄDTISCHE SPARKASSE OFFENBACH A. M.  
 Der Vorstand**

## 2755

**Aufforderung:** Folgende Personen haben die Kraftloserklärung der nachstehenden Sparbücher beantragt:

1. Christel Bischoff geb. Petzinger, Dudenhofen, Ludwigstraße 15, das Sparkassenbuch Nr. 400 409 9 lautend auf Christel Petzinger.

2. Karl Heinz Märker, Obertshausen, Rathenaustraße 3, das Sparkassenbuch Nr. 841 147 2 lautend auf seinen Namen.

3. Alois Venuleth, Zellhausen, Bahnhofstraße 33, das Sparkassenbuch Nr. 937 331 7 lautend auf Pirmin Venuleth, Zellhausen, Bahnhofstraße 33.

4. Viktoria Schäufele geb. Zink, Hainstadt, Lindenstraße 33, das Sparkassenbuch Nr. 946 234 2 lautend auf Emanuela Schäufele, Hainstadt, Lindenstraße 33.

5. Selahattin Dinc, Hausen, Feldstraße 18, das Sparkassenbuch Nr. 972 122 8 lautend auf seinen Namen.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden hiermit aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

6453 Seligenstadt, 17. 7. 1968

**BEZIRKS-SPARKASSE SELIGENSTADT  
 Der Vorstand**

# Öffentliche Ausschreibungen

## 2756

**Alsfeld:** Die Bauleistungen für die Instandsetzung von Betonfahrbahnsschäden durch Herstellung eines spaltreichen Teppichbelages einschl. Nebenarbeiten zwischen km 379.100 und km 377.400 der A 10, Fahrbahn Ffm.—Kassel, sowie zwischen km 378.000 und km 379.250, km 380.350 und km 381.600 der Fahrbahn Kassel—Ffm. im Bereich der Autobahnmeisterei Kirchheim, sollen vergeben werden.

## Bauleistungen u. a.:

|               |   |
|---------------|---|
| ca. 39 000 qm | Fahrbahnflächen reinigen und mit Haftkleber ansprühen                             |
| ca. 30 t      | Asphaltbinder 0/18 liefern und einbauen   |
| ca. 800 t     | Asphaltfeinbeton 0/8 liefern und einbauen   |
| ca. 27 500 qm | Asphaltbinder 0/18, 6 cm dick herstellen  |
| ca. 27 500 qm | Asphaltfeinbeton 0/8, 4 cm dick herstellen  |
| ca. 11 500 qm | Asphaltfeinbeton 0/8, 2,5 cm dick herstellen                                      |
| ca. 400 t     | gemahlene Bruchabraum 0/25 liefern und einbauen sowie verschiedene Nebenarbeiten. |

## Bauzeit: 30 Werktage

## Voraussichtlicher Baubeginn: 9. 9. 1968

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt/M. — Außenstelle Alsfeld in 632 Alsfeld, bis spätestens 14. 8. 1968 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 15.— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt/M., Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 68 21, mit der Angabe „Ausschreibungsunterlagen für Instandsetzung von Betonfahrbahnsschäden durch Herstellung eines Teppichbelages zwischen km 379.100 und km 377.400 usw.“ ist beizufügen. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen ab 29. 7. 1968 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt/M. — Außenstelle Alsfeld — in 632 Alsfeld ausgegeben.

Eröffnungstermin am Mittwoch, dem 21. 8. 1968, 10.00 Uhr, in Zimmer 221 des Autobahnamtes Frankfurt/M., Münchener Straße 4-6. Zuschlags- und Bindefrist: 20. 9. 1968.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke zum Preise von 3.— DM/Stck. bei jedem Hessischen Straßenbauamt und dem hiesigen Amt erhältlich sind.

632 Alsfeld, 19. 7. 1968

**Autobahnamt Frankfurt/M.  
 — Außenstelle Alsfeld —**

## 2757

**Alsfeld:** Die Bauleistungen für die Instandsetzung von Betonfahrbahnsschäden durch Herstellung eines spaltreichen Teppichbelages einschl. Nebenarbeiten zwischen km 403.500 und km 406.150 der A 10, Fahrbahn Kassel—Ffm., sowie zwischen km 404.600 und km 401.750 der Fahrbahn Ffm.—Kassel im Bereich der Autobahnmeisterei Alsfeld sollen vergeben werden.

## Bauleistungen u. a.:

|               |   |
|---------------|---|
| ca. 50 000 qm | Fahrbahnflächen reinigen und mit Haftkleber ansprühen                             |
| ca. 30 t      | Asphaltbinder 0/18 liefern und einbauen   |
| ca. 70 t      | Asphaltfeinbeton 0/8 liefern und einbauen   |
| ca. 50 000 qm | Asphaltbinder 0/18, 6 cm dick herstellen  |
| ca. 50 000 qm | Asphaltfeinbeton 0/8, 4 cm dick herstellen  |
| ca. 550 t     | gemahlene Bruchabraum 0/25 liefern und einbauen sowie verschiedene Nebenarbeiten. |

## Bauzeit: 30 Werktage

## Voraussichtlicher Baubeginn: 9. 9. 1968

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt/M. — Außenstelle Alsfeld in 632 Alsfeld, bis spätestens 9. 8. 1968 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 15.— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt/M., Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 68 21, mit der Angabe „Ausschreibungsunterlagen für Instandsetzung von Betonfahrbahnsschäden durch Herstellung eines Teppichbelages zwischen km 403.500 und km 406.150“ usw. ist beizufügen. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen ab 29. 7. 1968 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt/M. — Außenstelle Alsfeld — in 632 Alsfeld ausgegeben.

Eröffnungstermin am Freitag, dem 16. 8. 1968, 10.00 Uhr, in Zimmer 221 des Autobahnamtes Frankfurt/M., Münchener Straße 4-6. Zuschlags- und Bindefrist: 13. 9. 1968.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke zum Preise von 3.— DM/Stck. bei jedem Hessischen Straßenbauamt und dem hiesigen Amt erhältlich sind.

632 Alsfeld, 19. 7. 1968

**Autobahnamt Frankfurt/M.  
 — Außenstelle Alsfeld —**

**2758**

**Arolsen:** Die Arbeiten für den Ausbau der B 485 zwischen Odershausen und Braunau, Straßen-km 48,300—49,487, sollen vergeben werden.

|                             |                                 |
|-----------------------------|---------------------------------|
| 3000 cbm                    | Erdarbeiten                     |
| 7000 t                      | Frostschutzmaterial 0/55        |
| 7300 qm                     | bit. Unterbau 0/35, 12 cm stark |
| 7100 qm                     | Binderschicht 0/18 mm           |
| 7200 qm                     | Asphaltfeinbeton 0/12 mm        |
| und sonstige Nebenarbeiten. |                                 |

Bauzeit: 60 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen die Kostenerstattung in Höhe von 12,— DM am 6. 8. 1968 abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Kassel, Fünfensterstraße, Konto-Nr. 500 der Kreissparkasse Kassel, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen. (Keine Verrechnungsschecks!) Der Zahlungsbeleg ist der Anforderung für die Angebotsunterlagen beizulegen.

Eröffnungstermin: 14. 8. 1968 um 10.00 Uhr, Zimmer Nr. 9 des Hess. Straßenbauamtes Arolsen, Zuschlags- und Bindefrist bis zum 14. 9. 1968.

3548 Arolsen, 18. 7. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**2759**

**Bad Hersfeld:** Die Bauleistungen für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Hönebach, Kreis Rotenburg, im Zuge der Landesstraße Nr. 3251 km 69,174 — km 70,440 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

|   |   |
|---|---|
| ca. 2 200 qm                                | Kleinpflasterdecke aufnehmen                      |
| ca. 2 700 cbm                               | Erdbewegung                                       |
| ca. 1 500 cbm                               | Kies 0/30 mm für die Frostschutzschicht           |
| ca. 1 500 t                                 | Basaltmaterial 0/35 mm für die Frostschutzschicht |
| ca. 6 200 qm                                | bit. Unterbau 0/35 mm                             |
| ca. 8 300 qm                                | Asphaltbinder 0/18 mm                             |
| ca. 8 300 qm                                | Asphaltbeton 0/8 mm                               |
| sowie sonstige Neben- und Gemeindearbeiten. |   |

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis zum 2. 8. 1968 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung des Betrages für die Selbstkosten in Höhe von 10,— DM für 2 Ausfertigungen anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 67 53, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 13. 8. 1968, 11.00 Uhr, im Gebäude des Hessischen Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Dudenstraße 17 a, Zuschlags- und Bindefrist: 21 Werkstage.

6430 Bad Hersfeld, 19. 7. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**2760**

**Darmstadt:** Die Bauleistungen für den vierspurigen Ausbau der Bundesstraße Nr. 459 zwischen dem Verkehrsknoten der B 46 (Sprendlingen—Offenbach) und dem Anschluß Gravenbruch sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

|                             |   |
|-----------------------------|---|
| ca. 1 700 qm                | Aufbruch von Randeinfassungen und Fahrbahnbefestigungen |
| ca. 5 500 cbm               | Erd- und Mutterbodenbewegung                            |
| ca. 10 000 qm               | Kiessandtragschicht und 25 cm Mineralbeton              |
| ca. 9 000 qm                | Asphaltbinder 0/25                                      |
| ca. 17 000 qm               | Asphaltbinder 0/18 und Asphaltfeinbeton                 |
| ca. 2 400 lfd. m            | Tiefbordsteine 10/25                                    |
| und sonstige Nebenarbeiten. |   |

Bauzeit: 60 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis 7. August 1968 anzufordern; sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 15,— DM portofrei zugestellt.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3 a, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 355 99, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 22. August 1968 um 11.00 Uhr im Sitzungszimmer (Nr. 323/24) des Straßen-Neubauamtes Hessen-Süd, Darmstadt, Rheinstraße 19/21, Zuschlags- und Bindefrist: 5. September 1968.

61 Darmstadt, 22. 7. 1968

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd

**2761**

**Darmstadt:** Die Straßenbauarbeiten im Zuge der Bundesstraße 449 zwischen Trautheim — Nd. Ramstadt, Abzweig. B 426 (km 5,200 bis km 7,100) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

|           |                                    |
|-----------|------------------------------------|
| 1 000 cbm | Steinerde liefern                  |
| 1 000 t   | bit. Tragschicht                   |
| 1 500 t   | Binder                             |
| 11 000 qm | Asphaltfeinbeton und Verschiedenes |

Bauzeit: 30 Werkstage

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 31. 7. 1968 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 5,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 355 99 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen B 449 — Trautheim —“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 2. 8. 1968 in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Darmstadt (Eingangsschalter).

Eröffnung: Freitag, den 9. 8. 1968, 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werkstage.

61 Darmstadt, 19. 7. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**2762**

**Frankfurt/M.:** Die Bauleistungen für die Herstellung einer verbreiterten Standspur ohne Deckschicht zwischen km 148,5 und km 153,95 — Ostseite — der BAB-Strecke Köln—Frankfurt (M) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

|            |  |
|------------|--|
| 61 000 qm  | Mutterboden abheben  |
| 35 000 cbm | Boden abheben und abfahren   |
| 4 600 cbm  | Schüttmassen liefern und einbauen  |
| 22 000 cbm | Frostschutz liefern und einbauen einschl. Entwässerung                             |
| 25 600 qm  | Zementverfestigung und   |
| 24 500 qm  | bitum. Decke — 15,5 cm Asphalt-Tragschicht, 2,5 cm Asphalt-Feinbeton — herstellen. |

Bauzeit: 96 Werkstage

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: 16. 9. 1968

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M), Münchener Straße 4—6, bis spätestens 12. 8. 1968 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 30,— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M), Postscheckkonto Frankfurt (M) 68 21, mit der Angabe: Ausschreibungsunterlagen für „verbreiterte Standspur km 148,5 — km 153,95 Ost“ ist beizufügen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 16. 8. 1968 in der Zeit von 9.00 bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (M), Zimmer 525, ausgegeben.

Eröffnungstermin am 30. August 1968, 10.00 Uhr, im Zimmer 221 des Autobahnamtes Frankfurt (M), Münchener Straße 4—6. Zuschlags- und Bindefrist: 20. September 1968.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke zum Preise von 3,— DM/Stück bei jedem Hessischen Straßenbauamt und dem hiesigen Amt erhältlich sind.

6 Frankfurt (M), 18. 7. 1968

Autobahnamt Frankfurt (M)  
Münchener Straße 4—6

**2763**

**Fulda:** Durch das Hessische Straßenbauamt sollen die Straßenbauarbeiten zur Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur im Zuge der L 3174 zwischen Obernüst und der B 278, km 25,051—25,881, vergeben werden.

Auszuführen sind:

|   |   |
|---|---|
| rd. 3 100 cbm   | Erdbewegung   |
| rd. 400 t   | Basaltmaterial d. K. 0/12 mm als Sperrschicht             |
| rd. 2 000 t   | Basaltmaterial d. K. 0/35 mm als Frostschutzschicht       |
| rd. 5 100 qm  | Teer- oder Asphalttragschicht d. K. 0/35 mm mit 145 kg/qm |
| rd. 5 100 qm  | Asphaltbinderschicht d. K. 0/18 mm mit 84 kg/qm           |
| rd. 5 100 qm  | Asphaltfeinbetontopp d. K. 0/6 mm mit 64 kg/qm            |
| und sonstige Nebenarbeiten wie Verlegen von Leitungen und Durchlässen, Versetzen von Zäunen, Füllen von Bäumen usw. |   |

Die Bauarbeiten sollen etwa Anfang September 1968 begonnen werden und müssen bis zum 15. 11. 1968 fertiggestellt sein.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter, die Planunterlagen in einfacher Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 20,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 67 49, einzuzahlen, mit der Angabe „Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur im Zuge der L 3174 zwischen Obernüst und der B 278“.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht täglich in der Zeit von 8 bis 12 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Dienstag, dem 13. August 1968, 10 Uhr, im Hessischen Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstraße 14, statt. Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 10. September 1968.

64 Fulda, 17. 7. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**2764**

Fulda: Durch das Hess. Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten

- Los I Deckenausbau im Zuge der B 84 zw. Rasdorf und Grüsselbach von km 113,281—117,121 = 3 840 lfd. m
- Los II Deckenausbau im Zuge der B 278 bei Wüstensachsen von km 6,450—7,530 = 1 080 lfd. m
- Los III Deckenausbau im Zuge der B 279 auf der Schwedenschanze von km 18,072—18,460 = 388 lfd. m

vergeben werden.

Auszuführen sind:

- 30 000 qm Asphaltbinderschicht d. K. 0/18 mm mit 84 kg/qm
- 1 400 t Asphaltbinderschicht d. K. 0/18 mm zum Ausgleich
- 30 000 qm Asphaltfeinbeton d. K. 0/8 mm mit 84 kg/qm und sonstige Nebenarbeiten, wie Räumen der Gräben und Auffüllen der Bankette.

Die vorstehend aufgeführten Lieferungen und Leistungen sollen in der Zeit von Mitte August 1968 bis 30. September 1968 ausgeführt werden.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung von 15,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 67 49, einzuzahlen, mit der Angabe „Deckenbauarbeiten auf Bundesstraßen Los I bis III“.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht täglich in der Zeit von 8 bis 12 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Donnerstag, dem 8. 8. 1968, 10 Uhr, im Hessischen Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstraße 14, statt. Ende der Zuschlags- und Bindefrist am 5. 9. 1968.

64 Fulda, 19. 7. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**2765**

Kassel: Die Ausführung der Rodungs-, Mutterboden- und Erdarbeiten, einschl. der Entwässerungsanlagen für den Autobahnkörper und für die Verlegung der Straßen und Wege mit Unter- und Deckenbau, von Bau-km 46,350 bis 51,760 des Streckenabschnittes 28.2 c der BAB Ruhrgebiet—Kassel, Erdlos E 15, soll vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 55 000 qm Rodungsarbeiten
- ca. 120 000 cbm Mutterbodenarbeiten
- ca. 1 300 000 cbm Erdarbeiten
- ca. 14 000 m Drän- und Entwässerungsleitungen versch. Durchmesser einschl. Schächte
- ca. 15 000 qm Straßen- und sonstige Wegebefestigungen sowie sonstige Nebenarbeiten.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 70,— DM ab 5. 8. 1968 in der Friedrich-Ebert-Straße 33, II. Etg., ausgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Kassel, Postscheckamt Frankfurt/M. Nr. 67 45, zugunsten „Straßenneubauamt Hessen-Nord“ mit dem Vermerk: „Erdlos E 15 der BAB Ruhrgebiet—Kassel“ einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 27. August 1968, 11.00 Uhr, im Straßenneubauamt Hessen-Nord, Kassel, Kölnische Straße 69. Zuschlags- und Bindefrist: 23. 10. 1968.

35 Kassel, 18. 7. 1968

Straßenneubauamt Hessen-Nord

**2766**

Marburg/Lahn: Die Bauleistung zur Herstellung der westl. Rampe des Anschlusses „Marburg-Mitte“ an das Bauwerk I b sowie der Anschluß an den MLS im Zuge des Gesamtausbauens der B 3 a im Stadtgebiet Marburg/Lahn soll vergeben werden.

Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:

- 50 000 cbm Erdbewegung
- 5 500 cbm Frostschutzmaterial d. K. 0/35 mm
- 9 000 qm bit. Tragschicht (12 cm dick) und Decke (7 cm dick) und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 150 Werktage

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Gebühr von 15,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Marburg/L., Gutenbergstr. 29, Postscheckkonto Frankfurt/Main Nr. 67 58, oder bei der Kreissparkasse Marburg, Kto. Nr. 26, einzuzahlen.

Meldeschuß am 2. 8. 1968.

Eröffnungstermin: 16. 8. 1968, 10.00 Uhr, im Zimmer 14 des Hessischen Straßenbauamtes Marburg/Lahn, Ketzlerbach 11. Zuschlags- und Bindefrist: 16. 9. 1968.

355 Marburg/Lahn, 19. 7. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**2767**

Marburg/Lahn: Die Bauleistungen für

- den Ausbau der Lahn innerhalb des Stadtgebietes von Marburg von km 0,724—2,234 und
- den Bau der Zeppelinbrücke Knoten II, Anschluß der Zeppelinstraße an das neue Brückenbauwerk in der Ortslage Marburg sollen vergeben werden.

Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:

- zu 1. 30 000 cbm Erdbewegung
- 15 000 t Steinschüttung
- 8 000 qm Böschungspflaster
- zu 2. 4 000 cbm Erdbewegung
- 4 000 t Frostschutzmaterial d. K. 0/35 mm
- 4 000 qm bit. Tragschicht (18 cm dick) Binder und Decke (12 cm dick) und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: zu 1. und 2. je 150 Werktage

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Gebühr von zu 1. 20,— DM und zu 2. 15,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Marburg/L., Gutenbergstr. 29, Postscheckkonto Frankfurt/Main Nr. 67 58, oder bei der Kreissparkasse Marburg, Kto. Nr. 26, einzuzahlen.

Meldeschuß zu 1. am 5. 8. 1968 und zu 2. am 6. 8. 1968

Eröffnungstermin zu 1.: 20. 8. 1968, 10.00 Uhr, im Zimmer 14

Eröffnungstermin zu 2.: 22. 8. 1968, 10.00 Uhr, im Zimmer 14 des Hessischen Straßenbauamtes Marburg/Lahn, Ketzlerbach 11.

Zuschlags- und Bindefrist zu 1. und 2.: 1. 10. 1968.

355 Marburg/Lahn, 19. 7. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**2768**

Marburg/Lahn: Die Bauarbeiten für den Fußgängersteig an der Cappelstraße Bw Ia im Zuge des Main-Lahn-Schnellweges im Stadtgebiet Marburg sollen im Wege einer öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:

- ca. 600 lfd. m Fertigbetonrammpfähle
- 480 cbm Stahlbeton B 225 — B 450
- 260 cbm Spannbeton B 450
- 500 lfd. m Leichtmetallgeländer
- einschl. aller Nebenarbeiten

Bauzeit: 300 Werktage

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 20,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Marburg/L., Postscheckkonto Frankfurt/Main Nr. 67 58, oder bei der Kreissparkasse Marburg, Kto. Nr. 26, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Meldeschuß am 5. 8. 1968.

Eröffnungstermin am 27. 8. 1968, 10.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Marburg, Ketzlerbach 11. Zuschlags- und Bindefrist 21. 10. 1968

355 Marburg/Lahn, 19. 7. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**2769**

Schotten: Die Bauleistungen für Deckenerneuerung zwischen Schotten und Gedern im Zuge der B 276 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- rd. 10 000 qm Bankette planieren
- rd. 2 500 lfd. m Gräben regulieren
- rd. 800 t Abraumgestein
- rd. 1 200 t Steinerde
- rd. 33 000 qm Decke reinigen und mit Haftkleber ansprühen
- rd. 500 t Asphaltmischgut 0/25
- rd. 33 000 qm Asphaltbinder 0/18
- rd. 26 000 qm Asphaltfeinbeton 0/8
- rd. 6 500 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mit Haftmittelzusatz
- rd. 120 qm Basaltpflaster aufnehmen und wieder versetzen
- rd. 100 lfd. m Plattendurchlässe aufnehmen
- rd. 45 lfd. m Schleuderbetonrohre  $\phi$  80—120 cm verlegen
- rd. 100 lfd. m Betonfalzmuffenrohre  $\phi$  30—70 cm verlegen

Bauzeit: 60 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 6. 8. 1968 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 6,— DM, die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheck-Konto Nr. 393 12 Frankfurt/Main, mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 13. 8. 1968 um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Schotten, Gederner Straße 10. Zuschlags- und Bindefrist: 21. Kalendertage.

6479 Schotten, 18. 7. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**Auch im Urlaub Tipper sein!  
Tipp mit dem 4-Wochen-Schein.  
HESSEN-LOTTO**



**2770**

**Schorbach: Öffentliche Ausschreibung — Wasserversorgung —.**  
Der Wasserbeschaffungsverband Schorbach-Kleinropperhausen/Kreis Ziegenhain und die Gemeinden Schorbach und Kleinropperhausen beabsichtigen, den Ausbau ihrer Wasserversorgungsanlagen im Jahre 1968 durchzuführen.

Die Ausschreibungsunterlagen in zweifacher Ausfertigung hierfür können gegen Erstattung der Unkosten ab Montag, dem 22. Juli 1968, bei der Bauleitung abgeholt bzw. auf Anforderung per Nachnahme zugeleitet werden. Die Planunterlagen können ebenfalls bei der Bauleitung eingesehen werden.

**1. Einteilung der Ausschreibung:**

- Angebot 1 — Baustofflieferung (3 Lose)
- Angebot 2 — Erdarbeiten und Einbau Ortsnetz Schorbach
- Angebot 3 — Erdarbeiten und Einbau Ortsnetz Kleinropperhausen
- Angebot 4 — Erdarbeiten und Einbau Verbandsleitungen
- Angebot 5 — Hochbehälter 300 cbm — Brunnenschacht mit Aufbereitung (2 Lose)

**2. Umfang der Ausschreibung (Angebot 1—4):**

|                             |                           |
|-----------------------------|---------------------------|
| Ortsnetz Schorbach:         | ca. 500 lfd. m NW 125 Ge  |
|                             | ca. 2200 lfd. m NW 100 Ge |
| Hausanschlüsse              | ca. 220 lfd. m PVC 1 1/2" |
| Ortsnetz Kleinropperhausen: | ca. 1250 lfd. m NW 125 Ge |
|                             | ca. 1300 lfd. m NW 100 Ge |
| Hausanschlüsse              | ca. 120 lfd. m PVC 1 1/2" |
| Verbandsleitungen           | ca. 1100 lfd. m NW 150 Ge |
|                             | ca. 2200 lfd. m NW 125 Ge |
|                             | ca. 100 lfd. m NW 100 Ge  |

**3. Auftraggeber:**

1. Wasserbeschaffungsverband Schorbach-Kleinropperhausen (Kreis Ziegenhain) — Verbandsvorsteher: Bürgermeister Allendorfer der Gemeinde Schorbach
2. Gemeinde Schorbach / Kreis Ziegenhain
3. Gemeinde Kleinropperhausen / Kreis Ziegenhain

**4. Überwachung:**

Wasserwirtschaftsamt Marburg, 355 Marburg, Ketzerbach 10, Telefon: 0 64 21 — 25 71

**5. Örtliche Bauleitung und Oberleitung:**

Ingenieurbüro Grohmann, 6301 Nordeck / Kreis Marburg, In den Haingärten, Telefon: 0 64 07 — 4 22

**6. Eröffnungstermin: Freitag, den 2. August 1968, um 15.00 Uhr — auf der Gemeindeverwaltung in Schorbach (Kreis Ziegenhain)**

3579 Schorbach, 20. 7. 1968

**Wasserbeschaffungsverband  
Schorbach-Kleinropperhausen  
Allendorfer  
Verbandsvorsteher**

**2771**

**Wiesbaden:** Die Arbeiten zum Ausbau der Landesstraße 3011 zwischen Vockenhausen und Ehlhalten von km 2,900 bis km 3,900.

**Auszuführen sind:**

- Erdarbeiten 10 000 cbm
- Mutterboden 3 000 cbm
- Frostschuttschicht 3 500 cbm
- Rüttelschotter 3 700 t

**bituminöser Unterbau 2 500 t**

**Binder 6 000 qm**

**Decke 6 000 qm und umfangreiche Nebenarbeiten.**

**Bauzeit: 80 Werktage**

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 2. August 1968 anzufordern, mit der Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 8,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 68 30, zugunsten des Hessischen Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerks: Ausbau der L 3011 zwischen Vockenhausen und Ehlhalten.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vollmacht am 26. Juli 1968 in der Zeit von 8.00 bis 17.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 48.

**Eröffnung:** Im Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 8. August 1968, 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage.

62 Wiesbaden, 15. 7. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**2772**

**Wiesbaden:** Die Arbeiten zum Ausbau der Kreisstraße 768 (2. Bauabschnitt — gelber Weg) zwischen Oberhöchstädt und Steinbach (Ober-taunuskreis) von km 0,600 bis 1,100 sollen vergeben werden.

**Auszuführen sind:**

- 1 000 cbm Mutterboden abtragen
- 1 600 cbm Erdbewegung einschl. Fahrbahnaufbruch
- 1 600 cbm Frostschuttkies
- 2 200 qm Mineral-Betonunterbau
- 2 200 qm bit. Tragschicht mit 375 kg/qm
- 4 300 qm Asphaltbinder 0/18 mm mit 100 kg/qm
- 4 300 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm mit 75 kg/qm

**Bauzeit: 90 Werktage**

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 29. Juli 1968 anzufordern, mit der Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 8,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 68 30, zugunsten des Hessischen Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerks: „Ausbau K 768, Oberhöchstädt—Steinbach“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 30. Juli 1968 in der Zeit von 8.00 bis 17.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 48.

**Eröffnung:** Im Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 9. August 1968, 11 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage.

62 Wiesbaden, 24. 7. 1968

Hessisches Straßenbauamt



**schulmöbel**

Weshalb sind VS-Schulmöbel die meistgekauften in Deutschland? Weil sie sich durch orthopädische und funktionell richtige Gestaltung, gute Form und unübertroffene Haltbarkeit auszeichnen.

Vereinigte Schulmöbelfabriken KG 6972 Tauberbischofsheim Niederl. 6313 Homberg, Herderstraße 1

## 2773

**Bad Hersfeld:** Die Baulleistungen für den Neubau der Feldwegüberführung BW 9 im Zuge der B 27, Umgehung Bebra, Krs. Rotenburg F., sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 800 cbm Erdaushub
- ca. 100 cbm Beton und Stahlbeton
- ca. 10 t Betonstahl

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Landes Hessen erfüllen, Angebotsunterlagen sind bis zum 1. 8. 1968 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 10.-- DM für zwei Ausfertigungen anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm. Nr. 67 53, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 15. 8. 1968, 11.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld.

Ausführungsfrist: 100 Werkzeuge.

Zuschlags- und Bindefrist: 1 Monat.

6130 Bad Hersfeld, 17. 7. 1968

Hessisches Straßenbauamt

## Darlehen für Beamte, Soldaten und unkündbare Angestellte

### Beamtdarlehen bis zu DM 30 000,--

für jeden Verwendungszweck, auch für Umschuldungen keine Sicherungsübereignungen oder Bürgschaften (außer Ehefrau)

niedrige Belastung, z.B.: DM 5000,-- Darlehen auf ca. 10 Jahre schon ab DM 69,25 Monatsrate auf 4 Jahre schon ab DM 155,05 Monatsrate Keine Vermittlungsgebühren - keine Provisionen Diskrete Abwicklung auf schriftlichem Wege

Fordern Sie kostenlos Information Nr.20 an!

Kinzer & Co., 6 Frankfurt 1, Im Sachsenlager 3, Tel. 594228

## Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen

### DIPL.-ING. SCHEUERMANN u. MARTIN

Beratende Ingenieure VBI  
Tiefbautechnisches Büro

WIESBADEN

Adolfstraße 14 · Tel.-Sa.-Nr. 37 20 85, 37 20 86

KANALISATION  
KLARANLAGEN  
WASSERVERSORGUNG  
STRASSENBAU  
BERATUNG  
ENTWURF  
BAULEITUNG



## JAKOB NOHL GmbH

DARMSTADT

Martinstraße 22-24  
Telefon-Nr. 7 29 41

FRANKFURT/M.

Sontraer Straße 15  
Telefon-Nr. 41 10 55 / 56

Heizung · Lüftung · Ölfeuerung · Sanitäre Anlagen

## 2774

Bei unserem

Psychiatrischen Krankenhaus Philipppshospital

in Goddellau (1350 Betten) ist zum 1. 10. 1968 die Stelle des

## Verwaltungsleiters

(Amtsrat — Bes.-Gruppe A 12 HBesG)

zu besetzen. Der jetzige Stelleninhaber tritt mit Ablauf des Monats September in den Ruhestand.

Wir erwarten von dem Bewerber, daß er die laufbahnmäßigen Voraussetzungen erfüllt, Erforderlich sind gründliche Kenntnisse in der allgemeinen Verwaltung, insbesondere des Krankenhauswesens. Die Größe des Krankenhauses stellt besondere Anforderungen an Persönlichkeit, Beweglichkeit sowie an verantwortungsbewußtes, selbständiges Handeln.

Goddellau liegt im Kreis Groß-Gerau, in der Nähe von Darmstadt (ca. 12 km entfernt).

Bewerbungen mit ausführlichen Unterlagen erbitten wir unter Kennziffer II — 1468 an den

LANDESWOHLFAHRTSVERBAND HESSEN  
35 Kassel, Ständeplatz 6—10



## Land-Rover

Typ 88, Kombi, Baujahr 1962, 77 PS, Allradantrieb, gelände-gängig, ausgerüstet mit: Schneepflug, Anhängerkupplung, Eberspächer Standheizung, Ia-Zustand, Preis DM 10 900,— einschl. MWSt. zu verkaufen.

L. Clemens, Mainz-Kastel, Wiesbadener Str. 95, Tel. 28 44.

## Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten

## PIANOHAUS LANG

Größtes Klavier-Fachgeschäft Deutschlands

Frankfurt/M., Stiftstraße 32  
(am Eschenheimer Turm)

175 Pianos, Flügel, Kleinklaviere,  
Spinette, Heim-Organen — Kundendienst

BUROMÖBEL · BÜROMASCHINEN  
ORGANISATIONSMÖBEL · BÜROBEDARF **VARIO**

WILH. MÜLLER · BAD SODEN/TS. HASSELSTR. 9  
T.: 061 96-23481

## BÜROMÖBEL, BÜROMASCHINEN BIRKENSTOCK BÜROBEDARF K WIESBADEN MORITZSTRASSE 36 RUF: 37 40 50/58/59

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis: vierteljährlich DM 10,80 (einschließlich 5 1/2% = 0,56 DM MWSt.) Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich: für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG., 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Postscheckkonto 6 Frankfurt/M., Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz Nr. 78 326; Deutsche Effecten- und Wechselbank 62 Wiesbaden Nr. 69 325; Hessische Landesbank Frankfurt/Main, Girokonto 15 542. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Telefon Sa.-Nr. 3 96 71, Fernschreiber 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,88, bis 40 Seiten DM 2,48, bis 48 Seiten DM 2,99, über 48 Seiten DM 3,24. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5/6 Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlags, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 6 vom 1. 1. 1968. Umfang dieser Ausgabe 32 Seiten.